

# POLITISCHE STUDIEN 436

 Hanns  
Seidel  
Stiftung

Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen

62. Jahrgang | März-April 2011 | ISSN 0032-3462 | € 4,50

/// IM FOKUS

## KLIMAWANDEL ALS SICHERHEITS- POLITISCHE HERAUSFORDERUNG

Mit Beiträgen von

Jeanne Rubner | Wolfgang Seiler | Dennis Tänzler



/// FRIEDRICH SCHMIDT-BLEEK Zeitgespräch: Ressourcenproduktivität gegen die Wirtschaftskrise?

/// PETER WITTERAUF Die internationale Währungsordnung in der Kritik

/// ISABELLE KÜRSCHNER Die Quote – Kulturrevolution in der Arbeitswelt?

[www.hss.de](http://www.hss.de)





„ Es ist Aufgabe der **ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT**,  
die Zivilgesellschaften zu stärken.

## DIE ARABISCHE WELT IM AUFBRUCH

Der Ruf nach Veränderung hat die arabische Welt erfasst. Der Westen schaut mit Erstaunen auf die Demonstranten und zugleich mit Besorgnis, ob dies nicht in Anarchie oder gar in ein Erstarken islamistischer Kräfte münden könnte. Doch wird man den Ereignissen mit düsteren Szenarien ebenso wenig wie mit einer verkürzten Betrachtung gerecht.

Die Erstarrung der Regime, deren Repression und Perspektivlosigkeit, trieb die Menschen zum Aufbegehren, in einer Zeit, in der die mediale Globalisierung ihre Proteste in die Welt trägt. Neu und Hoffnung gebend ist, dass sich erstmals in der arabischen Welt die Menschen auf der Straße zur Demokratie bekennen. Am Ende wird nicht das Westminster-Modell stehen, aber ein bemerkenswerter Schritt hin zu größerer Freiheit und Mitbestimmung.

Wir wissen selbst, dass Demokratie allein die Probleme nicht überwindet. Die Menschen brauchen die Perspektive auf eine positive politische und sozioökonomische Entwicklung. Ohne überheblich zu wirken, ist nun der Blick auch darauf zu richten, was in der arabischen Welt verkehrt läuft. Eine übertrieben paternalistische Kultur verschließt sich selbst den Weg in die Moderne, indem sie den gehorsamen Untertan, nicht den kreativen, handelnden Bürger, zum Ideal erhebt.

Es ist eine Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit, die Zivilgesellschaften zu stärken und mit ihren Vertretern offen zu erörtern, wie diese Defizite überwunden werden können. Unterstützung ist gefragt, damit der Aufbruch, der allenthalben und doch so überraschend zu sehen ist, über den Tag hinaus weist und nicht nur eine Elite eine andere ablöst, sondern als Beginn einer neuen Form des Zusammenlebens der Menschen und Völker in diesem Teil der Welt wirkt.

**Christian J. Hegemer**  
**Leiter des Instituts für Internationale**  
**Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung, München**



# INHALT

16



50



68

## IM FOKUS

---

### 14 WIE WOLLEN WIR IN ZUKUNFT LEBEN?

Einführung  
**SILKE FRANKE**

### 16 DER GLOBALE KLIMAWANDEL – ENTWICKLUNGEN UND AUSWIRKUNGEN

Hitzeschock versus Eiseskälte – was bringt die Zukunft?

**WOLFGANG SEILER**

### 30 EIN SICHERES KLIMA? PERSPEKTIVEN NACH DEN KLIMAVERHANDLUNGEN VON CANCÚN

Auswirkungen des Klimawandels auf die regionale und internationale Sicherheit

**DENNIS TÄNZLER**

### 40 WAS DAS JAHR 2010 DIE WELT KLIMAPOLITISCH GELEHRT HAT

Zeit zum Handeln

**JEANNE RUBNER**



40

## **POLITISCHE STUDIEN- ZEITGESPRÄCH**

---

- 06 RESSOURCENPRODUKTIVITÄT  
GEGEN DIE WIRTSCHAFTSKRISE?**  
Politische Studien-Zeitgespräch mit dem  
Kern- und Physikochemiker  
**FRIEDRICH SCHMIDT-BLEEK**

## **ANALYSEN**

---

- 50 DIE INTERNATIONALE WÄHRUNGS-  
ORDNUNG IN DER KRITIK**  
Veränderungen sind notwendig  
**PETER WITTERAUF**
- 61 DIE RENAISSANCE DER KOMMUNA-  
LEN SELBSTVERWALTUNG**  
Politische Entscheidung vor Ort  
**SIEGFRIED BALLEIS**
- 68 DIE QUOTE – KULTURREVOLUTION  
IN DER ARBEITSWELT?**  
Frauen an die Macht  
**ISABELLE KÜRSCHNER**

## **PORTRÄT**

---

- 79 DER FERNE OSTEN IM FOKUS**

## **POLITIK-WISSENSCHAFTLICHER ANALYSE**

Wanderer zwischen den Welten  
**GOTTFRIED-KARL KINDERMANN**

- 84 DIW UNTER NEUER LEITUNG**  
Vorgestellt  
**GERT G. WAGNER**

- 86 WARUM NUN AUSGERECHNET  
EINE FRAU?**  
Neue Vorsitzende der CSU Landesgruppe  
**GERDA HASSELFELDT**

## **AKTUELLES BUCH**

---

- 88 WAS HÄLT UNSERE GESELL-  
SCHAFT ZUSAMMEN?**  
20 Blicke auf unser Land  
**PHILIPP W. HILDMANN**

## **RUBRIKEN**

---

- 03 EDITORIAL**  
**91 REZENSIONEN**  
**104 ANKÜNDIGUNGEN**  
**106 IMPRESSUM**

/// Politische Studien-Zeitgespräch

## RESSOURCENPRODUKTIVITÄT GEGEN DIE WIRTSCHAFTSKRISE?

**FRIEDRICH SCHMIDT-BLEEK** /// Die Wirtschaftsweise nicht nur der westlichen Industrieländer führt zu einer zunehmenden Rohstoffverknappung, die die Wirtschaftsentwicklung weltweit gefährden wird. Politische Studien befragte dazu den Wissenschaftler Prof. Schmidt-Bleek, der sich seit vielen Jahren mit dieser Thematik befasst.

Professor Dr. Friedrich Schmidt-Bleek ist Kern- und Physikochemiker und zeichnete Ende der 1970er-Jahre verantwortlich für die Entwicklung des deutschen Chemikaliengesetzes am Umweltbundesamt in Berlin. Von 1992 bis 1997 leitete er zusammen mit Ernst Ulrich von Weizsäcker das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie. Derzeit ist er Präsident des Faktor 10 Institutes in Carnoules (Frankreich).

Er gilt mittlerweile als Experte für das Thema Ressourcenproduktivität und im Zusammenhang damit entwickelte er das Dematerialisierungs-Modell (Faktor 10), führte den Begriff „Ökologischer Rucksack“ ein sowie als Maß für die Bewertung von Umweltbelastungen eines Produktes die Einheit „Material-Input pro Serviceeinheit“ (MIPS-Konzept). Seine Ideen und Theorien zielen auf den Umbau der Wirtschaft an zukunftsfähige Verhältnisse.

**Politische Studien:** Der Bundeswirtschaftsminister, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), hier speziell die Elektroindustrie, Politiker aller Parteien, Wissenschaftler, Medien – sie alle sprechen von einer weltweiten Rohstoffkrise, die die Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland langfristig behindern wird. Sie, Herr Prof. Schmidt-Bleek, vertreten seit langem ein wissenschaftliches Konzept, in dem eine viel diskutierte Handlungsanweisung im Mittelpunkt steht, nämlich Ressourcenproduktivität. Was bedeutet das konkret?

**Friedrich Schmidt-Bleek:** Ich habe in meinem letzten Buch „Nutzen wir die Erde richtig? – Die Leistungen der Natur und die Arbeit des Menschen“ ausführlich analysiert und mit Daten belegt, dass die Wirtschaftsweise der westlichen Industrieländer nicht auf die gesamte Welt übertragen werden kann. Dazu müssten mehr als zwei Planeten Erde zur Verfügung stehen. Deshalb können Vermarktung und Export von

Produkten und Dienstleistungen in Zukunft nur dann erfolgreich sein, wenn sie von der Wiege bis zur Bahre, also von der Förderung der Rohstoffe bis zum Recycling der Endprodukte, mit wesentlich weniger Ressourcen auskommen. Mein Konzept dazu lautet: Eine zehnfache Erhöhung der Ressourcenproduktivität ist technisch möglich und machbar. Das würde bedeuten, den Ressourceneinsatz im Schnitt um 90 % zu senken.

**Politische Studien:** Ihre wissenschaftlichen Thesen werden immer wieder bei Kolloquien, auf Kongressen, in industriellen Weiterbildungsveranstaltungen oder in Volkshochschulseminaren diskutiert. Aber warum ändert sich unser gesellschaftliches und industrielles Bewusstsein nicht?

**Friedrich Schmidt-Bleek:** Noch immer ist das quantitative materielle Wach-

tum das Erfolgsmuster unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Wir halten weiter daran fest, dass unser wirtschaftliches Wohl darin liegt, immer mehr zu produzieren und zu konsumieren, ohne auf den Ressourcenverbrauch und seine ökologischen Folgekosten zu achten. Der ungehemmte Verbrauch natürlicher Ressourcen aber ist die Wurzelursache unserer Umweltmisere. Außerdem wird bei der Bemessung von wirtschaftlichem Erfolg kräftig gemogelt. Immer noch werden die Schadenskosten bei Auto- und Motorradunfällen als „wirtschaftlicher Gewinn“ auf das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) aufaddiert. Wenn die Politik das Postulat „Ressourceneffizienz“ zum Leitbild erklären würde und die Bürger und Unternehmen an diesem Erkenntnisprozess mittels effizienter Informationskampagnen und Bildungsstrategien teilhaben ließe, würden die Unter-

Der Journalist Wolfram Huncke (l.) im Gespräch mit Prof. Dr. Friedrich Schmidt-Bleek.



nehmen weniger Material in der Produktion einsetzen und der Bürger mehr Problembewusstsein im täglichen Umgang mit der Natur, zum Beispiel beim Wasserverbrauch, entwickeln.

Man muss sich immer wieder vor Augen halten: Jeder Bürger unseres Landes verbraucht im Schnitt, einschließlich der Vorleistungen, die zum Teil im Ausland erbracht werden, um die 60 Tonnen feste Stoffe und mehrere 100 Tonnen Wasser pro Jahr. Letztlich scheint mir wichtig, die Hintergründe dieser neuen Denkweise transparent und verständlich zu formulieren, damit alle Bürger Zugang finden. Das von der Stiftung „Forum für Verantwortung“ und seinem Stifter Klaus Wiegandt mit Unterstützung der ASKO-Europa-Stiftung und der Europäischen Akademie Otzenhausen entwickelte Konzept „Mut zur Nachhaltigkeit – 12 Bücher zur Zukunft der Erde“ weist hier den richtigen Weg zur Bürgerbildung. Nur: Die im politischen Tagesgeschäft und in den Medien „bewährten“ und verfestigten Denkschablonen in verwirrender Begriffssprache erreichen den Bürger nicht mehr. Wir brauchen auch eine kommunikative Effizienzrevolution.

**Politische Studien: Nun haben Sie mit Ihren Mitarbeitern im Wuppertal Institut**

**eine plastische, für alle verständliche Chiffre entworfen, um die Belastungen der Natur zu beschreiben: den Ökologischen Rucksack. Damit lässt sich sehr anschaulich bebildern, dass zum Beispiel für vermeintlich umweltfreundliche Produkte wie Baumwolljeans in Wirklichkeit große Mengen an Ressourcen wie beispielsweise Wasser verbraucht werden.**

**Friedrich Schmidt-Bleek:** Der Ökologische Rucksack eines Produktes umfasst die Gesamtmenge an Material in Kilogramm ausgedrückt, einschließlich der benötigten Energie, die von der Förderung der Grundstoffe bis zum fertigen Produkt aufgewendet werden. Besonders gravierend ist, dass in Unternehmen von der Ressourcenextraktion bis zum Verlassen des fertigen Produkts im Schnitt 90 % der aufgewendeten Natur als „Abfall“ verlorengehen. Man kann es auch so sagen: Die Ressourcenintensität aller Dinge, die uns das Leben erleichtern, ist riesig hoch und macht die Umwelt kaputt.

**Politische Studien: Wie kann man den Ökologischen Rucksack berechnen?**

**Friedrich Schmidt-Bleek:** Dazu benötigt man das Gewicht der einzelnen im Produkt vorhandenen Stoffe, ihren Anteil am Gesamtgewicht und die Ressourcenintensität, also die Lasten der einzelnen beteiligten Stoffe. Jeder dieser Stoffe hat seine eigene Rucksack-Kennzahl, die den Verbrauch von Material und Energie von der Rohstoffförderung bis hin



**Der ungehemmte Verbrauch natürlicher Ressourcen ist die Wurzelursache unserer Umweltmisere.**



zum fertigen Werkstoff umfasst. Bei Kupfer zum Beispiel werden insgesamt 500 kg Natur aufgewendet, ehe 1 kg für die Fertigung von Produkten zur Verfügung steht. Die Kennzahl für Kupfer ist demnach 500. Multipliziert man nun jeden Stoffanteil im Produkt mit der Rucksack-Kennzahl und addiert alles, so ergibt sich der Rucksack. Das Gewicht des Rucksacks ist fast immer erheblich größer als das Gewicht des Produktes. Ihr Auto zum Beispiel bringt es auf stolze 20 oder 30 Tonnen.

Rechnet man dann noch den Verbrauch an Natur während der Nutzung des Produktes über sein ganzes Leben hinweg zusammen, so erhält man „MIPS“, den gesamten Materialinput von der Wiege bis zur Bahre, bezogen auf den erhältlichen Output an Service oder Leistung des Produktes, zum Beispiel die Fahrleistung Ihres Autos in Kilometer gerechnet. MIPS ist also der „Material-Fußabdruck“ oder die Ressourcenintensität eines Produktes. Je größer der MIPS, desto schlimmer für die Umwelt.

**Politische Studien: MIPS ist also das neue Maß für ökologisch effizientes Wirtschaften?**

**Friedrich Schmidt-Bleek:** Könnte man so sagen ... Man kann mit MIPS die ökologische Qualität von Produkten wie zum Beispiel Autos direkt vergleichen. Der Vergleich von CO<sub>2</sub>-Emission pro Kilometer ist hingegen eine unzureichende Messlatte, weil sie nur einen Teil des Problems erfasst.

**Politische Studien: Was ändert sich nun für den Bürger, wenn die Wirtschaft dieses Konzept in die Tat umsetzt?**

**Friedrich Schmidt-Bleek:** Es geht um kundenorientierte Güter und Dienstleistungen mit weniger Ressourcen, aber

unverminderter Qualität, mit zugleich größerem ökologischen Wert. Im wissenschaftlichen Diskurs wurde dieses Konzept durch die neue Begriffsbildung Tripple win strategy (Dreifach-Gewinnstrategie) verdichtet, was soviel heißt wie Umwelt schonen, Wettbewerbsfähigkeit verbessern sowie soziales und ethisches Verhalten in der Industrie stärken.

**Politische Studien: Unter Dienstleistung versteht man im alltäglichen Sprachgebrauch die Beiträge von Versicherungen, Unternehmensberatungen, Ärzten oder der Deutschen Bahn zum Wohlergehen der Menschen. In einem Wort: Dienstleistungen sind all jene Tätigkeiten, deren Ziel nicht die Herstellung eines materiellen Produktes ist, das man anfassen kann, sondern eher als Hilfe, Beratung, oder Erbringen von Nutzen verstanden wird. Sie verwenden den Begriff Dienstleistung aber in einem anderen Bedeutungszusammenhang ...**

**Friedrich Schmidt-Bleek:** Ich betone den unmittelbaren Zusammenhang zwischen den Produkten und der Dienstleistung. Produkte werden eigentlich nur gebraucht, wenn man sie auch tatsächlich verwendet. Verwenden aber heißt, Nutzen aus Produkten zu ziehen oder deren Dienstleistungskapazität abzurufen. Denken Sie an den Apparat, von dem Sie Bargeld abheben können. In der Industriegesellschaft gibt es keine Dienstleistung ohne die Nutzung von Produkten und Infrastrukturen. Demnach kaufen Menschen im Grunde gar keine Produkte, sondern legen sich Dienstleistungs-Maschinen zu. Der Begriff Maschine sollte hier nicht zu eng verstanden werden, denn auch Gemälde und Musikinstrumente bringen Befriedigung von Wünschen, also Nutzen



**Schon Aristoteles wusste, dass wahrer Reichtum der Nutzen von Dingen ist und nicht unbedingt ihr Besitz.**

und Genuss. Schon Aristoteles wusste übrigens, dass wahrer Reichtum der Nutzen von Dingen ist und nicht unbedingt ihr Besitz. Denken sie zum Beispiel an einen Skilift oder ein Flugzeug. Und stellen Sie sich die ökologischen Folgen vor, wenn jeder reich genug wäre, solche Dinge für den privaten Bedarf anschaffen zu können.

**Politische Studien: Und welche Rolle spielt die Natur als Dienstleister?**

**Friedrich Schmidt-Bleek:** Die Natur sorgt für trinkbares Wasser, für essbare Pflanzen und Tiere, für reine Luft, die Fortpflanzungskraft von Samen und Spermien und die Bestäubung von Blüten. Sie reguliert Erosionen und das Klima. Ohne diese Leistungen wäre der Mensch nie entstanden, und ohne sie kann er nicht leben. Technik kann sie nicht ersetzen. Diese Dienstleistungen der Natur werden aber bei Übernutzung natürlicher Ressourcen durch den Menschen verändert, beschädigt und zum Teil für immer vernichtet. Heute schon messbare Konsequenzen davon sind zum Beispiel der Verlust von Mutterböden und von vielen Arten, der Klimawandel, das Verschwinden von Fischbeständen, Wassermangel auf allen Kontinenten, Wüstenbildungen und Überschwemmungen. Das hängt mit der Fehleinschätzung zusammen, die bis heute immer noch in

vielen Köpfen existiert, die Natur stehe als öffentliches Gut für uns grenzenlos zur Verfügung. Immer noch werden oftmals als Wachstumsfaktoren nur Kapital und Arbeit betrachtet, die Natur jedoch aus dem Wertschöpfungsvorgang der Wirtschaft ausgeklammert. Aber unser Überleben hängt von ihrem Funktionieren ab. Das ist den meisten Menschen noch immer nicht bewusst.

**Politische Studien: Um die Dienstleistungsfunktionen der Natur zu schützen, müssten wir also unsere Wirtschaftsweise generell ändern?**

**Friedrich Schmidt-Bleek:** Ja, das müssen wir. Leider aber gibt es gegenwärtig weder ausreichende wirtschaftliche Anreize noch gesetzliche Bestimmungen, die die notwendige Einsparung von natürlichen Ressourcen zum Ziel haben. Die Preise müssten – das fordere ich schon seit langem – am wirklichen Wert der natürlichen Ressourcen ausgerichtet werden. Der im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft sinnvollste Weg wäre, die Arbeit finanziell zu entlasten, indem man Steuern und Abgaben kostenneutral von der Arbeit auf natürliche Ressourcen umschichtet. Dadurch könnten auch neue Arbeitsplätze entstehen.

**Politische Studien: Wie stehen diese Überlegungen im Kontext zu den Umweltzielen der Europäischen Union?**

**Friedrich Schmidt-Bleek:** Kürzlich wurde von der EU die Entwicklung von Produkten für die Zukunft wie folgt be-

schrieben: Öko-Innovation bedeutet die Schaffung neuartiger und marktfähiger Güter, von Prozessen, Systemen, Dienstleistungen und Handlungsweisen, die menschliche Bedürfnisse befriedigen und allen Menschen Lebensqualität bieten können mit einem lebenszyklusweit minimierten Input an natürlichen Ressourcen pro Einheit Input (Material einschließlich Energieträgern, Wasser und Fläche) und einer minimalen Abgabe von gefährlichen Stoffen. Vor kurzem wurde auch eine Beobachtungszentrale eingerichtet, die über die diesbezügliche Entwicklung in der EU berichten wird.

**Politische Studien: Bekanntlich wurden Unternehmen wie z. B. Degussa und Preussag, die in Deutschland für Rohstoffförderung und Edelmetallhandel standen, zerschlagen oder sind in anderen Unternehmen aufgegangen. Deshalb macht in der politischen Diskussion ein neuer Begriff die Runde, nämlich „Rückwärtsintegration“. Er bedeutet, dass Deutschland sich wieder um die Teilhabe an der Rohstoffförderung kümmern soll. Das Fraunhofer-Institut hingegen spricht häufig von Recycling als eigentlicher beständiger Rohstoffquelle. Welcher Weg geht denn nun in die richtige Richtung?**

**Friedrich Schmidt-Bleek:** Diese Problematik hat viele Facetten. Fest steht: Bisher hat sich das, was ich unter Ressourcenproduktivität verstehe, also ein intel-

ligenter Umgang mit der Umwelt, bei der Förderung und Nutzung von Rohstoffen nicht durchgesetzt. Meine These, die Preise natürlicher Ressourcen zu erhöhen, damit ihr Verbrauch und damit die ökologischen Folgekosten geringer werden, hat in der Praxis bis heute wenig Wirkung gezeigt.

Andererseits geht es in den rohstoffreichen Ländern in Südamerika und Afrika nach wie vor um die Verteilung der Gewinne aus Förderung und Nutzung, um den daraus folgenden Streit mit den Bergbaugesellschaften, um Fehden autokratischer Führungscliquen und die Interessen der Industrie- und Schwellenländer. Grundsätzlich können Investitionen in anderen Ländern außerhalb Europas für die Entnahme von Ressourcen auch bedeuten, woanders mitreden zu können, Exportpreise in anderen Ländern zu kontrollieren und, wie viele Beispiele zeigen, seine finanzielle Macht anderen aufzudrängen und an der Bevölkerung und Umwelt vorbei Gewinne zu machen. Viel wichtiger als die „Rückwärtsintegration“ wäre aus meiner Sicht, bei uns durch die richtigen Anreize eine Flut von Ökoinnovationen loszutreten.

Aufsehen in den Medien erregt die Rohstoffpolitik Chinas, die vor allem hier in Europa Nachdenklichkeit, aber

„Unser Überleben hängt vom Funktionieren der Natur ab. Das ist den meisten Menschen noch immer nicht bewusst.“

auch Panik hervorgerufen hat. Über eine Milliarde Menschen versuchen in China, von einem ärmlichen Vorgestern in eine hochtechnisierte Welt zu springen, wobei sie den von uns vorgelebten falschen Weg kopieren und nicht nur das – unsere Wirtschaftshilfe unterstützt sie dabei auch noch in diesem ökologischen Wahnsinnsunterfangen. Die sogenannte Demokratische Republik Kongo und China haben 2007 einen Modus vereinbart, demzufolge der Kongo, wie eine Reihe anderer Staaten in Afrika auch, mit der Lieferung von Erzen und anderen Rohstoffen den chinesischen Bau von Straßen, Bahngleisen, Krankenhäusern, Schulen und Infrastrukturen in ihrem Land bezahlt. China hat zugesagt, sich nicht „in die inneren Angelegenheiten“ der Lieferländer einzumischen. Im Vergleich zu den Machenschaften während der noch immer nachklingenden Kolonialherrschaft westlicher Länder ist dies zwar ein Fortschritt, ob das Unterfangen Chinas allerdings der stabilen Entwicklung der Exportländer dienen wird, bleibt abzuwarten. Sicher ist, dass die Stabilität der Ökosphäre weiter abnehmen wird. Auch aus dieser Sicht wäre eine „Rückwärtsintegration“ Deutschlands nicht meine Empfehlung.

Was das von Ihnen angesprochene Recycling angeht, so sind die praktischen Möglichkeiten meiner Einschät-

zung nach begrenzt, weil Einsammeln, Transportieren, Aufarbeiten und Wiederverwendung sich oft nur mit erheblichem Aufwand an Energie und Material realisieren lassen. Im Übrigen ist die Zahl der technisch erreichbaren Umläufe von Material in sich begrenzt. Dennoch sollte Recycling eingesetzt werden, wenn es sich nach MIPS rechnet und die wieder zu gewinnenden Stoffe strategisch wichtig sind.

**Politische Studien: Wenn Sie Ihre Erfahrungen, die Sie im Laufe der letzten Jahre bei Kolloquien mit Repräsentanten der Politik und Wirtschaft national und international gemacht haben, zusammenfassen, wo und wie kann dieses neue Denken am ehesten umgesetzt werden?**

**Friedrich Schmidt-Bleek:** In mittelständischen Unternehmen. Sie haben weltweit die meisten Beschäftigten, den größten Anteil am Bruttosozialprodukt und entwickeln nachweislich die meisten innovativen Ideen. Mittelständische Unternehmen sind aufgrund ihrer meist flachen Hierarchien auch flexibel genug, neue Denk- und Arbeitskonzepte schnell und effizient umzusetzen. Die Erfindung des Zugdrachens für Handelsschiffe, das sogenannte SkySail wie auch der Lifecycletower aus Holz mit 30 Stockwerken von Rhombergbau sind hierfür interessante Beispiele.

Aber auch hier könnte mein gefordertes effizientes Kommunikationskonzept zum Tragen kommen. In mittelständischen Unternehmen kann man



**Mittelständische Unternehmen sind aufgrund ihrer meist flachen Hierarchien auch flexibel genug, neue Denk- und Arbeitskonzepte schnell und effizient umzusetzen.**



„Die bedeutendste Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist, Wohlbefinden und ein würdiges Leben in Sicherheit für eine noch immer wachsende Weltbevölkerung zu schaffen.“

nämlich auf allen Ebenen einzelne Schritte gemeinsam formulieren, den Sachverstand einfordern, miteinander neue Wege beschreiben und schließlich das Unternehmensziel gemeinsam erarbeiten und definieren. Das Bundesumweltamt hat für den Umweltminister im November 2010 eine Vorlage erarbeitet, die dafür sorgen könnte, dass das Thema Ressourcen künftig eine zentrale Rolle spielen und auch die Öffentlichkeit und die Politik erreichen wird.

**Politische Studien: Herr Prof. Schmidt-Bleek, nutzen wir die Erde richtig? Wie sieht Ihre Zukunftsvision aus?**

**Friedrich Schmidt-Bleek:** Die bedeutendste Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist, Wohlbefinden und ein würdiges Leben in Sicherheit für eine noch immer wachsende Weltbevölkerung zu schaffen. Bedenken wir, dass wir im Jahr 2050 ca. neun Milliarden Menschen auf dem Planeten Erde haben werden. Nachhaltiges Wohlbefinden für alle ist aber nur möglich durch ausreichenden Zugang zu natürlichen Ressourcen, in sozialem Frieden und in wirtschaftlich angemessenen Verhältnissen. Die Entwicklung dazu setzt umfassende Öko-Innovationen – wie sie auch die EU fordert – voraus. Sie ist die größte Investitionschance der Menschheit.

**Politische Studien: Und welche Rolle soll Europa in diesem Programm spielen?**

**Friedrich Schmidt-Bleek:** Europa hat – im positiven wie im negativen Sinne –

die historischen Erfahrungen, um diesen Weg erfolgreich zu gehen. Europa ist wirtschaftlich stark genug, um weltweit zu überzeugen. Und niemand wird bezweifeln wollen, dass seine kulturellen, wirtschaftlichen und technischen Leistungen bestmögliche Voraussetzungen für die Zukunft schaffen. In diesem Sinne bedeutet für mich Nachhaltigkeit, die Herausforderungen „von heute auch heute“ zu bewältigen und nicht auf die Schultern kommender Generationen zu verlagern.

**Politische Studien: Herr Prof. Schmidt-Bleek, wir danken Ihnen für das Gespräch.///**

**Die Fragen stellte Wolfram Huncke, Wissenschaftsjournalist und Berater der Stiftung Forum für Verantwortung und der ASKO-Europa-Stiftung, Saarbrücken.**



**/// PROFESSOR DR. FRIEDRICH SCHMIDT-BLEEK**

ist Präsident des Faktor 10 Institutes in Carnoules (Frankreich).

/// Einführung

## WIE WOLLEN WIR IN ZUKUNFT LEBEN?

**SILKE FRANKE /// Der Klimawandel stellt uns vor große Herausforderungen. Die Folgen betreffen nicht nur die Wirtschaft, sondern auch den sozialen Zusammenhalt. Umso wichtiger ist es, sich Gedanken um eine nachhaltigere und wirklich effiziente Klimapolitik zu machen und diese auch umzusetzen.**

### 2010: Ein gutes Jahr?

Anhand von Szenarien und Rechenmodellen versuchen Wissenschaftler herauszufinden, wie das „System Erde“ funktioniert. Was passiert, wenn die Gletscher schmelzen und der Permafrostboden taut, wenn Meeresströmungen und Monsunsysteme gestört werden? Wir werden das komplexe Zusammenwirken der Prozesse, die das Klima beeinflussen, vielleicht niemals vollständig entschlüsseln können, doch eines ist uns bewusst: Unsere Existenz hängt von klimafreundlichen Bedingungen ab. Der Druck zu handeln ist also groß. Mit dem Ziel, die globale Erderwärmung auf zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen, ist die Hoffnung verbunden, dass dies reichen wird, um den Klimawandel einzudämmen.

Um das 2°C-Ziel zu erreichen, muss die Emission von Treibhausgasen reduziert werden. Ein Schlüssel dazu ist unser Energie- und Rohstoffverbrauch. Wie kann der Umgang mit unseren Ressourcen schonender, effizienter und gerechter gestaltet werden? Neue Tech-

nologien und Programme werden entwickelt, Klima-Wettbewerbe und Nachhaltigkeitspreise ausgerufen. So entstehen spannende Projekte, ob kleine autarke „Bio-Energiedörfer“ in Deutschland oder große Visionen wie „Desertec“ und „Masdar City“. Es gibt indes keine einfache Lösung. Mag die Technik Fortschritte machen, die Diskussion um „Tank oder Teller“ zeigt, dass auch ethische Erwägungen eine Rolle spielen.

Der Klimawandel ist ungerecht. Er trifft besonders die, die bisher am wenigsten dazu beigetragen haben. Steigt

Wir **BRÄUCHEN** einen schonenderen, gerechteren und effizienteren Umgang mit unseren Ressourcen.



Bildnachweis: © vom/fotolia

### Der Klimawandel könnte existenzgefährdend werden.

der Meeresspiegel, werden ganze Inselstaaten und tief liegende Küstenzonen untergehen. Dazu gehören so dichtbevölkerte Küsten wie die in Bangladesch oder im Nildelta. Schmelzen die Himalaya-Gletscher, ist die Trinkwasserversorgung der Menschen in der ganzen Region betroffen. Die Ärmsten der Armen weltweit leben auf dem Land und von der Landwirtschaft, welche besonders sensibel auf Umweltveränderungen reagiert. Breiten sich Trockengebiete aus, bedeutet das für sie Ernte- und Einkommensverluste sowie Nahrungs- und Wasserknappheit. Hunger, Krankheit, Umweltmigration und Landnutzungskonflikte sind die Folgen. Ohnehin überforderte Handlungskapazitäten werden zusätzlich belastet, was soziale und politische Spannungen verschärft.

Die Folgen des Klimawandels fordern den sozialen Zusammenhalt heraus. Die Vermeidung des Klimawandels

verlangt die Weiterentwicklung unserer Kultur hin zu einer klimafreundlichen. Wie wollen wir in Zukunft leben? ///



### **/// SILKE FRANKE, DIPL. GEGR.,**

**Forschungsstelle Klima, Umwelt, Ländlicher Raum, Ernährung und Verbraucherschutz, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.**

/// Hitzeschock versus Eiseskälte – was bringt die Zukunft?

## DER GLOBALE KLIMAWANDEL – ENTWICKLUNGEN UND AUSWIRKUNGEN

**WOLFGANG SEILER/ ///** Der Klimawandel erfolgt schneller als erwartet und ist mit vielfachen ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen verbunden, die sich regional stark unterschiedlich entwickeln und zu erheblichen politischen Spannungen und damit auch sicherheitspolitischen Risiken führen. Es werden deshalb völkerrechtlich verbindliche Abkommen angestrebt, den weiteren Klimawandel auf maximal 2 °C relativ zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Diese Maßnahmen dürfen sich aber nicht nur auf Emissionsminderungsmaßnahmen von Treibhausgasen konzentrieren, sondern müssen auch Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels einschließen.

### Der globale und regionale Klimawandel

Das Klima ist in der Erdgeschichte niemals eine konstante Größe gewesen, sondern einem laufenden Wandel unterworfen. Erkenntnisse aus der Paläoklimatologie, hier insbesondere durch die Analysen von Sedimentkernen aus der Tiefsee und von bis zu 750.000 Jahre alten Eisproben aus der Arktis und Antarktis, haben deutlich gemacht, dass das Klima in den letzten drei Millionen Jahren periodisch zwischen Warmzeiten und Eiszeiten geschwankt hat. Dieser periodische Klimawandel (Abb. 1) wird im Wesentlichen durch die zeitliche Schwankung der Erdumlaufbahn um die Sonne bestimmt. Diese orbitalen Zy-

klen laufen in Zeitperioden von ca. 100.000, 40.000 bzw. 22.000 Jahren ab und führen dazu, dass sich die Intensität der die Erdoberfläche erreichenden Sonnenstrahlung um bis zu 10 % verändert und dadurch den Wechsel zwischen Eis- und Warmzeiten verursacht, wobei die globalen mittleren Temperaturen zwischen den Eis- und Warmzeiten um ca. 4-5 °C geschwankt haben. Bei Berücksichtigung dieser Zyklen lässt sich berechnen, dass die jetzige Warmzeit in ca. 30.000 Jahren durch eine neue Eiszeit abgelöst wird.

Einen periodischen Klimawandel gibt es seit **BEGINN** der Erdgeschichte.

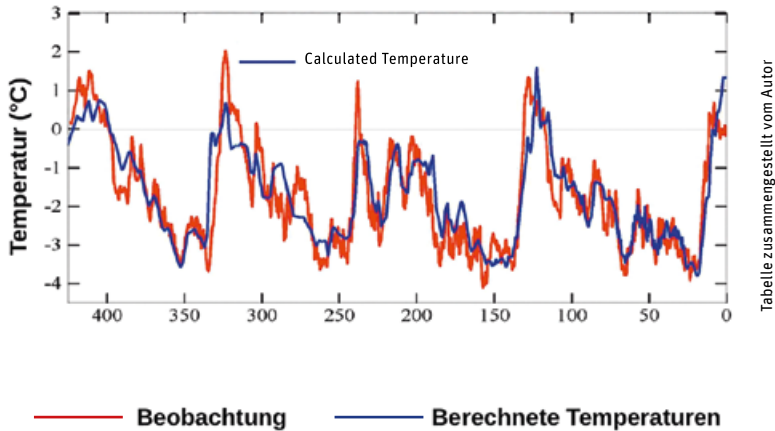


Im August 2005 fegte der Hurrikan „Katrina“ über New Orleans hinweg.



Bildnachweis: PAUL J. RICHARDS/AFP/Getty Images

## Klimaentwicklung der letzten 450.000 Jahre



**Abb. 1: Wechsel zwischen Warm- und Eiszeiten in den letzten 450.000 Jahren, verursacht durch Veränderung der Erdumlaufbahn um die Sonne.**

Im Gegensatz dazu wird seit der Industrialisierung vor ca. 140 Jahren ein merklicher Temperaturanstieg beobachtet, der nach heutigen Erkenntnissen nicht mehr durch natürliche Fluktuation des Klimas erklärt werden kann. Dieser Klimawandel vollzieht sich auf der regionalen Ebene unterschiedlich und hat erhebliche ökologische, ökonomische und soziale Auswirkungen zur Folge. Die stärksten Temperaturanstie-

ge wurden in den letzten 30 bis 40 Jahren beobachtet und waren mit einem rasanten Anstieg der Zahl der Naturkatastrophen verbunden, die 2008 Verluste in Höhe von mehr als 200 Mrd. US\$ verursachten und nach den Statistiken des Umweltsekretariats der Vereinten Nationen (UNEP) 2002 weltweit für mehr als 20 Millionen Umweltflüchtlinge verantwortlich waren. Wesentliche Ursachen für diese Situation waren meteorologische und hydrologische Extremereignisse, u. a. Stürme, Dürren und Überschwemmungen.

Es ist deshalb nicht überraschend, dass auch die Presse den Klimawandel und seine Folgen in den Mittelpunkt der Berichterstattung stellte, allerdings vielfach mit stark divergierenden Aussagen. Während das Magazin Fokus im Jahr 2007 die „Erde im Hitzeschock“ sah, nahm das P.T. Magazin den kalten Winter 2009/2010 zum Anlass, den Klima-

Mit Beginn der **INDUSTRIALISIERUNG** ist auch ein merklicher Temperaturanstieg zu verzeichnen.

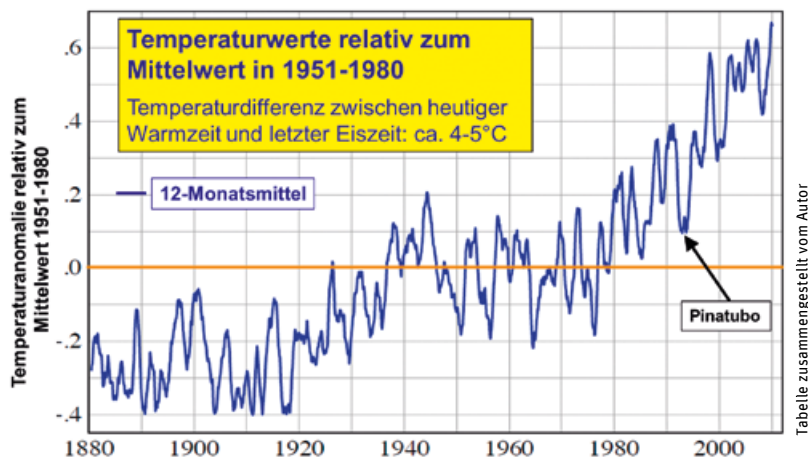
wandel als ein Lügengebäude zu bezeichnen. Nicht berichtet wurde dabei allerdings, dass zur gleichen Zeit die Temperaturen im gesamten arktischen Raum um bis zu 12 °C zu warm waren. Die Diskussionen über die Realität des Klimawandels sind in den letzten sechs Monaten verstummt, nachdem festgestellt wurde, dass das Jahr 2010 als das wärmste Jahr seit Beginn der Klimageschichte eingegangen und die Temperatur in dieser Zeit um ca. 1 °C angestiegen ist (Abb. 2).

Dafür konzentrieren sich die neueren Diskussionen in der Presse zunehmend auf die Frage, welche Anpassungsstrategien notwendig sind, um mit den Folgen des Klimawandels fertig zu werden und mit welchen Kosten dies verbunden ist. Andere gehen sogar noch einen Schritt weiter und fragen nach Maßnahmen zur direkten Klimagestaltung (Climate Engineering). Die Temperaturzunahme von 1 °C erscheint im

## Klimawandel und Energieknappheit sind die Bedrohungen der NÄCHSTEN Zukunft.

ersten Moment als vernachlässigbar, gewinnt aber an Bedeutung, wenn berücksichtigt wird, dass die Temperatur in der Eiszeit vor mehr als 18.000 Jahren gerade einmal 4-5 °C unter dem heutigen globalen Mittelwert von ca. 16 °C lag. Dieser Vergleich dokumentiert, in welchem Umfang und mit welchem Tempo sich das Klima in den letzten 100 Jahren verändert hat. Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, dass aufgrund der Trägheit des Klimas erst ein Teil des vom Menschen bereits verursachten Klimawandels wirksam geworden ist, d. h. eine weitere Temperaturzunahme um nochmals ca. 0,5 °C, selbst bei Berücksichtigung aller möglichen Klimaschutzmaßnahmen in den nächsten Jahren wirksam werden wird. Ein weiterer Klimawandel ist deshalb nicht mehr vermeidbar, sondern kann bestenfalls auf

**Abb. 2:** Zunahme der globalen Temperatur in der bodennahen Luftschicht zwischen der vorindustriellen Zeit und 2010. Dargestellt ist die Abweichung der globalen Jahresmitteltemperatur vom Mittelwert über den Zeitraum zwischen 1951 und 1980.



einen noch tolerierbaren Wert begrenzt werden. Die Anstrengungen dürfen sich deshalb nicht nur auf den klassischen Klimaschutz konzentrieren, sondern müssen auch Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels berücksichtigen.

Die Klimadiskussion konzentriert sich in der Öffentlichkeit nahezu ausschließlich auf die Veränderungen der Temperaturen, lässt aber vielfach die

sammenhängenden Schäden verantwortlich sind.

Insgesamt hat die Niederschlagsmenge in den letzten 100 Jahren aufgrund der höheren Temperaturen und der damit zusammenhängenden höheren Verdunstung um ca. 7 % zugenommen, verzeichnet aber erhebliche regionale Unterschiede. Während in Gebieten wie z. B. in der Sahel-Zone die mittleren Niederschläge stark abgenommen haben, sind sie in anderen Gebieten, insbesondere in den hohen Breiten der Nordhemisphäre angestiegen. Werden kürzere Zeitabstände betrachtet, erhöht sich die Heterogenität der regionalen Niederschlagsverteilung um ein Vielfaches.

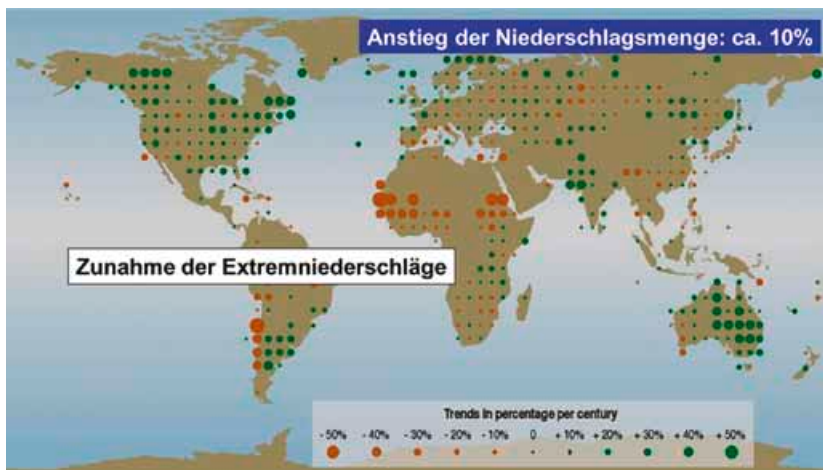
**Der Klimawandel ist UNAUFGHALTSAM und erfordert daher umgehend entsprechende Anpassungsmaßnahmen.**

durch den Klimawandel verursachten Änderungen der Niederschläge und der Niederschlagsintensitäten unberücksichtigt, obwohl gerade diese im Hinblick auf die ökologischen und ökonomischen Auswirkungen des Klimawandels eine dominante Rolle spielen und für viele der mit der Klimaänderung zu-

**Ursachen des Klimawandels**

Ein monokausaler Zusammenhang zwischen Ursache und Klimaänderung ist wegen der Vielzahl der an der Klimaentwicklung beteiligten natürlichen und menschlichen Prozesse nicht zu erwarten. Es gilt aber als gesichert, dass der in den letzten 100 Jahren beobachtete Kli-

**Abb. 3: Trend der jährlichen Niederschlagsverteilung in den letzten 100 Jahren. Grüne Punkte bedeuten eine Zunahme, braune Punkte eine Abnahme der Niederschlagsmengen.**



Quelle: WMO IPCC Report, 1997.

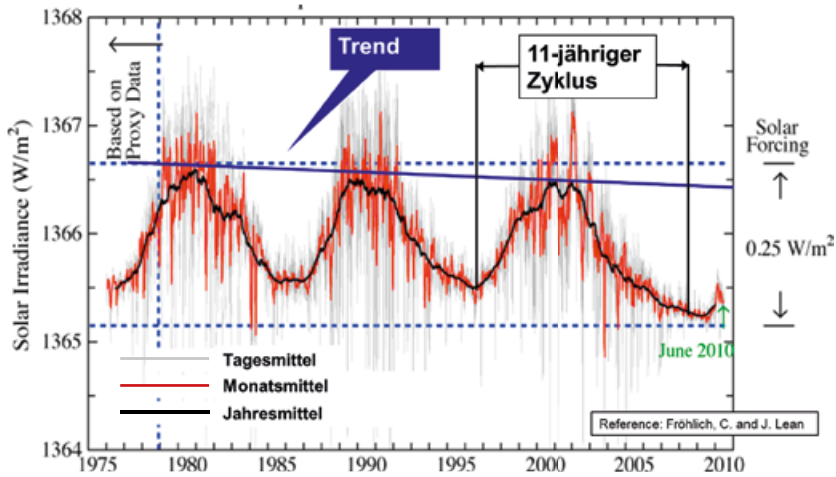


Tabelle zusammengestellt vom Autor

Abb. 4: Veränderung der Intensität der Sonnenstrahlung in den letzten 35 Jahren

mawandel im Wesentlichen auf den Menschen und seine vielfältigen Aktivitäten zurückgeht. Natürliche Ursachen, so u. a. die Schwankung der Sonnenstrahlung, sind nach gängiger Auffassung für weniger als etwa 30 % des beobachteten Klimawandels verantwortlich. In den letzten 30 Jahren ist die Intensität der Sonnenstrahlung sogar rückläufig, obwohl gerade in diesem Zeitraum die Klimaänderung besonders ausgeprägt war (Abb. 4).

Eine wichtige anthropogene Ursache für den beobachteten Klimawandel ist der Anstieg der atmosphärischen Konzentrationen der so genannten Treibhausgase Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), Methan (CH<sub>4</sub>), Distickstoffoxid (N<sub>2</sub>O), Ozon (O<sub>3</sub>) und der Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW), die den Strahlungshaushalt der Atmosphäre beeinflussen und damit eine zentrale Rolle im Klimaschehen spielen. Ohne die Existenz dieser Treibhausgase würde sich auf der Erde eine mittlere Temperatur einstellen, die um 34 °C unterhalb des heute angetroffenen Wertes liegen würde. Die

Erde wäre unter diesen Umständen ein zu Eis erstarrter Planet, auf dem Leben in der heute angetroffenen Form nicht möglich wäre. Dieser Vergleich macht deutlich, dass eine Änderung der Konzentration der Treibhausgase zu einer Veränderung des Klimas führen muss. Unsicher ist allerdings, mit welcher Geschwindigkeit und in welchem Umfang sich der weitere Klimawandel vollziehen wird und mit welchen Folgen diese Veränderungen auf globaler und lokaler Ebene verbunden sein werden.

Wichtigstes Treibhausgas ist das

**Auch die Niederschläge VERÄNDERN sich durch den Klimawandel mit entsprechend verheerenden Auswirkungen.**

## Neben natürlichen Ursachen ist größtenteils der **MENSCH** für die Klimaveränderungen verantwortlich.

CO<sub>2</sub>, dessen atmosphärische Konzentration seit der Industrialisierung aufgrund des zunehmenden Einsatzes fossiler Energieträger (Kohle, Erdgas, Erdöl) von ca. 260 ppm auf heute ca. 400 ppm angestiegen ist und damit einen Wert erreicht hat, der in den letzten 750.000 Jahren zu keinem Zeitpunkt aufgetreten ist. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahrzehnten wegen der Zunahme der Weltbevölkerung um nochmals drei Milliarden Menschen und des Anstiegs des Lebensstandards in den Entwicklungs- und Schwellenländern fortsetzen und zu einem weiteren Klimawandel führen.

Wichtig ist hierbei, dass das durch den Menschen emittierte Kohlendioxid im Mittel mehr als 120 Jahre verbleibt, bevor es durch im Wesentlichen biologische und physikalische Prozesse wieder aus der Atmosphäre entfernt wird. Das hat zur Folge, dass die Zunahme der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre gegenüber der Zunahme der CO<sub>2</sub>-Emissionen zeitlich verzögert erfolgt. Die Konsequenz daraus ist, dass die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre über mehrere Jahrzehnte weiter ansteigen

wird, selbst wenn es gelingen würde, die CO<sub>2</sub>-Emissionen auf dem heutigen Wert einzufrieren. D. h., dass eine weitere Klimaänderung auch aus diesem Grund nicht mehr vermeidbar ist, sondern nur noch auf einen „tolerierbaren“ Wert begrenzt werden kann.

### **Die weitere Klimaentwicklung**

Wie sich die Temperaturen tatsächlich ändern werden, hängt wesentlich davon ab, wie sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Ende des Jahrhunderts entwickeln werden. Durch den wachsenden Energiebedarf ist die CO<sub>2</sub>-Emission in den letzten 50 Jahren von ca. sieben auf inzwischen 40 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr angestiegen. Aufgrund der rasanten industriellen Entwicklung ist China inzwischen zum größten CO<sub>2</sub>-Emittenten (ca. 21 % der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emission) geworden, dicht gefolgt von den USA mit ca. 20 % und der EU mit 16 %. Der Anteil Deutschlands an der heutigen globalen CO<sub>2</sub>-Emission liegt bei weniger als 3 %. Bezogen auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf verschieben sich diese Anteile allerdings beträchtlich. Ein Chinese emittiert nur etwa die Hälfte eines Deutschen und etwa ein Fünftel eines US-Bürgers. Die Industrieländer sind bei einem Bevölkerungsanteil von lediglich 18 % für 45 % des Energieverbrauchs verantwortlich.

Je nachdem, welches CO<sub>2</sub>-Emissionsszenarium angenommen wird, schwanken die Temperaturprognosen zwischen 2 und 6 °C bis zum Ende dieses Jahrhunderts (siehe Abb. 5).

Inzwischen besteht internationale Übereinstimmung, den weiteren Klimawandel auf einen Wert von nicht mehr als 2 °C relativ zur vorindustriellen Zeit zu stabilisieren, um Rückkopp-

**TREIBHAUSGASE** sind die größten Klimaschädiger.

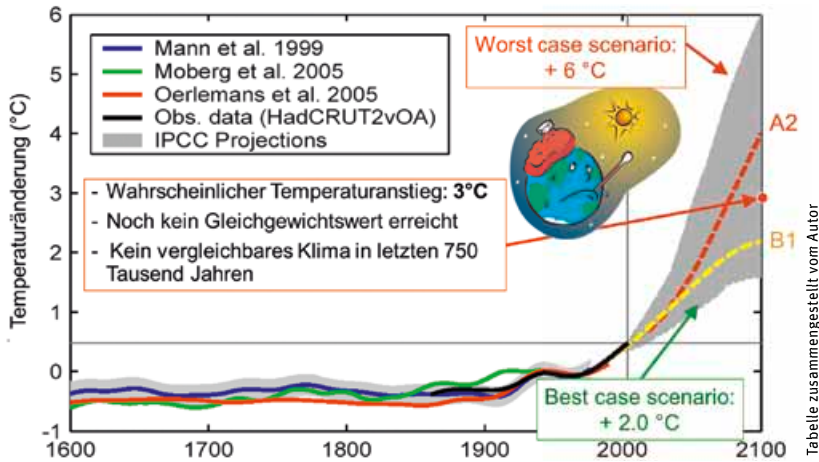


Abb. 5: Mögliche weitere Klimaänderung in Abhängigkeit von den künftigen möglichen Emissionen der Treibhausgase

lungen mit unumkehrbaren Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden. Der Fehlschlag des Klimagipfels in Kopenhagen im Jahr 2009 und die nur zögerlichen Schritte des letzten Klimagipfels in Cancún (Mexico) 2010, deuten darauf hin, dass der angestrebte Wert von 2 °C nicht mehr gehalten werden kann und von einem Anstieg der weltweiten Temperatur von ca. 3 °C ausgegangen werden muss. Die größten Zuwächse werden im kontinentalen Bereich und hier insbesondere in höheren Breiten erwartet. Im maritimen Bereich fallen die Temperaturanstiege dagegen wegen der dämpfenden Wirkung des Ozeans geringer aus.

Ein derartiger Klimawandel bedeutet aber auch, dass sich die Niederschlagsmengen und ihre Verteilung in den kommenden 100 Jahren dramatisch ändern werden. Insgesamt werden die Niederschläge im globalen Mittel aufgrund der höheren Temperaturen und damit auch einer höheren Verdunstung von Wasser zunehmen. Die

**Weiter steigende CO<sub>2</sub>-Emission lässt eine Stabilisierung des Klimaanstiegs um maximal 2 °C als UNHALTBAR erscheinen.**

Niederschläge verteilen sich aber regional stark unterschiedlich auf der Erde (Abb. 6).

Nach einer Prognose des Hadley Centre for Climate werden die Niederschlagsmengen in den tropischen Bereichen zunehmen, dagegen aber in den semiariden Gebieten, in denen heute schon relativ wenig Regen fällt und in denen es in der Zukunft noch trockener werden wird, abnehmen. Dieses sind gleichzeitig die Gebiete, in denen das Bevölkerungswachstum besonders hoch ist und damit der Wasserbedarf zur Versorgung der Bevölkerung bzw. für landwirtschaftliche Zwecke überproportional steigen wird.

**Auswirkungen**

Zweifelsfrei sind eine mittlere globale Temperaturzunahme von 2 bis 3 °C bis

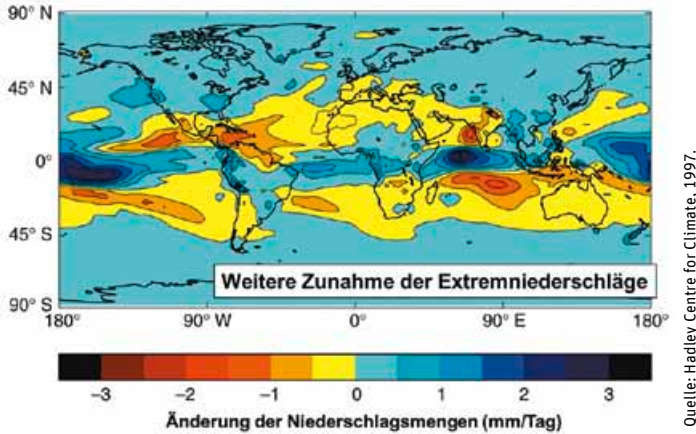


Abb. 6: Prognose der zukünftigen globalen Niederschlagsverteilung bis zum Jahr 2050

zum Ende dieses Jahrhunderts und die erwartete Änderung der Niederschlagsverteilung mit großen globalen Auswirkungen und erheblichen ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen verbunden, deren Umfang heute noch nicht im vollen Umfang abgeschätzt werden kann. Nachstehend sind einige globale Auswirkungen exemplarisch aufgeführt, die mit Blick auf sicherheitspolitische Aspekte von Bedeutung sind:

Durch die thermische Ausdehnung des Meerwassers und die Abschmelzung von Gletschern wird der Meeresspiegel in den nächsten 100 Jahren um bis zu einen Meter ansteigen, wodurch niedrig gelegene Inseln sowie große, fruchtbare und dicht besiedelte Fluss-Deltas und Küstenzonen überflutet werden. Auch große, im unmittelbaren Küstenbereich liegende Städte wären direkt betroffen. Global leben derzeit ca. 160 Millionen Menschen in Gebieten, die nicht mehr als einen Meter über dem Meeresspiegel liegen und vielfach auch nicht durch Deiche (wie z. B. in den großen Fluss-Deltas) geschützt werden kön-

nen. Alleine bei Abschmelzung des Grönlandgletschers wird mit einem zusätzlichen Anstieg des Meeresspiegels um ca. sieben Meter gerechnet.

Die Intensität und Anzahl der meteorologischen Extremereignisse werden weiter zunehmen und zu vermehrten Dürreperioden einerseits und vermehrten Überschwemmungen andererseits mit erheblichen ökonomischen Folgen führen. Die so genannten Jahrhundertereignisse werden immer häufiger und dazu noch mit größeren Intensitäten auftreten und zu stark ansteigenden Schäden führen; eine Entwicklung, die heute schon an den Statistiken der großen Rückversicherer abzulesen ist. Allein durch den Hurrikan Katrina (August 2005) sind in New Orleans Schäden in Höhe von mehr als 150 Mrd. US\$ entstanden und mehr als 1000 Menschen zu Tode gekommen. Besonders betroffen von den meteorologischen Extremereignissen sind die großen Städte (Mega-Cities) in den Entwicklungs- und Schwellenländern, in denen immer mehr Menschen unter vielfach men-



schenunwürdigen Umständen leben und deshalb auch der Zunahme der meteorologischen Extremereignisse besonders ausgesetzt sind.

Von besonderer Bedeutung ist auch die Änderung der atmosphärischen Zirkulation, die mit einer nicht unerheblichen Veränderung der zeitlichen und räumlichen Verteilung der Niederschläge verbunden ist und sich unmittelbar auf die Stabilität bestehender natürlicher Ökosysteme sowie die Land- und Forstwirtschaft auswirken und die Bereitstellung von ausreichenden Mengen sauberen Trinkwassers für große Teile der Weltbevölkerung gefährden wird. Unmittelbar betroffen sind die semiariden Gebiete in den Entwicklungsländern, die zu den ärmsten Gebieten der Erde gehören und bereits heute an Wasserknappheit leiden. Selbst geringfügige Abnahmen der Niederschlagsmengen können deshalb zu extremen Problemen führen und die ohnehin in diesen Ländern vorhandenen sozialen und wirtschaftlichen Spannungen bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen um die verbleibenden Wasserressourcen und zur Sicherung der Ernährung der eigenen Bevölkerung weiter verschärfen.

Im Jahr 2000 waren 8 % der weltweiten Bevölkerung von sechs Milliarden Menschen, d. h. ca. 500 Millionen

Menschen von Wassermangel betroffen. Nach jüngsten Abschätzungen wird damit gerechnet, dass dieser Anteil bis zum Jahr 2025 auf 38 % zunehmen wird. Bei einer dann erwarteten Gesamtbevölkerung von ca. acht Milliarden Menschen würde dieser Anteil auf ca. drei Milliarden Menschen ansteigen, was in etwa der Hälfte der heute auf der Erde lebenden Menschen entspricht. Wenn sich der Monsun über dem indischen Subkontinent ändern sollte, wären allein in diesem Gebiet mehr als eine Milliarde Menschen betroffen.

Infolge der globalen Erwärmung und der Häufung von Wetterextremen mit größeren und länger andauernden Überschwemmungen werden sich Infektionskrankheiten wie Malaria, Cholera oder Dengue-Fieber in die wärmer werdenden Klimazonen ausbreiten. Dabei werden Gebiete erfasst, in denen diese Krankheiten bisher nicht aufgetreten sind und die damit nicht nur die Gesundheit der dort lebenden Menschen, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder besonders beeinträchtigen.

Zweifelsfrei werden auch einige Gebiete dieser Erde von den erwarteten Klimaänderungen profitieren, dafür werden andere Gebiete umso stärker in Mitleidenschaft gezogen. Aufgrund dieser unterschiedlichen Entwicklung entstehen politische Spannungen, z. B. beim Kampf um eine gerechte Verteilung der sich ändernden Wasservorräte und der damit verbundenen Änderungen der Produktion von Nahrungsmitteln. Diese Spannungen werden sich in Anbetracht der weiter wachsenden Weltbevölkerung, hier insbesondere in den Entwicklungsländern, weiter verstärken und zu erheblichen Migrationen führen, die u. a. durch andere Faktoren

**Intensität und Anzahl der Meteorologischen Extremereignisse wird zukünftig noch **WEITER ANSTEIGEN**.**



Der **KAMPF** um Wasser und Nahrung wird zu sozialen Spannungen und kriegerischen Auseinandersetzungen führen.

Bildnachweis: ASIF HASSAN/AFP/Getty Images

wie ethnische und religiöse Auseinandersetzungen und den demographischen Wandel noch verstärkt werden.

Diese Entwicklung mündet in eine Destabilisierung der Gesellschaft und zunehmende Gewalt, die – wie heute in Afrika deutlich zu erkennen – nicht mehr regional begrenzt sind und damit nicht nur die nationale, sondern auch die internationale Sicherheit bedrohen. Die in den letzten Jahren zunehmende Piraterie auf wichtigen internationalen Schifffahrtsrouten ist eine Folge dieser Destabilisierungsprozesse und macht bereits heute große internationale Anstrengungen erforderlich, die sich nicht nur auf wirtschafts- und entwicklungspolitische Themen konzentrieren dürfen, sondern auch sicherheitspolitische

Gesichtspunkte berücksichtigen müssen. Ein weiteres Beispiel für die heute schon zu sehenden Auswirkungen des Klimawandels ist im Sudan zu erkennen, wo sich die Wüsten in den vergangenen Jahrzehnten um mehrere hundert Kilometer nach Süden verschoben und zu internen Auseinandersetzungen zwischen Viehzüchtern und Bauern um die Landnutzung geführt haben. Die Folge sind Migrationen innerhalb des Landes, die durch ethnische Auseinandersetzungen und den demographischen Wandel noch verstärkt werden. Fünf Millionen Flüchtlinge in provisorischen Lagern ohne Infrastruktur, Versorgung und ärztliche Betreuung sind der beste Nährboden für Gewalt und Terrorismus.

Migration wird sich nicht auf die nationale Ebene begrenzen lassen, sondern entwickelt sich zunehmend zu einem internationalen Problem. Ca. 30.000 Flüchtlinge haben 2006 die Kanarischen Inseln erreicht. Wie viele diesen Weg gegangen sind, aber das rettende Ziel nicht erreicht haben, bleibt ungewiss. Um seine Außengrenzen besser vor illegaler Einwanderung zu schützen, hat die EU die „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“ (FRONTEX) gegründet, die nun auch im Grenzgebiet zwischen der Türkei und Griechenland aktiv wird. Gleichzeitig werden die Grenzanlagen in den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla weiter ausgebaut. Weil Menschen in Not immer neue Wege der Migration suchen und auch finden werden, können Einrichtungen wie FRONTEX das Problem lediglich kurzfristig lindern, nicht aber lösen. Dazu sind sicherheitspolitische Ansätze notwendig, die weit über den militärischen Einsatz hinausgehen und wirtschaftliche sowie gesellschaftspolitische Aspekte einschließen.

### Maßnahmen

Neben den sicherheitspolitischen neuen Ansätzen sind insbesondere Maßnahmen erforderlich, mit denen der weitere Klimawandel auf ein noch tolerierbares

**Wirtschaftliche und politische Destabilisierung wird eine zunehmende MIGRATION bewirken.**

### V. a. die INDUSTRIELÄNDER als Hauptverursacher müssen ihre CO<sub>2</sub>-Emission senken.

Niveau von +2°C gegenüber dem vorindustriellen Wert begrenzt werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Emissionen der Treibhausgase, hier vornehmlich des Kohlendioxids, erheblich gesenkt werden. Angestrebt wird eine Reduktion der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emission um 50 % (bezogen auf das Jahr 1990) bis zum Jahr 2050. Dieses angestrebte Ziel steht im krassen Gegensatz zu der weiter ansteigenden Weltbevölkerung, die von den Vereinten Nationen (UN) auf ca. drei Milliarden bis zum Jahr 2050 geschätzt wird und aufgrund der bestehenden Altersstruktur der Weltbevölkerung nicht wesentlich beeinflusst werden kann. Dieser zusätzliche Bevölkerungsanteil muss mit Energie und Nahrungsmittel versorgt werden. Hinzu kommt das berechnete Verlangen der Entwicklungs- und Schwellenländer nach einem verbesserten Lebensstandard und Wohlstand. Zusammengekommen führt diese Entwicklung zu einer weiter zunehmenden Emission von Kohlendioxid, wenn nicht außergewöhnliche Maßnahmen ergriffen werden. Dieses Spannungsfeld aufzulösen, ist eine der größten Herausforderungen, die auf die Gesellschaft in diesem Jahrhundert zukommen wird.

Die Industrieländer sind zweifelsfrei die Hauptschuldigen am Klimawandel, aber von den Folgen des Klimawandels im Verhältnis zu den armen Ländern dieser Welt in einem nur geringen Umfang betroffen. Die CO<sub>2</sub>-Emission pro Kopf und Jahr liegt heute in den USA etwa zwanzigmal höher als in Indien und fünfmal so hoch wie der weltweite

## Eine vorausschauende Klimapolitik bietet auch wirtschaftliche **CHANCEN**.

Durchschnitt. Folgerichtig wird von den Industrieländern gefordert, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen um ca. 80 % zu reduzieren, um den Entwicklungsländern noch einen Spielraum einzuräumen, aber gleichzeitig das Gesamtziel einer Reduktion der globalen CO<sub>2</sub>-Emission um 50 % einhalten zu können. Die Leidtragenden des Klimawandels sind die armen Länder, die bei Berücksichtigung der langen Verweildauer des Kohlendioxids in der Atmosphäre von mehr als 120 Jahren so gut wie keinen Beitrag zum Anstieg der atmosphärischen CO<sub>2</sub>-Konzentration und damit zum Klimawandel geleistet haben. Damit entsteht insofern ein Ungleichgewicht, als die Verursacher des Klimawandels nur im geringen Umfang betroffen sind und dementsprechend auch keine große Veranlassung sehen, entscheidende Maßnahmen zur Stabilisierung des Weltklimas durchzuführen. Daraus resultiert ein Nord-Süd-Konflikt, der durch die Ressourcenverknappung noch verstärkt wird und sich zu einem erheblichen sicherheitspolitischen Risiko entwickeln kann.

Viele unter uns werden eine CO<sub>2</sub>-Emissionsminderung um bis zu 80 % bis Ende dieses Jahrhunderts für eine Utopie halten. Diesem ist zu entgegnen, dass die Techniken für eine Senkung

des Energieverbrauchs und für eine CO<sub>2</sub>-freie Bereitstellung von Energie bereits heute vorhanden sind. Es fehlt lediglich der Wille, diese Möglichkeiten möglichst schnell und umfassend im Rahmen eines integrierten Energie- und Klimaprogramms umzusetzen, in dem erstens die Effizienz bei der Erzeugung und Nutzung der Energie schnell und umfassend gesteigert wird, zweitens die bestehenden Möglichkeiten auf dem Gebiet der alternativen Energien sinnvoll, d. h. unter Vermeidung negativer ökologischer Nebeneffekte, genutzt werden, drittens neue CO<sub>2</sub>-arme bzw. CO<sub>2</sub>-freie Technologien entwickelt und ihre Markteinführung unterstützt werden und viertens die richtigen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für einen effizienten Klimaschutz gesetzt werden.

Einen Königsweg, der alle Probleme mit einem Schlag und ohne Mitwirkung des Einzelnen löst, gibt es nicht und wird es auch in der Zukunft nicht geben. Notwendig ist ein Bündel von Einzelmaßnahmen, das an die einzelnen Regionen und die dort bestehenden Verhältnisse angepasst ist und in kurzen Zeitabschnitten immer wieder auf seine Wirksamkeit hin überprüft werden muss. Ideologische Hemmnisse müssen dabei über Bord geworfen werden und der Forderung nach einer nachhaltigen Entwicklung absoluter Vorrang gegeben werden.

Wegen der nicht mehr vermeidbaren weiteren Klimaänderungen und den daraus resultierenden Folgen dürfen sich die Maßnahmen nicht nur auf den klassischen Klimaschutz beschränken, sondern müssen auch die Umsetzung von Maßnahmen zur Adaption an die aus dem Klimawandel resultierenden Folgen beinhalten. Dieses gilt insbesondere

für die mit der Veränderung der Niederschläge zusammenhängenden Auswirkungen. Diese Notwendigkeit wird auf politischer Seite noch nicht voll erkannt, ist aber dringend geboten, wenn rechtzeitig Maßnahmen zum Schutz der Gesellschaft abgeleitet bzw. bereitgestellt werden sollen. Die Definition und Umsetzung von Anpassungsstrategien erfordern Zeiträume von bis zu 30 Jahren. Deshalb sind eine vorausschauende Politik und ein sofortiges Handeln dringend geboten.

Die erfolgreiche Umsetzung dementprechender Anpassungs- und Vermeidungsstrategien setzt die Entwicklung und den Einsatz innovativer und effizienter Umweltechnologien voraus, die uns unabhängig von den fossilen Energieträgern machen und die Zukunft der nachkommenden Generationen nachhaltig sichern werden. Wer derartige Technologien rechtzeitig entwickelt, wird sich auf dem zukünftigen Weltmarkt behaupten, zukunftssichere Arbeitsplätze und den sozialen Frieden sichern. Der Klimawandel ist insofern nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine riesige Chance, die erkannt, aufgegriffen und konsequent genutzt werden muss. Dabei müssen auch die Markteinführung neuer innovativer Produkte sowie die Ausbildung im Handwerksbereich verbessert werden, damit die auf den Markt kommenden innovativen Produkte auch zur Anwendung kommen. Weiterhin müssen neue, innovative Finanzierungsinstrumente geschaffen werden, mit deren Hilfe neue Anreize im Bereich des Klimaschutzes geboten werden. Eine vorausschauende Klimapolitik ist deshalb gleichzeitig die beste Wirtschaftspolitik und eine wichtige Basis für die Sicherung des nationalen und globalen Friedens. ///



### **/// PROF. DR. WOLFGANG SEILER**

war ab 1986 Direktor des Fraunhofer Instituts für Atmosphärische Umweltforschung in Garmisch-Partenkirchen und von 2002 bis zum Beginn seines Ruhestands 2005 Direktor des Instituts für Meteorologie und Klimaforschung (IMK-IFU) des Forschungszentrums Karlsruhe. Seitdem ist er als Umweltbeauftragter von Garmisch-Partenkirchen tätig und engagiert sich ehrenamtlich in verschiedenen Gremien.

/// Auswirkungen des Klimawandels auf die regionale und internationale Sicherheit

## EIN SICHERES KLIMA? PERSPEKTIVEN NACH DEN KLIMAVERHANDLUNGEN VON CANCÚN

**DENNIS TÄNZLER** /// Drohen durch den Klimawandel Kriege um Wasser und Nahrungsmittel? Die Prognosen sind alarmierend trotz neuer Hoffnung auf Fortschritte im internationalen Klimaschutzprozess. Um gravierende Sicherheitsprobleme in Folge des Klimawandels zu vermeiden, bedarf es daher international eines umfassenden politischen Handlungsrahmens, der Klimapolitik auch als Konfliktprävention versteht.

Mit der 16. Vertragsstaatenkonferenz in Cancún, so die viel verbreitete Einschätzung, ist die internationale Klimapolitik noch einmal dem finalen Kollaps entkommen.<sup>1</sup> Und in der Tat: Ein neues Momentum ist auszumachen, zumindest in Teilbereichen wie der Finanzierung von internationalen Klimaschutzmaßnahmen, der weiteren Etablierung eines Rahmens für die Durchführung von Anpassungsmaßnahmen und bei Maßnahmen zur Verbesserung des Technologietransfers konnten während der Verhandlungen in Mexiko Fortschritte erzielt werden. Wohlmeinende Interpretationen der Ergebnisse von Cancún sehen nunmehr auch das 2-Grad-Ziel – also die Begrenzung des globalen durchschnittlichen Temperaturanstiegs auf 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter – als

international etabliert an. Die Hoffnung, die sich mit der Aufnahme dieses Zieles in das von allen Verhandlungsdelegationen angenommene Abschlussdokument verbindet, ist wesentlich die Berechenbarkeit des noch erlaubten, weil als halbwegs „kontrollierbar“ erachteten Umfangs an Treibhausgas (THG)-Emissionen. Somit können in der Theorie Verantwortlichkeiten im Sinne von Emissionsbudgets einzelnen Ländern zugewiesen werden. Das klimapolitische Risikomanagement nach Auslaufen des Kyoto-Protokolls 2012 soll auf diese Weise wesentlich verbessert werden.

Doch massive Zweifel bleiben: Die zarten Fortschritte internationaler Klimadiplomatie vollziehen sich vor dem Hintergrund eines dramatischen Zeitverlustes, was die Möglichkeiten der

rechtzeitigen Minderung von THG-Emissionen angeht. Jedes Jahr, in dem der Höhepunkt der globalen Emissionen nicht erreicht wird, verschärft sich die notwendigerweise nachfolgend zu verminderte Emissionsmenge bedeutend. Dies ist auf die lange Wirksamkeit der Treibhausgase in der Atmosphäre zurückzuführen. So erscheint es immer unwahrscheinlicher, den Klimawandel auf ein als kontrollierbar erachtetes Maß einzudämmen: Statt der angestrebten Begrenzung der globalen Erwärmung auf 2°C scheinen mittlerweile 3°C bis 3,5°C und mehr wahrscheinlich.<sup>2</sup> Die Folgen dieses globalen Politik-

versagens werden seit einigen Jahren mit Blick auf ihre außen- und sicherheitspolitische Relevanz diskutiert. Ressourcenknappheit und verstärkt auftretende Extremwetterereignisse in Folge des Klimawandels drohen, ohnehin bestehende Konfliktpotenziale zu verstärken, zum Teil sogar neue zu erzeugen. Im Folgenden werden drohende globale Konfliktlandschaften und hieraus resultierende außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen erörtert und notwendige Schritte für mehr Klimasiicherheit skizziert. Letztere gehen deutlich über den Fokus der internationalen Klimaverhandlungen hinaus, sind aber

**In Afrika werden die Wege immer weiter und beschwerlicher, um an Wasser zu gelangen.**



gleichwohl auf diese als wesentlichen Bezugsrahmen angewiesen.

### Hintergrund

Die Auswertungen klimawissenschaftlicher Erkenntnisse durch das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) im Jahr 2007 zeichnen ein dramatisches Bild regionaler Auswirkungen des Klimawandels. Am stärksten betroffen sind vielfach Gesellschaften mit geringen Anpassungskapazitäten. Bereits Ende 2006 hat der ehemalige Weltbank-Ökonom Nicolas Stern im Auftrag der britischen Regierung eindrücklich die negative wirtschaftliche Entwicklung des Klimawandels aufgezeigt, so entschlossenes Gegensteuern ausbleibt.<sup>3</sup> Eine Reihe von Risikoanalysen hat die sicherheitsrelevanten Implikationen des Klimawandels seit 2007 konkretisiert.<sup>4</sup> Erste Ergebnisse hierzu kamen aus den Vereinigten Staaten, wo elf pensionierte US-Generäle im Auftrag des US-Center for Naval Analysis (CNA) die Folgen von Klimawandelfolgen insbesondere für die nationale Sicherheitsarchitektur skizzierten. Sehr viel umfassender und systematischer fiel das Jahresgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) aus, das wachsende Konfliktpotenziale und die Zunahme gesellschaftlicher Spannungen durch Klimaveränderungen regional konkretisierte und Rückschlüsse auf eine sich neu formierende globale Konfliktlandschaft zog.

Im Kern sind sich die Studien einig: In den nächsten Jahrzehnten wird ein ungebremster Klimawandel zu Ressourcenverknappung und Umweltdegradation führen, die bestehenden sozialen und politischen Spannungen verschärfen oder neue Konfliktkonstellationen

**Gesellschaften mit geringen Anpassungskapazitäten sind AM STÄRKSTEN von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen.**

auslösen können. Wie die Forschung zu Umweltkonflikten zeigt, sind Umweltfaktoren in der Regel nicht alleiniger Auslöser von Konflikten, sondern verstärken vielmehr bereits akut oder latent bestehende Konfliktkonstellationen.<sup>5</sup> Bereits vorhandene lokale und regionale Konflikte um Ressourcen wie z. B. gemeinsam genutztes Wasser oder Agrarland sind eng an Armut und die Marginalisierung von landwirtschaftlicher Nutzfläche gekoppelt. Die Zerstörung und Verknappung von Ressourcen hat bereits in vielen Entwicklungsländern zu gewaltsamen Konflikten beigetragen. Schwach ausgebildete soziale Institutionen und ein gravierender Mangel an Ressourcen und technischem Know-how sind hierbei Hauptursache dafür, dass Länder Schwierigkeiten haben, sich an veränderte Umweltbedingungen anzupassen. In der Folge sind Regierungen teilweise nicht mehr in der Lage, zentrale staatliche Aufgaben zu erfüllen. Das Beispiel der gravierenden Folgen der Überflutung in Pakistan 2010 zeigt, wie erheblich sich Folgewirkungen von Umweltkatastrophen erweisen können.

**Der Klimawandel führt zur Ressourcenverknappung und somit zu regionalen sozialen und politischen SPANNUNGEN.**



Durch das Zusammenspiel der Klimaveränderungen mit einer Reihe weiterer globaler Trends, v. a. einem global steigenden Ressourcenverbrauch, Bevölkerungswachstum und Urbanisierung, ist es mehr als plausibel, eine neue Dimension von Umweltkonflikten anzunehmen und zusätzliche Maßnahmen politischen Handelns zu diskutieren. Die Forschungsergebnisse der Umweltsicherheitsforschung zeigen jedoch auch, dass die Verknappung von Ressourcen bislang kaum bewaffnete zwischenstaatliche Konflikte in Form von (Ressourcen-)Kriegen nach sich gezogen hat.<sup>6</sup> Eine zentrale Deutung für das Ausbleiben zwischenstaatlicher Konflikte ist, dass die Umweltzusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Problemlagen eine politisch stabilisierende Wirkung entfalten kann. Am weitesten fortgeschritten ist in diesem Zusammenhang die Forschung zu Verhaltensmustern an grenzüberschreitenden Gewässern. Empirisch zeigt sich, dass bislang Konflikte um Wasser noch zu keinem internationalen Krieg in einem der weltweit 263 grenzüberschreitenden Flussgebiete geführt haben.<sup>7</sup> Bei der Analyse des Verhaltens von Anliegern an grenzüberschreitenden Gewässern kommen Forscher von der Abteilung für Geowissenschaften an der Oregon State University bei ihren Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass kooperative Arrangements sehr viel häufiger auftreten als gewaltsam ausgetragene Konflikte.

Die Konfliktgeschichten am Euphrat oder Nil verdeutlichen zwar, dass es zu Drohungen mit militärischer Gewalt kommt, wenn beispielsweise der Oberanlieger durch den Bau von Staudämmen die Wassermengen für die Untieranlieger zu begrenzen droht. Aber selbst in diesen politischen Spannungsbereichen sind gemeinsame Lösungsbemühungen

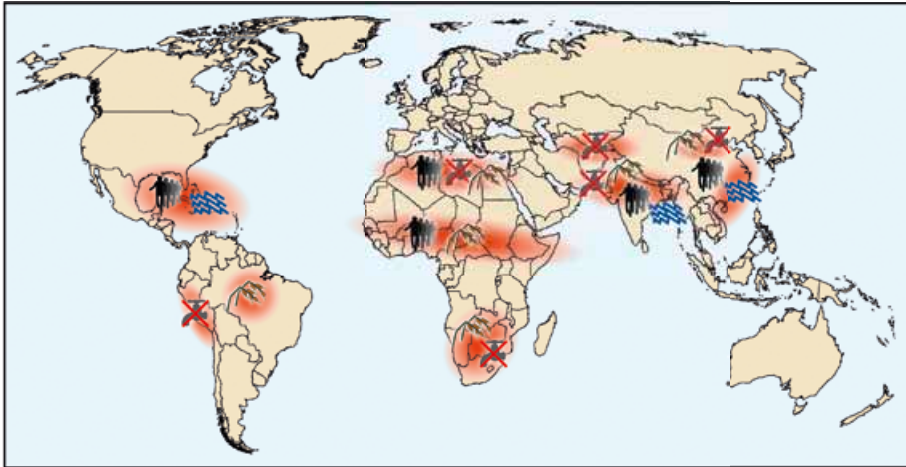
## Bisher haben Konflikte um Wasser zu keinem INTERNATIONALEN Krieg geführt.

und Kooperationsabkommen möglich. Es sind institutionelle Arrangements, die den Kern dieser Kooperation ausmachen. Ansätze wie die Zusammenarbeit im Rahmen der „Nile Basin Initiative“ werden unter äußerst komplexen Verhandlungsbedingungen realisiert, zählen doch nicht weniger als zehn Staaten zu den Nilanrainern.<sup>8</sup> Solche Initiativen verstetigen die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Anliegern und tragen auf diese Weise oftmals erheblich zur Vertrauensbildung bei. Ferner erweisen sich die dauerhafte politische wie finanzielle Unterstützung, die Schaffung einer gemeinsamen hydrologischen Datengrundlage sowie die Etablierung allseits anerkannter Rechtsinstrumente als Kernelemente einer tragfähigen Zusammenarbeit, die auch mit Blick auf die Eindämmung zukünftiger Risiken des Klimawandels eine entscheidende Rolle spielen können.

### **Zukünftige Risikoregionen**

Welches sind die dominanten Konfliktkonstellationen, die im Zuge des Klimawandels drohen und wo liegen diesbezüglich regional mögliche Brennpunkte? Um diese Fragen zu beantworten, suchen das Jahresgutachten des WBGU sowie weitere Risikoanalysen den naturräumlichen Prognosen des IPCC systematisch die Annahmen über die zukünftige Stabilität und Handlungsfähigkeit von Staaten zur Seite zu stellen. Der WBGU identifiziert z. B. vier Konfliktkonstellationen, die sich prinzipiell an die in Vorstudien für die Vergangenheit dargelegten Konfliktmuster anlehnen

## Globale Konfliktlandschaften im Klimawandel



### Konfliktkonstellationen in ausgewählten Brennpunkten:



Klimabedingte Degradation von Süßwasserressourcen



Klimabedingter Rückgang der Nahrungsmittelproduktion



Brennpunkt



Klimabedingte Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen



Umweltbedingte Migration

Quelle: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Berlin 2007, S. 4.

und sie in die Zukunft extrapolieren. Verteilungskämpfe um Süßwasser und Nahrungsmittel werden durch zunehmende Konfliktlagen im Zuge extremer Wetterereignisse ergänzt. Während sich diese Trends auf naturräumliche „Hauptkonflikttreiber“ zurückführen lassen, bezeichnet Migration als vierter potenzieller Konflikttreiber einen Folgekonflikt bzw. einen „Übersetzungsmechanismus“ aus den vorgenannten massiven Auswirkungen des Klimawandels. Hierbei wird davon ausgegangen, dass es durch die zu erwartende Verknappung von fruchtbaren Böden und Wasserressourcen zu massenhaften Fluchtbewegungen kommen wird.

Die resultierende globale Konfliktlandschaft ist beunruhigend: Das Zusammenspiel der Konflikttrends mit sektoralen Entwicklungen droht selbst die

Anpassungsfähigkeit relativ stabiler Staaten zu überfordern. Die Folgen des Klimawandels für alle Ebenen gesellschaftlichen Lebens bedrohen nicht nur menschliche Sicherheit und lokale Kontexte, sondern können auch die Stabilität internationaler Sicherheit erheblich beeinflussen. Hierfür ist maßgeblich, dass die Problemlagen zur zusätzlichen Destabilisierung ohnehin fragiler Staaten führen und sich wie beim Domino regional ausbreiten können. Im Extremfall werden diese Staaten anfälliger für Extremismus, Terrorismus und Rebellion, und fragile Staatlichkeit wird zu einem unerwünschten „Exportgut“, das auch vermeintlich stabile Staaten erfassen kann. Potenzielle regionale Krisenherde finden sich hierbei selbst in Regionen, die bislang eher weniger zu den regionalen Konflikt-„hotspots“ gezählt wurden.<sup>9</sup>

## **Arktis**

Die erste genuin dem Klimawandel zuzuschreibende Konfliktlage, nämlich die durch das Abschmelzen der Grönlandplatte leicht erschließbaren, umfassenden Rohstoffressourcen, wurde selbst in umfassenden Risikoanalysen lange weitgehend vernachlässigt. Dabei haben die konkurrierenden Nutzungsinteressen von Staaten wie Russland, Kanada, USA, Dänemark und Norwegen ein Spannungspotenzial internationalen Ausmaßes und es bleibt abzuwarten, ob die einschlägigen Bestimmungen der internationalen Seerechtskonvention in der Lage sind, diese Spannungen zu kanalisieren und zu einem Ausgleich der Interessen beizutragen.

## **Asien**

Neben dem Meeresspiegelanstieg und der Intensivierung extremer Wetterereignisse ist es vor allem die Gletscherschmelze im Himalaja, die zu erheblichen Beeinträchtigungen in der Wasserversorgung und der Landwirtschaft führen kann. Hiervon betroffen sind nahezu eine halbe Milliarde Menschen. Die Beziehungen zwischen Indien und Bangladesch und vor allem zwischen Indien und Pakistan sind zudem von erheblicher Bedeutung für die internationale Sicherheit, handelt es sich doch bei Pakistan und Indien um Staaten mit Atomwaffen. Bereits in der Vergangenheit hat es erhebliche Spannungen am Indus und Ganges gegeben, die aber – bislang – im Rahmen bestehender Flussgebietsabkommen geregelt werden konnten.

## **Zentralasien**

Zentralasien (Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan) ist durch die großen Höhenunterschiede besonders geeignet für die

## **Die FOLGEN des Klimawandels bedrohen auch die internationale Sicherheit.**

Nutzung von Wasserkraft. Gleichzeitig sind die zentralasiatischen Staaten stark agrarisch geprägt. Bereits in der Vergangenheit ist es zu zahlreichen Spannungen im Zusammenhang mit Wasser in Zentralasien gekommen. Maßgeblich hierfür sind die zusätzlich hinzutretenden Defizite im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, Korruption, schwache Governance-Strukturen, ineffiziente Verwaltungen sowie Armut.

## **Naher Osten und Nordafrika**

Die Wasserverfügbarkeit ist bereits heute ein zentrales Problem in der Region. Der Klimawandel wird erhebliche Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion haben und Trends wie Desertifizierung und Bodenversalzung werden sich absehbar weiter verschärfen. Das Wasser des Nils und des Jordans können zum Gegenstand von Wasserverteilungskonflikten werden, die kaum regional beschränkt bleiben dürften.

## **Afrika**

Der drohenden Abnahme der Wasserverfügbarkeit und der landwirtschaftlich zu nutzenden Fläche steht eine steigende Bevölkerungszahl gegenüber. Verteilungskonflikte, Hungersnöte und Flüchtlingsströme erscheinen somit nahezu unvermeidbar. Auch der ansteigende Meeresspiegel wird den Kontinent vor zunehmende Herausforderungen stellen, dies betrifft vor allem die Megastädte an der Westküste Afrikas. Angesichts ohnehin schwelender Gewaltkonflikte und Ländern in Post-Konflikt-Phasen drohen hier „Gürtel fragiler Staatlichkeit“.

**Die Anpassung an den Klimawandel erfordert eine **INTENSIVE** Koordination von Außen-, Umwelt- und Entwicklungspolitik.**

**Handlungskorridore für Klimasicherheit**

Diese keineswegs vollständige Übersicht über Risikoregionen der Zukunft unterstreicht mehr als deutlich: Der Handlungsdruck auf die politischen Entscheidungsträger nimmt zu. Dadurch, dass bestimmte Klimaveränderungen bereits heute nicht mehr zu vermeiden sind, erlangt hierbei die Anpassung an den Klimawandel als Handlungsfeld mehr und mehr an Bedeutung. Die „neuen“ Herausforderungen führen zur Herausbildung eines Politikfeldes, das zu weit reichenden Verschränkungen zwischen Außen-, Umwelt-, Entwicklungs- bis hin zur Wirtschafts- und Finanzpolitik führt. Dass die entsprechende politische Adressierung kein leichtes Unterfangen ist, zeigt die Tatsache, dass zwar sowohl auf EU- als auch auf Ebene der Vereinten Nationen (VN) die sicherheitsrelevanten Auswirkungen des Klimawandels erkannt worden sind, die eingeleiteten Prozesse bislang allerdings kaum über das Stadium des „Agenda-Settings“ hinausreichen. Immerhin konnten in den vergangenen Jahren erste Ansätze jenseits der internationalen Verhandlungen konkreter verfolgt werden, um mögliche Ressourcenkonflikte, die im Zuge des Klimawandels befördert werden könnten, präventiv einzuhegen.

Ein Blick auf die Aktivitäten innerhalb des VN-Systems zeigt jedoch auch, dass bislang noch keine systematische Auseinandersetzung mit den sicherheitsrelevanten Implikationen des Klimawandels stattfindet. Die Auswirkungen des Klimawandels auf Frieden und Sicherheit wurden auf Betreiben der britischen Regierung 2007 im Sicherheitsrat diskutiert.<sup>10</sup> Hier offenbarten sich deutlich unterschiedliche Auffassungen von Ländern wie Großbritannien und Deutschland und einzelnen Entwicklungs- und Schwellenländern, die diese sicherheitsbezogene Rahmung des Themas als Versuch seitens der Industrieländer werteten, von ihrer historischen Verantwortung für den Großteil der Treibhausgase in der Atmosphäre abzulenken. Andererseits erwiesen sich die kleinen Inselstaaten als wesentliche Treiber einer VN-Befassung mit den sicherheitsrelevanten Auswirkungen des Klimawandels, wird doch durch den Meeresspiegelanstieg nichts Geringeres als ihre territoriale Integrität in Frage gestellt. Als Folge einer von pazifischen Inselstaaten eingebrachten Resolution zu Klimawandel und Sicherheit, die von der 63. Generalversammlung der VN im Juni 2009 verabschiedet wurde, legte der VN-Generalsekretär im September desselben Jahres einen umfassenden Bericht zu möglichen Sicherheitsrisiken des Klimawandels vor.<sup>11</sup>

Bemerkenswert an diesem Bericht sind weniger die zugrunde liegenden Risikoanalysen, die sich prinzipiell nicht von den bereits erwähnten anderen Untersuchungen unterscheiden, sondern die Betonung der möglichen Lösungsebenen. Demnach sollen als Antwort auf die aus den Folgen des Klimawandels resultierenden Bedrohungsmultiplikatoren systematisch die bedro-

hungsmindernden Potenziale von Frühwarnung, Emissionsminderungen, Anpassung, Entwicklung oder Wachstum erschlossen werden. Auf diese Weise wird ein Gerüst von konfliktpräventiver Klimapolitik skizziert, deren weitere Operationalisierung innerhalb des VN-Systems allerdings noch aussteht. Aus deutscher Sicht ergibt sich seit Beginn des Jahres 2011 die Möglichkeit, über den nicht-ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat neue Akzente zu setzen.

Eine weitere Aufgabe der VN wird es sein, die skizzierten Vorschläge mit den diesbezüglichen Prozessen im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen zu koppeln, um ein kohärentes Vorgehen zu gewährleisten. Mit der Arbeit des während der Klimakonferenz in Cancún auch offiziell eröffneten Adaptation Fund Boards kann die operative Umsetzung der seit Jahren in nationalen Anpassungsplänen erarbeiteten Handlungsansätze eine neue Dynamik erhalten, die nicht zuletzt auch das Vertrauen

seitens wenig entwickelter Länder in internationale Kooperationsansätze unter dem Dach der VN stärken kann. Eine konflikt-sensitive Vorbereitung auf negative Konsequenzen des Klimawandels wäre beispielsweise ein Weg, um Wasser- oder Nahrungsmittelknappheiten frühzeitig anzugehen und Kapazitäten der Katastrophenvorsorge auf- und auszubauen. Spezifische Anpassungsstrategien für fragile Staaten können einen Hebel darstellen, um zu Stabilität und Frieden beizutragen.<sup>12</sup>

Auch die EU hat sich auf die Suche nach Klimasicherheit begeben. Aufgefordert durch die Juni-Schlussfolgerungen des EU-Rates von 2007 legten die Europäische Kommission und das Ratssekretariat des damaligen Hohen Repräsentanten Javier Solana im Frühjahr 2008 den gemeinsamen Bericht „Klimawandel und internationale Sicherheit vor“.<sup>13</sup> Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass der Klimawandel bestehende Bedrohungen verstärkt sowie die Interessen und Sicher-

#### Entwicklungshoffnung oder Auslöser von Konflikten? Das Merowe-Staudamm-Projekt in Sudan



Bildnachweis: © Fotograf/Xinhua

**Die EUROPÄISCHE UNION ist gefordert, Maßnahmen für globale Klimasicherheit voranzutreiben.**

heit der EU und ihrer Partner rund um den Globus gefährdet. Mit Blick auf die zu verfolgenden Ansätze zur Minderung der Bedrohungen wird empfohlen, die Kapazitäten der EU und ihrer Mitgliedsstaaten in den Bereichen Frühwarnung, Analyse und Reaktion auf klimabedingte Sicherheitsauswirkungen zu verbessern. Zudem wird auf die Notwendigkeit verwiesen, dass die EU im multilateralen Kontext weiter eine Führungsrolle einnehmen muss, um globale Klimasicherheit voranzutreiben und ein erfolgreiches internationales Folgeabkommen zum Kyoto-Protokoll zu entwickeln und umzusetzen. Schließlich wird die EU-Kooperation mit Drittländern in den Blick genommen. Hier sollen Dialoge in Gang gesetzt werden, um Bewusstsein für die sicherheitsrelevanten Risiken des Klimawandels zu schaffen und als gemeinsame Herausforderungen auch in den Regionalstrategien der EU systematisch zu berücksichtigen. Das ausführliche Kapitel zur nachhaltigen Nutzung der gemeinsamen Wasserressourcen in der EU-Zentralasienstrategie bietet ein geeignetes Beispiel. Das Auswärtige Amt hat 2008 mit der Initiative „Wasser Unites“ hier angesetzt, um somit gezielt zu mehr Klimasicherheit in der Region beizutragen.<sup>14</sup> Allerdings mangelt es gegenwärtig auch auf EU-Ebene jenseits von einzelnen Initiativen an der systematischen Verankerung der Herausforde-

rungen der Klimasicherheit. Die derzeit im Aufbau befindlichen Strukturen des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) bieten einen sinnvollen Einstiegspunkt, um die Integration des Problemfeldes in die auswärtigen Beziehungen Europas zu gewährleisten.

### Von Cancún nach Durban

Die sicherheitsrelevanten Risiken des Klimawandels erfordern einen „klimapolitischen Stresstest“ internationaler wie europäischer Politikprozesse. Der Schritt vom Agenda-Setting zur Politikformulierung ist hierbei allerdings vielfach noch nicht vollzogen. Der Auf- und Ausbau kooperativer Ansätze ist ein Schlüssel, um angesichts schwindender natürlicher Ressourcen die Voraussetzungen für einen friedlichen Interessenausgleich zwischen verschiedenen Nutzern zu schaffen und damit mögliche Konfliktlagen zu vermeiden. Um die Herausforderungen zunehmender Ressourcendegradation zu bewältigen, muss demnach der bestehende politische Handlungsrahmen erweitert werden. Vor allem ist die Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern im Klimabereich zu intensivieren und die hierfür notwendigen Strategien und Instrumente sind auszubauen. Langfristig angelegte Anpassungsstrategien stellen hierbei ebenso einen wesentlichen Ansatz dar wie grenzüberschreitende Ressourcenkooperation. Ob hieraus ein systematischer Ansatz einer konfliktpräventiven Klimapolitik resultiert, hängt maßgeblich von erfolgreichen internationalen Klimaverhand-

**Konfliktpräventive Klimapolitik erfordert die verstärkte ZUSAMMENARBEIT zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.**

lungen für ein Folgeabkommen des Kyoto-Protokolls ab. Der nunmehr für die Vertragsstaatenkonferenz in Durban im Dezember 2011 angestrebte Konsens wird auch davon abhängen, ob die Verhandlungsdelegationen sich auf einen robusten Anpassungsrahmen einigen können. Die in Cancún erzeugten Fortschritte können zudem dazu führen, einen langfristigen Rahmen der Klimaschutzfinanzierung zu etablieren, die bei konfliktensensitiver Ausrichtung auch außen- und sicherheitspolitische Ziele befördern kann, beispielsweise wenn gezielt Ressourcenkooperationen in fragilen Regionen unterstützt werden.

Zusätzlich – und auch hierfür ist ein erfolgreicher Abschluss der Klimaverhandlungen als politisches Signal förderlich – sind Prozesse bilateraler und regionaler Zusammenarbeit systematisch darauf auszurichten, nationale und regionale Anpassungskapazitäten zu stärken. Die Empfehlungen der VN- und EU-Berichte zu Klimawandel und internationaler Sicherheit weisen bereits in diese Richtung. Die Verknappung natürlicher Ressourcen und weitere negative Implikationen des Klimawandels müssen also nicht zwangsläufig zum Ausbruch gewaltförmiger Konflikte führen.



**/// DENNIS TÄNZLER, DIPL.-POL., MA**  
**ist als Senior Projektleiter bei adelphi,**  
**eine der führenden Institutionen für Politikanalyse und Strategieberatung, in Berlin tätig. Schwerpunkte seiner Arbeit bilden die Bereiche „Klima und Energie“ sowie „Entwicklung und Sicherheit“.**

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Vgl. für eine Analyse der Verhandlungsergebnisse z. B. Climate Group: Post-Cancún Analysis. Policy Briefing, 2011. Abrufbar unter [http://www.theclimategroup.org/assets/files/Post-Cancun-Analysis\\_1.pdf](http://www.theclimategroup.org/assets/files/Post-Cancun-Analysis_1.pdf) (25.1.2011).
- <sup>2</sup> Vgl. die Analyse von Climate Action Tracker: Climate Action Tracker Update: Little Progress – Countries still heading for over 3°C warming, 2010. Abrufbar unter [http://www.climateactiontracker.org/pr\\_2010\\_06\\_10\\_en.pdf](http://www.climateactiontracker.org/pr_2010_06_10_en.pdf) (18.1.2011).
- <sup>3</sup> Siehe den 3. Sachstandsbericht des IPCC: Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Working Group II Contribution to the Intergovernmental Panel on Climate Change Fourth Assessment Report, 2007. Für die Analyse von Nicolas Stern siehe Stern, Nicolas: The Economics of Climate Change. The Stern Review, Cambridge 2006.
- <sup>4</sup> Siehe Center for Naval Analysis: National Security and the Threat of Climate Change, 2007. Abrufbar unter <http://securityandclimate.cna.org/> (30.1.2011). WBGU: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Berlin 2007. Vgl. ferner International Alert: A climate of conflict. The links between climate change, war and peace, London 2007 sowie Carius, Alexander / Tänzler, Dennis / Maas, Achim: Klimawandel und Sicherheit – Herausforderungen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, Eschborn 2008.
- <sup>5</sup> Vgl. z. B. Homer-Dixon, Thomas F.: Environment, Scarcity, and Violence, Princeton 1999. Siehe auch Transformation of Resource Conflicts: Approach and Instruments, hrsg. von Günther Baechler, Kurt Spillmann und Mohamed Suliman, Bern 2002.
- <sup>6</sup> Siehe Carius, Alexander / Tänzler, Dennis / Winterstein, Judith: Weltkarte von Umweltkonflikten – Ansätze einer Typologisierung. Externe Expertise für das WBGU-Hauptgutachten: „Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel“, Berlin 2007.
- <sup>7</sup> Vgl. z. B. Wolf, Aaron T. / Kramer, Annika / Carius, Alexander / Dabelko, Geoffrey D.: Managing Water Conflict and Cooperation, in: State of the World 2005 – Redefining Security, hrsg. vom World Watch Institute, New York / London 2005, S. 8-95.
- <sup>8</sup> Vgl. z. B. Mason, Simon: From Conflict to Cooperation in the Nile Basin, Zürich 2004.
- <sup>9</sup> Vgl. für ausführliche Betrachtungen der genannten Risikoregionen das Gutachten des WBGU: Welt im Wandel und Carius u.a.: Klimawandel und Sicherheit (FN 4) sowie Maas, Achim / Tänzler, Dennis: Regional Security Implications of Climate Change. A Synopsis, in: Adelphi Report 01/09, Berlin 2009. Für den speziellen Fall der Arktis siehe auch den Band: New Chances and New Responsibilities in the Arctic Region, hrsg. von Georg Witschel, Ingo Winkelmann, Katrin Tiroch und Rüdiger Wolfrum, Berlin 2010.
- <sup>10</sup> Vgl. UN Security Council: 5663rd Meeting, Dienstag, 17 April. S/PV.5663, New York 2007. Vgl. für eine Betrachtung der Debatte auch Tänzler, Dennis: Entwicklungsrisiko Klimawandel. Die Notwendigkeit kooperativer Ansätze, SWP Working Paper, Berlin 2009.
- <sup>11</sup> Siehe UN Secretary General: Climate Change and its Possible Security Implications, Report of the UN Secretary-General, 2009.
- <sup>12</sup> Vgl. für diese Diskussion Tänzler, Dennis / Maas, Achim / Carius, Alexander: Climate change adaptation and peace, in: Wiley Interdisciplinary Reviews Climate Change, DOI:10.1002/wcc.66, 2010.
- <sup>13</sup> Siehe High Representative und European Commission: Climate Change and International Security, Joint Paper to the European Council, Brüssel 2008.
- <sup>14</sup> Vgl. hierzu die Informationen des Auswärtigen Amtes unter [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/GlobaleFragen/Umwelt/Wasser\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/GlobaleFragen/Umwelt/Wasser_node.html) (14.2.2011).

/// Zeit zum Handeln

## WAS DAS JAHR 2010 DIE WELT KLIMAPOLITISCH GELEHRT HAT

**JEANNE RUBNER** /// Wer das Jahr 2010 klimapolitisch Revue passieren lässt, mag zunächst positiv gestimmt sein: Es endete mit einem Klimagipfel Anfang Dezember in Cancún, der als Erfolg gefeiert wurde. Die Teilnehmer gingen versöhnlich, ja sogar euphorisch auseinander, die Staatengemeinschaft hatte sich – erstmals – darauf geeinigt, den Anstieg der globalen Temperatur auf zwei Grad, die rote Linie, die nach Meinung der Klimaforscher nicht überschritten werden sollte, zu bremsen, weil sonst katastrophale Auswirkungen drohen.

### 2010: Ein gutes Jahr?

Genauer betrachtet, war 2010 kein gutes Jahr für die Klimapolitik. Zunächst einmal geht es als wärmstes in die Annalen der Wettergeschichte ein. Das belegen die Temperaturmessungen an den weltweiten Wetterstationen, deren Ausschläge auf der Celsius-Skala weit nach oben zeigen, wie auch die Untersuchungen der Eisdecke im Arktischen Meer, die so stark geschmolzen ist wie nie zuvor. Sowohl die US-Weltraumbehörde NASA als auch die Weltorganisation der Meteorologen WMO sehen darin die Bestätigung, dass der Trend zur Erderwärmung, verursacht durch das Treibhausgas Kohlendioxid, anhält. Denn bereits 1998 und 2005 waren Rekordjahre, und die zehn wärmsten Jahre der Geschichte sind allesamt seit 1998 gemessen worden.

2010 das wärmste Jahr in der Geschichte der Wetteraufzeichnungen? Das mag mancher fragen, angesichts des kühlen, verregneten Sommers in Deutschland. Doch regionales Wetter darf man nicht mit globalem Klima vergleichen. Ein kühler mitteleuropäischer Sommer oder ein kalter, schneereicher Winter sind noch längst keine Gegenbeispiele dafür, dass die Erdatmosphäre sich erwärmt. Nach einer Analyse des Potsdamer Klimaforschers Stefan Rahmstorf gehörte Westeuropa tatsächlich zu den ganz wenigen Landgebieten, in denen 2010 eher ein kühles Jahr war – und bei manchem Europäer Zweifel am Klimawandel nährte.

Ein weiteres Indiz für den Klimawandel sind die Niederschläge. 2010 war auch das Jahr mit der größten Menge an Niederschlägen seit Beginn der





## Der Trend zur Erderwärmung **HÄLT AN.**

Aufzeichnungen, für Rahmstorf ein Beleg für den Aufwärtstrend bei der Temperatur der Atmosphäre. Denn von wärmeren Meeren verdunstet auch mehr Wasser, das dann auch abregnen muss. Wenn dieser generelle Trend zu wärmeren Meeren und mehr Niederschlägen mit einer regionalen Anomalie wie dem aktuellen La Niña-Phänomen zusammenkommt, kann es zu Rekordniederschlägen und Überschwemmungen kommen wie Anfang Januar 2011 in Australien. Anders gesagt: Das Hochwasser von Queensland mag zwar noch keine direkte Folge des Klimawandels sein, aber zumindest eine indirekte.

2010 wird auch als das Jahr der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko in die Geschichte eingehen. Dort haben die hilflosen Zauberlehrlinge des Unternehmens BP der Welt vor Augen geführt,

mit welchen Risiken die Förderung des zähflüssigen Rohstoffs am Meeresboden behaftet ist. Einer der großen, weltweit operierenden Ölkonzerne scheiterte kläglich daran, ein leckes Bohrloch abzudichten. Geschlagene drei Monate brauchten die BP-Ingenieure, bis sie das defekte Absperricherheitsventil der zuvor explodierten Plattform Deepwater Horizon in 1500 Meter Tiefe notdürftig repariert hatten. Da waren bereits Schätzungen zufolge zwischen einer halben und einer ganzen Million Tonnen Erdöl ins Meer geströmt. Wie Tiere und Pflanzen mit den großen Mengen an giftigem Öl und chemischen Gegengiften fertig werden, ist ungewiss. Im November 2010 schlugen Forscher Alarm, nachdem sie in der Nähe des Bohrlochs ein massives Korallensterben beobachtet hatten. Korallen sind die Heimat zahl-

reicher Arten wie Fische, Schnecken und Krabben. Ein Lebensraum geht verloren, von den vielen Jobs in der Fischerei und Tourismusbranche ganz zu schweigen.

### Der Golf von Mexiko ist überall

Am Golf von Mexiko zeigte sich nicht nur die Hilflosigkeit eines Konzerns, sondern auch die einer Weltmacht, deren Wirtschaft noch mehr als die anderer Industriestaaten vom Öl abhängt. Viel zu nachlässig haben die US-Behörden die Aufsicht über Tiefseebohrungen gehandhabt und die Interessen der Industrie über die Sicherheit gestellt. Das zuständige Amt „Mineral Management Service“ unterhielt enge Beziehungen zur Ölindustrie, immer wieder kam es zu Korruptionsfällen, bei denen Behördenmitarbeiter Geld von Konzernen annahmen. Und im Fall der Deepwater Horizon hatte die Behörde auf den vorgeschriebenen Notfallplan verzichtet. Die Folge: Die Forderungen an BP könnten sich auf 50 Milliarden Dollar summieren, allein für das ausgelaufene Öl könnte ein Betrag zwischen fünf und 21 Milliarden Dollar fällig werden. Hinzu kommen Klagen geschädigter Fischer, Hotelbesitzer und Gemeinden mit ei-

nem Streitwert, der auf sechs bis zwölf Milliarden Dollar geschätzt wird.

Wer übrigens denkt, der Golf von Mexiko sei weit weg und die Schlampeereien von BP und amerikanischen Aufsichtsbehörden gingen Europa nichts an, irrt. Entgegen der Beteuerungen von Ölfirmen können Tiefbohrunfälle sehr wohl auch in der Nordsee passieren, warnten Anfang Januar 2011 Experten in einem Bericht für das britische Parlament, der die Folgen der Katastrophe am Golf für die Nordsee-Bohrungen abschätzen sollte. Zwar schreibe das Vereinigte Königreich hohe Standards vor, so die Studie, aber die Firmen vernachlässigten die Vorsorge von schweren Unfällen, die wie im Fall der Deepwater Horizon zwar wenig wahrscheinlich seien, die aber, wenn sie denn doch einträten, katastrophale Folgen hätten. Statt alles zu tun, um solchen Unfällen vorzubeugen, konzentrierten die Firmen sich auf die Nachsorge.

### Die großen Schwachstellen

Das Jahr 2010 hat die zwei großen Schwachstellen der Klima- und Energiepolitik offenbart: Zum einen müssen wir damit rechnen, dass der Klimawandel, zumindest in einigen Weltregionen, seine heftigen Folgen mit aller Wucht entfalten wird und uns keineswegs noch einige Jahrzehnte Zeit bleiben werden, uns anzupassen. Zum anderen steht die bisherige Energieversorgung auf einem höchst brüchigen Fundament. Erdöl wird nicht nur knapp, sondern knappes Erdöl zu fördern, birgt auch große ökologische Risiken, von den Kosten ganz abzusehen. Das gilt übrigens für die andere kohlendioxidreiche Energiequelle Kohle ebenso. Nach offiziellen Angaben sterben in den Kohlebergwerken Chinas jährlich um die 6000 Grubenarbeiter,

**WIRTSCHAFTLICHE Interessen stehen vor Sicherheit.**

Umweltorganisationen schätzen, dass die Zahl doppelt so hoch liegen könnte.

Die allmählichen Zeichen der Klimaerwärmung, die schlimmen Folgen des ungehemmten Abbaus und Verbrauchs fossiler Ressourcen – beides hängt zusammen. Und für beides muss eine gemeinsame Lösung gefunden werden. Die Gesellschaft muss wegkommen von Kohle und Öl, weil diese Energiequellen erstens knapp sind und zweitens das Klima belasten. Andererseits gilt, wenn wir unsere Energiegewohnheiten ändern, schonen wir zugleich das Klima.

### Ein zweiter Blick zurück auf Cancún

Angesichts der globalen Bedrohung lohnt ein genauerer Blick zurück auf den Klima-Gipfel von Cancún. Dort hat die Weltgemeinschaft sich erstmals auf das Zwei-Grad-Ziel verpflichtet. Doch was ist dieses Versprechen überhaupt wert? Tatsächlich ist es mit keinen konkreten Zielen verbunden, Emissionen zu reduzieren. Darauf konnte man sich in Cancún nämlich wieder nicht einigen. Die Schwellenländer sehen nicht ein, dass sie ihren Ausstoß an Klimagasen ebenso reduzieren sollen wie die Industrienationen, die bislang die Hauptverantwortung für den Klimawandel tragen. Schließlich produziert ein US-Bürger im Schnitt etwa 22 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr, ein Chinese dagegen nur 1,4 Tonnen. Die Industrieländer wiederum wollten in Cancún den Schwellenländern keinen Bonus einräumen. Also hat man nicht festgelegt, wer wie viel Kohlendioxid und andere schädliche Klimagase bis wann verringern muss.

Es gelang auch nicht, sich darüber zu einigen, wie die reichen Länder den ärmeren helfen können, mit den Folgen des Klimawandels zurecht zu kommen.

## Klimawandel und Energieknappheit sind die Bedrohungen der NÄCHSTEN Zukunft.

Für diesen Zweck hatte man zuvor zwar schon den „Green Climate Fund“ beschlossen, doch unklar blieb, mit welchen Mitteln er gefüllt werden soll. Woher soll das Geld stammen und wer soll wie viel zahlen? De facto hat man in Cancún nur bekräftigt, was die Industrienationen bereits 2009 beim Klimagipfel in Kopenhagen in Aussicht gestellt haben. Der damalige „Copenhagen Accord“ hatte nur die Verbindlichkeit einer Presseerklärung; jetzt stehen die damals versprochenen Hilfezahlungen in Höhe von 30 Milliarden Dollar für 2010 bis 2012 und von jährlich 100 Milliarden Dollar für die Zeit ab 2020 in einem Beschluss der Vertragsstaatenkonferenz bereit. Aber wie verbindlich sind die Summen tatsächlich? Das Versprechen der 30 Milliarden wird „zur Kenntnis genommen“, heißt es im Abschlussprotokoll von Cancún, das Versprechen der 100 Milliarden „anerkannt“. Das klingt eher unverbindlich.

Letztlich dreht man sich weiter im Kreis: Wie viel sollen die Industrieländer, die bisher einen Großteil der Klimagase verantworten, an Emissionsverringerung schultern, wie viel kann man aus moralischen, aber auch ökonomischen Gründen den Schwellenländern abverlangen? Ganz abgesehen davon, dass keine Zeile des Cancún-Abschlussdokuments völkerrechtlich bindend ist, heißt es tatsächlich am Anfang des 30-seitigen Papiers, kein Wort dieser Entscheidung solle die Aussichten auf oder den Inhalt eines völkerrechtlich bindenden Ergebnisses in der Zukunft präjudizieren. Das kann im schlimmsten Fall heißen, alles, worauf man sich

## Die Klimagipfel in Kopenhagen und Cancún haben nur **UNVERBINDLICHE** Ergebnisse gebracht.

in Cancún geeinigt hat, interessiert vielleicht schon bei der nächsten Klimakonferenz 2011 im südafrikanischen Durban kaum mehr.

### **Die Rechnung kommt später**

Schlimmer noch: Wegen des wieder einmal vertagten Klimaschutzes dürfte die Rechnung, die auf die Menschheit zukommt, deutlich höher ausfallen. Laut Internationaler Energie Agentur (IEA) kostet mittlerweile jedes Jahr Zaudern und Zögern beim Klimaschutz viel Geld. „Das Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen hat uns mindestens eine Billion Dollar gekostet“, sagt IEA-Chefvolkswirt Birol, und es wird immer teurer. Der Grund: Ohne Kurswechsel in der Klimapolitik und ohne die dadurch ausgelösten Preissignale werden weltweit weiterhin Fabriken, Kraftwerke, Häuser und alle möglichen anderen Infrastrukturen gebaut, die nicht den höchsten energiesparenden Ansprüchen genügen und vor Ablauf ihrer regulären Lebensdauer verschrottet werden müssen – jedenfalls dann, wenn irgendwann doch Ernst gemacht werden sollte mit dem Kampf gegen die Erderwärmung.

### **Inkonsequente Energiepolitik**

Überschwemmungen, Wirbelstürme, Temperaturrekorde? Trotz extremer Wetterereignisse ist die Klimapolitik inkonsequent, bestenfalls halbherzig geblieben. Das gilt auch für die Energiepolitik.

Beispiel Kernkraft. Es stimmt, dass diese Form der Energieerzeugung viele Probleme mit sich bringt, vor allem die

Frage der Endlagerung der abgebrannten Brennelemente, aber sie ist zumindest klimaschonend. Selbst wenn Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern, allen voran den Schwellenstaaten China und Indien, in Zukunft nicht mehr auf Kernkraft setzen mag – der monatelange Streit darüber, ob es zumutbar ist, einige Kernkraftwerke ein paar Jahre länger als geplant am Netz zu lassen, erscheint unverhältnismäßig.

Beispiel Sonnenenergie: Strom aus Solarzellen ist garantiert klimaschonend, aber seine Erzeugung in Deutschland ist viel zu teuer. Ob Solarstrom jemals in Mitteleuropa konkurrenzfähig sein wird, ist umstritten. Dennoch verschlingt die Förderung von Solarstrom durch das Erneuerbare Energien Gesetz bis Ende 2011 insgesamt 60 Milliarden, ohne dass dabei ein nennenswerter Beitrag zur Stromerzeugung entstanden wäre. Zwar hat die Bundesregierung die Auswüchse korrigiert, indem sie die Zuschüsse für Solaranlagen auf den Dächern reduziert hat, dies geschah allerdings viel zu zögerlich.

Beispiel Biosprit: Der Pflanzentreibstoff wurde jahrzehntelang als eine Lösung des Energieproblems gefeiert. Aber ebenso alt wie die Pläne der Politik sind, Treibstoff aus fossilen Rohstoffen durch solchen aus nachwachsenden Rohstoffen zu ersetzen, sind auch die Warnungen der Forscher. Man hat sie jedoch, so lange es ging, ignoriert, und die Politik hat munter weiter den Anteil an Biosprit im Tank erhöht. Seit Januar 2011 wird in Deutschland E 10 angeboten, der Kraftstoff mit einem Zehntel Beimischung von Biosprit. Vor wenigen Wochen haben Fachleute abgeschätzt, was dieses Zehn-Prozent-Ziel, das die EU-Kommission den Mitgliedstaaten vorschreibt, bewirken wird. Wenn bis 2020

ein Zehntel des Kraftstoffes in den Autotanks vom Acker kommt, dann ist das unter dem Strich schädlicher fürs Klima, als nur mit fossilem Treibstoff zu fahren. Das Ziel, das Klima zu schonen, wird so ins Gegenteil pervertiert. Der Grund ist, dass die ständig steigende Nachfrage, die durch die Vorgabe entsteht, Biosprit dem Benzin beizumischen, den Druck auf die Bauern erhöht. Sie können entweder die Erträge auf den Äckern steigern, was aber Dünger und Wasser kostet und auch schlecht für die Umwelt ist. Oder aber sie roden Wald, widmen Weiden zu Äckern um oder beackern Brachen, damit genügend Biosprit aus den Zapfsäulen fließt. Diese „indirekte Veränderung der Bodennutzung“, wie es in der Fachsprache heißt, hat es in sich, denn wer Bäume und Sträucher rodet, setzt Kohlendioxid frei. Statt dass klimaschädliches Gas eingespart würde, entsteht sogar mehr davon. Biosprit ist somit zumindest nach dem heutigen Stand der Technik schlechter für das Klima als Benzin. Erst die „zweite Generation“, bei der Biosprit aus Pflanzenabfällen hergestellt werden soll, könnte klimaschonend sein. Noch ist diese Technik aber zu wenig erprobt.

Ökostrom ja, aber nur bei den anderen! Die Deutschen sind ambivalent. Sie wollen eine sichere Stromversorgung, möglichst aus erneuerbaren Quellen und dann auch noch so billig wie möglich. Sie darf ihnen bloß nicht zu nahekommen. In Atdorf zum Beispiel, einem Ort im Südschwarzwald, kämpfen sie gegen ein Pumpspeicherwerk. Das aber wäre gerade für den Ausbau erneuerbarer Energien und den Klimaschutz so wichtig, weil sich damit überschüssiger Spitzenstrom speichern ließe. Weil Sonnen- und Windstrom nicht rund um die Uhr verfügbar sind, braucht man Spei-

**Die Energiepolitik ist**  
**WEITERHIN nicht nachhaltig**  
**genug ausgerichtet.**

cher. Die Atdorfer haben eine Bürgerinitiative gegründet, genauso wie die Leute im niedersächsischen Bad Gandersheim, die mit Mahnfeuern gegen eine neue Freileitung protestieren. Diese Leitung soll einst Windstrom von der Küste Richtung Hessen transportieren. Ohne neue Leitungen, so viel ist sicher, wird aber der Ausbau der Windparks in der Nordsee ins Stocken geraten. Paradox ist, dass in Gorleben, Berlin oder München Bürger gegen Atomkraft und für erneuerbare Energien, also jene Energien, die auf Speicher und Netze so angewiesen sind, auf die Straße gehen. Der Kampf um die Stromversorgung der Zukunft trägt in Deutschland schon Züge des Brettspiels Malefiz: Immer steht irgendwo ein weißes Steinchen im Weg.

Auch sonst hat der Verdrängungsmechanismus längst eingesetzt. Die Katastrophe der explodierten Deepwater Horizon scheint Geschichte zu sein. Dennoch kann die Welt nicht die Augen davor verschließen, dass die Ära des billigen Öls zur Neige geht. Ob Peak Oil, jenes magische Maximum der weltweiten Ölförderung, in zehn Jahren eintreffen wird oder bereits erreicht ist, wie die IEA in ihrem Energieausblick 2010 konstatierte, ist letztlich egal. Schon jetzt

müssen Ingenieure immer tiefer und in immer entfernteren Weltregionen bohren. Schon jetzt ruhen ihre größten Hoffnungen auf Teersanden in Kanada, aus denen der Rohstoff mit riesigem energetischem Aufwand und ökologischen Folgeschäden herausgepresst werden muss. Wenn schon eine explodierte Plattform die Menschheit nicht zum Umdenken bringt, dann könnte sie durch einen explodierenden Ölpreis dazu gezwungen werden. „Die Erschließung neuer Vorkommen wird teuer“, warnt auch IEA-Ökonom Fatih Birol.

Die Welt muss sich also an eine Zukunft ohne Öl gewöhnen, schon aus ökonomischen Gründen und erst recht aus ökologischen. Jedes Fass Öl, das in einem Motor oder Kraftwerk verbrannt wird, erzeugt eine halbe Tonne Kohlendioxid. Nach Kohle ist Öl der klimaschädlichste Energieträger. Die Abkehr von den fossilen Rohstoffen ist demnach ökologisch dringend geboten. Doch der politische Wille, den ständig steigenden Ausstoß an Klimagasen in den Griff zu bekommen, ist erlahmt. Die eklatante Niederlage von US-Präsident Barack Obama und seinen Demokraten bei den Wahlen Anfang November 2010 ist dabei allenfalls der letzte Dolchstoß für ein internationales Klimaabkommen gewesen. Bereits im Sommer hatte der Senat Obamas Klimagesetz gestoppt. Mit Amerika ist beim Klimaschutz auf längere Zeit und mindestens bis zum entscheidenden Gipfel in Durban nicht zu rechnen. Fatal ist das nicht nur, weil die Vereinigten Staaten mit ihrem ungehemmten Energieverbrauch für ein Viertel der weltweit emittierten Klimagase verantwortlich sind. Sie liefern auch eine bequeme Entschuldigung für die anderen Industrienationen, nichts zu tun. „Ohne die USA bringt das alles

## Ökonomisch und ökologisch haben die FOSSILEN Energieträger keine Zukunft mehr.

nichts“ – so lautet eine beliebte Politiker-ausrede.

Auch Europa kneift. Von der Vorreiterrolle hat sich der Kontinent längst verabschiedet. Zuletzt war nicht mehr die Rede davon, dass die Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten beim Klimatreffen in Cancún die Weltgemeinschaft aufrütteln wollten, indem sie selbst den Ausstoß an Kohlendioxid bis 2020 um 30 Prozent statt 20 Prozent drosseln. Die ewige Angst, die heimische Industrie werde durch ein Zuviel an Klimaschutz benachteiligt, hat sich wieder in den Köpfen der Politiker ausgebreitet. „Viele Studien zeigen, dass ein fortschrittlicher Klimaschutz der Wirtschaft nicht schadet, im Gegenteil“, betont Klimaexperte Andreas Fischlin von der Eidgenössischen Hochschule Zürich. Doch die Gleichung, dass Klimaschutz sparen hilft, weil er zum effizienteren Umgang mit Energie zwingt, dass er auf lange Sicht viel günstiger kommt als kostspieliger Katastrophenschutz, haben viele noch nicht verstanden.

Wahr ist allerdings auch: Europa allein kann zwar seine Wirtschaft klimafreundlich umbauen und davon ökonomisch profitieren, für einen wirkungsvollen Klimaschutz aber braucht die alte Welt Mitstreiter. Denn um die drohende Erderwärmung auf ein verträgliches Maß zu bremsen, muss China mitmachen. In den kommenden zwanzig Jahren wird, so die Vorhersage der IEA, fast die Hälfte des zusätzlichen Energiebedarfs auf das Konto Chinas gehen. Und weil im Reich der Mitte hemmungslos Kohle verfeuert wird, um



Bildnachweis: © Thaut Images/fotolia

**Ehrgeiziges Ziel: In Deutschland sollen 2050 vier Fünftel des Stroms aus Sonne, Wind und Biomasse kommen.**

den rasant steigenden Strombedarf zu decken, hat China schon jetzt die USA bei der Menge an Kohlendioxid überholt. Im Jahr 2030 werden voraussichtlich 45 Prozent des klimaschädlichen Gases in der Atmosphäre aus chinesischen Autos und Schornsteinen stammen.

Peking mag Ambitionen beim Ausbau von Wind- und Sonnenenergie erkennen lassen, das Verlangen der Chinesen aber, nach Jahrzehnten der Entbehrungen einen westlichen Lebensstandard zu erreichen, ist enorm und in jedem Fall stärker als jeder Wille zum Klimaschutz. In Washington dominieren Beharrungskräfte, und Europa zaudert. Schlechte Aussichten also für eine kohlenstoffarme Ökonomie. Immerhin hat Deutschland sich mit seinem neuen Energiekonzept an die Spitze der Energierevolution gesetzt. 2050 sollen vier Fünftel des Stroms aus Sonne, Wind und Biomasse kommen, heute sind es

weniger als ein Sechstel. Da bis dahin auch die letzten laufzeitverlängerten Atomkraftwerke vom Netz wären, dürften Kohle- und Gasmeiler nur noch ein Fünftel des Stroms für die Bundesrepublik liefern. Heute kommt mehr als jede zweite Kilowattstunde aus fossilen Kraftwerken. Mindestens jedes zweite dieser Kraftwerke müsste bis dahin vom Netz gehen.

### **Wir müssen Energiepolitik neu denken**

Deutschland hat ambitionierte Ziele, aber der Wandel zu einer klimafreundlichen Energieversorgung ist auf nationaler Ebene nicht zu erreichen. Einzelne Dörfer mögen autark werden, doch eine Industrienation mit 80 Millionen Einwohnern kann das nicht schaffen. Am deutlichsten wird das beim Solarstrom. Man kann ihn zwar in Deutschland produzieren, aber es ist unökonomisch. Daher wird man in Zukunft europaweit,

**Eine klimafreundliche Energieversorgung muss zukünftig **GLOBAL** ausgerichtet sein.**

wenn nicht gar weltweit denken müssen. Ein guter Ansatz ist zum Beispiel die Desertec-Initiative, zu der sich große Unternehmen wie die Munich Re, Siemens oder die Deutsche Bank zusammengeschlossen haben. Die Desertec Industrie Initiative (DII) plant ein großes Netz von Solarkraftwerken in der Wüste und Windparks an der Mittelmeerküste, die sich über Nordafrika verteilen und Sonne und Wind dort anzapfen, wo es besonders gewinnbringend ist.

Die Energiepolitik der Zukunft muss global sein, weil sie nur dann den geographischen Faktor nutzen kann. Wind-

parks an der Nordsee, Solarkraftwerke in Südeuropa und im Mittelmeerraum und dort, wo es große Wälder oder Flächen gibt, die nicht für die Nahrungsmittelproduktion gebraucht werden, darf es durchaus auch der Anbau von Energiepflanzen sein.

Projekte wie Desertec haben zudem eine wichtige entwicklungspolitische Komponente, gerade jetzt, da Nordafrika in Bewegung geraten ist. Das Vorhaben ist schließlich langfristig angelegt, geplant wird für die kommenden 40 Jahre. Desertec geht über das Thema Energie hinaus, weil nicht nur Kraftwerke mit europäischer Technik in der Wüste hochgezogen werden, sondern vor Ort Arbeitsplätze entstehen sollen, das Stromnetz ausgebaut und Wissen transferiert werden soll. Die beteiligten

**Modellprojekte wie Desertec produzieren klimaschonend Energie und fördern dabei auch die Entwicklung ärmerer Länder.**





Länder können Infrastruktur, Industrialisierung und Investitionen erwarten, heißt es bei der Desertec Industrie Initiative. Die Wertschöpfung soll vor Ort entstehen, und die nordafrikanischen Staaten sollen den Sonnenstrom auch selber nutzen, zumindest teilweise. Denn sie brauchen dringend neue Energiequellen für ihren wachsenden Bedarf. Selbst jene Staaten wie Libyen oder Algerien, die Erdgas oder Öl besitzen, exportieren die fossilen Brennstoffe lieber als sie selbst zu nutzen.

Und so könnte Desertec zum Modellprojekt werden, das einerseits klimaschonenden Strom liefert, andererseits aber auch die Entwicklung der ärmeren Länder fördert. Andere Projekte sind denkbar, zum Beispiel mit Brasilien, dem führenden Ethanol-Hersteller. Wenn es gelingt, Brasilien zu überzeugen, seine Zuckerrohr-Plantagen nach ökologischen und sozialen Kriterien zu bewirtschaften, dann könnte Europa zum Importeur des Biosprits werden. Beispiel Russland: Der Energiegigant, der auf riesigen Öl- und Gasreserven sitzt, glaubte, es sich bisher leisten zu können, Energie zu verschwenden: In zahlreichen Mietshäusern fehlen Heizkörperventile, Rohstoffleitungen sind marode, Fabriken auf dem Stand von vor Jahrzehnten. Mit Hilfe Europas könnte Russland seine Energieversorgung effizienter machen. Davon würde sowohl das Land selbst profitieren, weil es seine Ressourcen gewinnbringend verkaufen könnte als auch Europa, das russisches Gas importieren könnte, das zumindest klimaschonender ist als Kohle und Öl.

Der Vorteil des globalen Ansatzes ist also, dass er nicht nur die geographisch besten Lösungen ausnutzt, sondern auch entwicklungspolitisch nützlich ist.

**Praktische unternehmerische Eigeninitiative ist gefragt, entlässt aber nicht die POLITIK aus der Verantwortung.**

Global heißt dabei nicht zwangsläufig, dass Energie- und Klimapolitik von oben gesteuert werden müssen. Unternehmen wie jene, die sich in Desertec zusammengeschlossen haben, beweisen, dass sie die Politik durchaus überholen können. Auch eine Firma wie Wal-Mart, die alle Dächer ihrer Supermärkte mit Solarzellen pflastern will (in den meisten Regionen der USA lohnt sich das tatsächlich), kann ein Vorbild abgeben. Das gilt auch für die Initiativen einzelner Kommunen. Je mehr, desto besser.

Das entbindet aber nicht die Politik von ihrer Verantwortung. Ein weltumspannender Klimavertrag bleibt weiterhin dringlich und auch die Verpflichtung, den Anstieg der Temperatur zu bremsen. Doch so lange die Politik zu schwach zum Handeln ist, müssen Wirtschaft und Gesellschaft einspringen. ///



**/// DR. JEANNE RUBNER**

**ist leitende Redakteurin der Süddeutschen Zeitung, München.**

/// Veränderungen sind notwendig

## DIE INTERNATIONALE WÄHRUNGS- ORDNUNG IN DER KRITIK

**PETER WITTERAUF** /// Die internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen trübte zuletzt immer stärker ein globaler Währungsstreit. Von einem Währungskrieg war die Rede, einem Handelskrieg, von Devisenschlachten und Abwertungswettläufen. Diese Streitigkeiten sind auf Ungleichgewichte im Welthandel und bei den weltweiten Kapitalströmen zurückzuführen. Reformen der internationalen Währungsordnung sind dringend erforderlich.

### Gefahr eines globalen „Währungskrieges“

Der Streit über Handelskriege, Devisenschlachten und Abwertungswettläufe vermittelte in letzter Zeit den Eindruck eines beginnenden Währungskrieges. Vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika und die Volksrepublik China führten erbitterte Diskussionen über den Wert der chinesischen Währung Yuan, den die US-Regierung als zu niedrig ansieht. Sie beschuldigte China, den Yuan-Kurs zu manipulieren, um die Exporte chinesischer Firmen durch günstige Preise zu stützen. Im Gegenzug fürchtet China, dass die USA mit ihrer Politik des billigen Geldes und der damit verbundenen Geldmengenausweitung die hohen Währungsreserven Chinas gefährden könnten, die überwiegend in amerikanischen Staatsanleihen angelegt sind.

Zu beobachten war auch ein immer stärkeres Eingreifen von Notenbanken in die Devisenmärkte. So haben zum Beispiel die Notenbanken Japans und anderer ostasiatischer Staaten, aber auch die der Schweiz, durch massive Interventionen versucht, die Verteuerungen ihrer Währungen zu bremsen.

Ebenfalls zugenommen haben in jüngster Zeit die Handelsrestriktionen. Nicht nur wirtschaftsschwächere Länder, sondern auch G-20-Staaten wie Russland, die USA, Indien, Argentinien und Brasilien ergriffen Abschottungsmaßnahmen. Die USA zum Beispiel erließen Strafzölle für chinesische Güter und im Gegenzug hat China den Export seltener Edelmetalle, die für die Herstellung technisch hochwertiger Produkte benötigt werden, gedrosselt.

## Ursachen der Währungsstreitigkeiten

Die zunehmenden Währungsstreitigkeiten sind auf Ungleichgewichte im Welthandel und bei den weltweiten Kapitalströmen zurückzuführen. Diese Ungleichgewichte stehen nach der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2008 verstärkt im Brennpunkt der Diskussionen. Insbesondere die Länder mit hohen Defiziten in ihrer Leistungsbilanz, wenn also die Importe von Waren und Dienstleistungen größer sind als die Exporte, beklagen die negativen Auswirkungen auf die Situation am Arbeitsmarkt. Ländern mit einem hohen Leistungsbilanzüberschuss wird vorgeworfen, dass sie sich auf Kosten anderer Staaten einen ungerechtfertigten Vorteil für ihre inländischen Arbeitsplätze verschaffen würden.

Während der Periode 2005 bis 2010 wiesen vor allem die Länder China, Deutschland und Japan hohe Leistungsbilanzüberschüsse auf. Demgegenüber hatten die Vereinigten Staaten von Amerika das mit Abstand höchste Leistungsbilanzdefizit.<sup>1</sup> Als weitere weltwirtschaftlich wichtige Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen erwähnt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung folgende Staaten: Niederlande, Norwegen, Kuwait, Österreich, Russland, Saudi-Arabien, Schweden, Schweiz und Singapur. Bei den Defizitländern werden genannt: Australien, Brasilien, Frankreich, Griechenland, Indien, Italien, Kanada, Mexiko, Polen, Portugal, Türkei, Spanien und das Vereinigte Königreich.<sup>2</sup>

Für das Jahr 2010 ergeben sich nach vorläufigen Schätzungen des Internatio-

**Eine intakte Weltwirtschaft erfordert ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Dollar und Yuan.**



nenalen Währungsfonds (IWF) folgende Leistungsbilanzsalden (in % des Bruttoinlandsprodukts):<sup>3</sup>

<b>China:</b>	<b>+ 4,7 %</b>
<b>Japan:</b>	<b>+ 3,1 %</b>
<b>Deutschland:</b>	<b>+ 6,1 %</b>
<b>USA:</b>	<b>- 3,2 %</b>

Dabei geht es um gewaltige Größenordnungen. Für die USA beziffert der IWF das Defizit im Jahr 2010 auf 467 Mrd. US-Dollar, für Japan den Überschuss auf 167 Mrd. US-Dollar.<sup>4</sup> Für China und Deutschland weist der IWF keine absoluten Zahlen aus. Je nach Wechselkurs und Höhe des Bruttoinlandsprodukts ergeben sich rund 270 Mrd. US-Dollar für China und rund 200 Mrd. US-Dollar für Deutschland.

Für das Jahr 2011 prognostiziert der Internationale Währungsfonds folgende Leistungsbilanzsalden (in % des Bruttoinlandsprodukts):<sup>5</sup>

<b>China:</b>	<b>+ 5,1 %</b>
<b>Deutschland:</b>	<b>+ 5,8 %</b>
<b>Japan:</b>	<b>+ 2,3 %</b>
<b>USA:</b>	<b>- 2,6 %</b>

Den Prognosen zufolge wird sich also 2011 wenig an den weltwirtschaftlichen Leistungsbilanzungleichgewichten ändern.

Für viele Länder stellen die starken Wechselkursschwankungen ein großes Problem dar. Das gilt zum Beispiel für

Schwellenländer wie Brasilien, Südafrika oder Indonesien, die mit Währungsaufwertungen zu kämpfen haben. Der brasilianische Real hatte gegenüber dem US-Dollar im Zeitraum von Dezember 2008 bis November 2010 eine Aufwertung um über 35 % zu verzeichnen, der südafrikanische Rand um über 30 % und die indonesische Rupiah um über 20 %.<sup>6</sup> Vertreter der Schwellenländer werfen deshalb vor allem den USA, aber auch anderen Industrieländern vor, durch eine Politik des billigen Geldes die Zinsen nach unten zu drücken. Dies würde kurzfristig Kapital, auf der Suche nach höheren Renditen, in die Schwellenländer lenken, was den Wechselkurs nach oben treibt und damit die Exporte erschwert.

### Ursache der Währungsstreitigkeiten sind **UNGLEICHGEWICHTE** im Welthandel und den globalen Kapitalströmen.

Da der US-Dollar immer noch die Rolle der Leit- und Reservewährung wahrnimmt, haben die Vereinigten Staaten eine starke Machtposition. Sie können eine sehr expansive Geldpolitik betreiben, ohne eine starke Abwertung ihrer Währung befürchten zu müssen. Ebenso wenig sind sie der Gefahr ausgesetzt, keine ausländischen Käufer für ihre Staatsanleihen zu finden. Allerdings sind die jüngsten Überlegungen führender Ratingagenturen, den US-Dollar mittelfristig in der Bonität herabzustufen, ein deutliches Warnsignal an die USA.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen verwundert es nicht, dass zunehmend der Ruf nach Reformen der Weltwährungsordnung zu hören ist.

### **Rückkehr zu festen Wechselkursen und zur Goldbindung?**

Am weitestgehenden ist der Vorschlag des Präsidenten der Weltbank, Robert Zoellick. Er möchte zum System fester Wechselkurse zurückkehren und die Währung durch Gold absichern, ohne dies aber näher zu präzisieren.<sup>7</sup> Damit verbinden sich wohl zwei Zielsetzungen: Zum einen soll durch eine feste Wechselkursrelation insbesondere zwischen den großen Währungen US-Dollar, Euro, Yen und Yuan mehr Stabilität erreicht werden. Zum anderen soll durch eine Koppelung an das Gold das Vertrauen in dieses neue Währungssystem gestärkt werden. Doch wie so oft ist die Theorie die eine Seite, die Praxis die andere. Die Erfahrungen mit dem System fester Wechselkurse sind alles andere als positiv. Die Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg zeigt dies überdeutlich.

Das Währungssystem der Nachkriegszeit entstand 1944 in Bretton Woods, einem Luftkurort in den USA. 44 Staaten entschieden sich, ein neues internationales Währungssystem mit festen Wechselkursen einzuführen. Die einzelnen Währungen wurden an den US-Dollar gekoppelt, gleichzeitig war dieser an den Goldpreis gebunden. Schon in den 1950er- und noch stärker in den 1960er-Jahren wurden die Probleme dieses Weltwährungssystems deutlich sichtbar. Es entstanden außenwirtschaftliche Ungleichgewichte, die nicht zu steuern waren. In der Folge kam es zu binnenwirtschaftlichen Problemen, zum Beispiel zu importierter Inflation. Die Probleme verschärften sich durch den Vietnamkrieg, der in den USA zu hohen Kosten und einem entsprechenden Finanzierungsbedarf führte. Die Geldmenge in den USA wurde stark erhöht, sodass der Wert des Dollar

### **Die EXPANSIVE GELDPOLITIK, v. a. der Industriestaaten, bewirkt starke Wechselkursschwankungen, hauptsächlich in den Schwellenländern, und trägt somit auch zum wirtschaftlichen Ungleichgewicht bei.**

in der Folge verfiel. Die Goldeinlösegarantie war nicht zu halten und das System von Bretton Woods scheiterte: Anfang 1973 wurden in den meisten westeuropäischen Staaten und in Japan die Wechselkurse freigegeben. Die Bindung an das Gold wurde schon vorher aufgegeben. Damit entstand das heutige System freier Wechselkurse, in dem Angebot und Nachfrage den Wechselkurs bestimmen.

In Bezug auf Deutschland ist festzustellen, dass trotz einzelner Aufwertungen der Deutschen Mark die Bindung an den US-Dollar dazu führte, dass Deutschland Inflation importierte. Von 1968 bis 1973 stieg die Inflationsrate in Deutschland deutlich an, und zwar von 1,6 % auf 7,1 %.<sup>8</sup> Führende Ökonomen hatten sich deshalb intensiv für eine Freigabe der Wechselkurse eingesetzt.

Auch das Europäische Währungssystem (EWS) von 1979, das stabile Wechselkurse zwischen den beteiligten westeuropäischen Staaten anstrebte, scheiterte letztlich. Um es zu retten, wurden die Bandbreiten, innerhalb der die Wechselkurse zwischen den einzelnen Währungen schwanken durften, stark erweitert. Dennoch musste auf dem Höhepunkt der Krise Großbritannien das Europäische Währungssystem verlassen.

Auch die Forderung, Geld durch Gold abzusichern, klingt auf den ersten Blick verlockend. Gold ist nicht beliebig vermehrbar, es ist knapp und damit wertvoll und es ist wertbeständig. In ei-

**Eine Reform der Weltwährungsordnung scheint dringend geboten, eine Rückkehr zu festen Wechselkursen und Goldbindung aber aufgrund praktischer Erfahrungen NICHT RATSAM.**

ner Zeit, in der die unkontrollierte Staatsverschuldung zum weltweiten „Markenzeichen“ geworden ist, könnte hierdurch Vertrauen zurückgewonnen werden. Einer zu starken Geldvermehrung, die zu Preissteigerungen und Inflation führt, wäre ein Riegel vorgeschoben. Aber auch hier zeigt die praktische Erfahrung, dass die Absicherung des Geldes durch Gold – also der sogenannte Goldstandard – nicht funktioniert. Zum einen haben die Regierungen bei zunehmendem Geldbedarf immer einen Weg gefunden, die Bindung an das Gold auszuhebeln. So ist es zum Beispiel vergleichsweise einfach möglich, die Relation zwischen Geldmenge und Golddeckung zu verändern. Entscheidend ist letztlich der politische Wille, geldpolitische und haushaltspolitische Disziplin zu üben. Dazu bedarf es aber keiner Golddeckung.

Zum anderen ist in einer wachsenden Weltwirtschaft die Bindung des Geldes an Gold deswegen problematisch, weil auch die Geldmenge entsprechend wachsen muss. Gold ist nicht beliebig vermehrbar, da es nur begrenzte Vorräte gibt. Zudem konkurrieren unterschiedliche Verwendungen des Goldes miteinander, so zum Beispiel die

Herstellung von Schmuck oder der private Besitz mit den Vorräten bei der Notenbank. Dies setzt der notwendigen Ausweitung der Geldmenge und dem Anstieg des Kreditrahmens enge Grenzen. Eine feste Bindung an das Gold kann deshalb zu einem Wachstumshemmnis werden.

Zu berücksichtigen ist auch, dass der Goldpreis starken Schwankungen unterliegt. Die nachfolgende Übersicht zeigt den Goldpreis für einige ausgewählte Jahre (US-Dollar pro Unze Gold).<sup>9</sup> Es ist schwer vorstellbar, wie eine stabile Entwicklung von Währungen angesichts dieser Preisschwankungen gewährleistet werden soll. Im Übrigen bleibt abzuwarten, ob die starken Wertsteigerungen des Goldes in den letzten Jahren auch mittel- und längerfristig andauern.

Jahr	Höchststand	Tiefststand
1980	1.850,00	1.474,00
1990	1.423,75	1.345,85
2001	1.293,25	1.255,95
2008	1.023,50	1.692,50
2009	1.218,25	1.810,00
2010	1.426,00	1.052,25

#### **Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Weltwährungssystems**

Zunächst ist es wichtig, am System der flexiblen Wechselkurse festzuhalten. Kein anderes Währungssystem wird den Anforderungen einer globalisierten Weltwirtschaft besser gerecht. Flexible Wechselkurse haben zwar den Nachteil, dass sie im Zeitablauf stark schwanken können, die Schwankungen lassen sich aber durch eine zielgerichtete und v. a. stabilitätsorientierte Politik begrenzen.



### Goldene Sicherheit? Der Schein trägt.

Zugleich haben flexible Wechselkurse den großen Vorteil, dass sie ungleichgewichtige Entwicklungen zwischen einzelnen Staaten ausgleichen können und die gegenseitigen Abhängigkeiten verringern. Gerade hierdurch fördern sie die weltweiten Wirtschaftsbeziehungen und den weltweiten Wohlstand.

Der Übergang zu flexiblen Wechselkursen im Jahr 1973 hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich der Welthandel überaus dynamisch entwickelt hat. Auf der Basis freier Märkte hat die Weltwirtschaft gerade auch für die ärmeren Länder der Welt deutliche Fortschritte gebracht. Auch um Finanzkrisen zu vermeiden, sind flexible Wechselkurse von großem Vorteil. Die Asienkrise in den 90er-Jahren war vor allem dadurch bedingt, dass feste Wechselkurse zu wirtschaftlichen Ungleichgewichten geführt hatten. Im Vertrauen auf feste Wechselkurse hatten sich asiatische Länder zu stark im Ausland verschuldet.

Ein bedeutender Ansatzpunkt zur Weiterentwicklung des Weltwährungs-

systems ist es, die starke Abhängigkeit vom US-Dollar als Leit- und Reservewährung zu verringern. Zwar hat diese Abhängigkeit in den letzten zehn Jahren deutlich abgenommen, aber noch immer wurden zum 30. Juni 2010 62,1 % der weltweiten Währungsreserven in US-Dollar gehalten, 26,5 % in Euro, 4,2 % in Pfund und 3,3 % in Yen.<sup>10</sup> Vor allem die Volksrepublik China könnte einen wichtigen Beitrag zur Neuverteilung leisten: Chinas Währungsreserven hatten 2010 einen Stand von 2,6 Billionen US-Dollar. Dies entspricht in etwa der Wirtschaftsleistung Frankreichs.<sup>11</sup> Eine stärkere Einbeziehung des Euro wäre sehr hilfreich. Inwieweit es möglich ist, noch weitergehenden Forderungen Rechnung zu tragen und den US-Dollar durch eine „multipolare Reservewährung“ zu ersetzen, die auch den chinesischen Yuan einbezieht, sei dahingestellt. Wünschenswert wäre es sicherlich.

Bereits im Frühjahr 2009 hatte der Präsident der chinesischen Zentralbank

gefordert, den US-Dollar durch internationalisiertes Geld zu ersetzen und zu diesem Zweck die Sonderziehungsrechte aufzuwerten.<sup>12</sup> Die Sonderziehungsrechte sind eine Kunstwährung, die der Internationale Währungsfonds geschaffen hat. Finanzierungstechnisch sind sie ein Buchkredit, den der Internationale Währungsfonds seinen Mitgliedern in einem bestimmten Verhältnis zu den gezeichneten Quoten eröffnet. Die entscheidende Frage ist, ob ein solches „Kunstgeld“ tatsächlich weltweit als Reservewährung akzeptiert werden würde.

Ein anderer Schritt zur Weiterentwicklung des internationalen Währungssystems muss der Abbau der globalen Leistungsbilanzungleichgewichte sein.<sup>13</sup> Dauerhafte Ungleichgewichte sind hier nicht nur schädlich für die Weltwirtschaft insgesamt, sondern auch für die betroffenen Länder selbst. Defizitländer, deren Exporte geringer sind als die Importe, sind dabei besonders gefährdet. In der Regel verschlechtert der Importüberschuss die Situation auf dem Arbeitsmarkt, was zu erheblichen Folgeproblemen führt. Die mit einem Importüberschuss verbundene Verschuldung im Ausland führt zu Zinszahlungen und Tilgungen. Wenn Leistungsbilanzdefizite über längere Zeit bestehen, bewirkt dies einen ständigen Anstieg der Auslandsverschuldung. Welche Probleme damit verbunden sind, zeigt sich derzeit gerade lehrbuchhaft bei Defizitländern wie Griechenland, Irland, Portugal und Spanien.

Auch Leistungsbilanzüberschüsse, wenn also die Exporte größer sind als die Importe, sind auf Dauer problematisch. Die starke Exportabhängigkeit des Arbeitsmarktes kann bei einer Abschwächung der Weltkonjunktur rasch zu ei-

## **Eine globalisierte Weltwirtschaft** **FUNKTIONIERT NUR mit einem System der flexiblen Wechselkurse.**

nem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen. Vor allem aber können die Exportüberschüsse Reaktionen der Defizitländer hervorrufen: Währungsabwertungen oder protektionistische Maßnahmen wie die Einführung von Zöllen oder Handelshemmnissen werden ergriffen, um die Importe zu drosseln. Dies wiederum kann zu Gegenmaßnahmen führen, sodass die Gefahr einer weltweiten Abwertungs- und Protektionsspirale droht. Die 30er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts bieten hier reichlich Anschauungsmaterial. Der Begriff „Beggarmy-neighbour-policy“ (den Nachbarn zum Bettler machen) trifft den Kern der Entwicklung. Letztlich würde die gesamte Staatengemeinschaft ärmer.

Nicht unterschätzt werden sollte auch die Problematik der Kapitalexporte, die mit Exportüberschüssen verbunden sind. Forderungen gegenüber dem Ausland können spürbar an Wert verlieren, wenn die Währung des Auslands stark abgewertet wird oder Forderungen selbst abgeschrieben werden müssen. Ein Vermögensverlust wäre die Folge.

Zu bedenken ist auch, dass Exportüberschüsse den Abflüssen von Kapital entsprechen. Dies ist negativ für die Entwicklung einer Volkswirtschaft. Kapital ist die Grundlage für den Erfolg einer Marktwirtschaft. Wo es hinfließt, wird die wirtschaftliche Entwicklung gefördert, wo es wegfließt, wird sie gehemmt. Mit Recht weist Hans-Werner Sinn darauf hin, dass sich Deutschland seit Mitte der 90er-Jahre zum zweitgrößten Kapitalexporteur der Welt nach China ent-



wickelt hat. Im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2008 wurden 76 % der deutschen Ersparnisse (Private, Staat und Unternehmen) im Ausland und nur 24 % im Inland investiert.<sup>14</sup> Deutschland hatte in dieser Zeit die niedrigste Nettoinvestitionsquote aller OECD-Länder und die zweitniedrigste Wachstumsrate aller europäischen Länder.<sup>15</sup>

Im Vorfeld des G-20-Gipfels vom November 2010 hatten die USA Medienberichten zufolge gefordert, Leistungsbilanzüberschüsse und Leistungsbilanzdefizite auf 4 % der Wirtschaftsleistung zu begrenzen.<sup>16</sup> Diese Forderung wurde mit Recht abgelehnt, weil die Politik nicht in der Lage ist, eine solche Feinststeuerung von Leistungsbilanzzielen zu ermöglichen. Auch gibt es für eine 4-%-Grenze keine wissenschaftliche Grundlage.

Immer wieder wird eine starke Aufwertung des Yuan gefordert, um die Weltwirtschaft ins Gleichgewicht zu bringen. Auch bei dieser Forderung, die vor allem von den USA erhoben wird, ist Vorsicht geboten. Eine starke und abrupte Aufwertung des Yuan könnte dazu führen, dass die chinesischen Exporte und damit der Wachstumsprozess in China drastisch geschwächt werden. Dies hätte negative Rückwirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft, weil ihr die „Wachstumslokomotive“ China abhanden kommen würde.

Darüber hinaus wäre völlig offen, ob dies das amerikanische Leistungsbilanzdefizit verringern würde. Die Ursache für das amerikanische Leistungsbilanzdefizit ist weniger im unterbewerteten Yuan als vor allem in der geringen Ersparnisbildung in den USA zu suchen. In Relation zu ihrer Wirtschaftsleistung konsumieren und investieren die Amerikaner zu viel, sodass sie die fehlenden



Bildnachweis: © cosma / fotolia

**Die Amerikanischen Bürger müssen mehr sparen.**

Güter und Dienstleistungen aus dem Ausland importieren müssen. Deshalb ist auch davon auszugehen, dass die USA im Fall einer Aufwertung des Yuan auf Importe aus anderen asiatischen Schwellenländern ausweichen werden.

Eine starke Aufwertung des Yuan ist im Übrigen auch deswegen unrealistisch, weil dies für China, das große Dollar-Bestände und amerikanische Vermögenstitel besitzt, zu deutlichen Vermögensverlusten führen würde. Dies wird China nicht zulassen. Gleichwohl ist eine maßvolle Aufwertung der chinesischen Währung zu fordern. Nur so kann ein Schritt hin zu einem realistischen Wechselkurs des Yuan vollzogen werden. Angestrebt werden muss mittelfristig eine Freigabe des Yuan. Die heutige Situation, dass sich China dem System freier Wechselkurse entzieht und den Yuan an einen Währungskorb gebunden hat, ist auf Dauer nicht hinnehmbar. Auch eine Öffnung der Kapi-

**Der chinesische Yuan sollte besser  
in das internationale Wechsel-  
spiel der Währungen **EINGEBUNDEN**  
werden.**

talmärkte ist unabdingbar, damit der Yuan weltweit handelbar ist.

Eine Stärkung der Inlandsnachfrage in China könnte zum Abbau der weltweiten Ungleichgewichte beitragen. Hierfür ist es insbesondere notwendig, dass das Lohnniveau entsprechend steigt. Erste Entwicklungen deuten bereits darauf hin. Entscheidend für einen Abbau der weltweiten Leistungsbilanzungleichgewichte ist, dass alle betroffenen Volkswirtschaften ihren Beitrag leisten, die Defizitländer ebenso wie die Überschussländer. In den USA gilt es, die Sparquote zu erhöhen bzw. die Konsumquote zu senken. Auch muss sich Amerika darüber im Klaren sein, dass eine gezielte Abwertung des Dollar problematisch wäre. Sie könnte zu Panikreaktionen an den Kapitalmärkten führen. Die Risikoaufschläge auf Dollaranlagen einschließlich von US-Staatspapieren würden steigen.

Die europäischen Defizitländer sind gefordert, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Innovationen und Qualität sind hier ebenso von Bedeutung wie günstige Preis-Leistungsverhältnisse. Denn es wäre falsch zu glauben, nur der Preis eines Produktes oder nur der Wechselkurs bestimmte die Nachfrage nach Gütern und Dienstleis-

tungen. Deutsche Produkte zum Beispiel werden vor allem deswegen weltweit nachgefragt, weil sie als besonders attraktiv und qualitativ hochwertig gelten.

In Japan und in europäischen Überschussländern wäre es wichtig, die Binnennachfrage zu stärken. Dies würde zu höheren Importen führen und damit die Exportüberschüsse verringern. Allerdings müsste dies behutsam erfolgen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen und um negative Konsequenzen für den Arbeitsmarkt zu vermeiden. Außer Frage steht aber, dass in Deutschland bei den Löhnen ein gewisser Nachholbedarf entstanden ist.

Ein Nachteil des Systems freier Wechselkurse, dem Kernelement unserer Weltwährungsordnung, sind die nicht vorhersehbaren Wechselkurschwankungen. Sie werden auch künftig unvermeidbar sein. Viele Länder und Volkswirtschaften haben aber gelernt, mit ihnen zu leben. Kursabsicherungsgeschäfte zum Beispiel sind für viele Unternehmen selbstverständlich geworden. Es ist aber möglich, die Schwankungen zu verringern. Der skizzierte Abbau der globalen Ungleichgewichte wäre hierfür eine wichtige Weichenstellung. Viele Kapitalströme der Vergangenheit – und damit Wechselkursentwicklungen – waren die Folge dieser Ungleichgewichte. Erinnerung sei zum Beispiel an die Eurokrise: Die hohe Auslandsverschuldung Griechenlands war ein maßgeblicher Faktor.

Zunächst sollte man sich bewusst machen, dass der Außenwert des Euro von Anfang an starken Schwankungen unterlag. Die nachfolgende Übersicht zeigt den Euro-Dollar-Kurs für einige ausgewählte Jahre (auf- oder abgerundet):<sup>17</sup>

Jahr	Höchststand	Tiefststand
2000	1,03	0,82
2005	1,35	1,16
2008	1,60	1,25
2009	1,51	1,26
2010	1,46	1,20

Inzwischen aber hat sich die Situation des Euro insoweit verändert, als die hohe Staatsverschuldung einiger Euro-Länder zu einer ernststen Gefahr geworden ist. Zu nennen sind hier insbesondere Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien. Deshalb haben viele Anleger zum Beispiel auf den Schweizer Franken gesetzt, sodass dieser einen starken Kursanstieg verzeichnete. Die Schweizer Wirtschaft stellt dies vor erhebliche Probleme.

Eine dauerhafte Stabilisierung des Euro ist ein zentraler Beitrag zu einer stabilen Weltwährungsordnung. Die Stabilitätskriterien für die Eurozone dürfen nicht länger politisch verhandelbar sein, sondern müssen ohne Wenn und Aber eingehalten werden. Auch harte Sanktionsmaßnahmen dürfen kein Tabu mehr sein.

### **Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit**

Für die notwendige Erneuerung der Weltwährungsordnung ist die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit eine zentrale Voraussetzung. Nur ein abgestimmtes Verhalten zwischen den großen Wirtschaftsnationen kann das notwendige Maßnahmenbündel auf den Weg bringen. Es wäre viel gewonnen, wenn es zwischen den USA, der

## **Eine stabile Weltwährungsordnung braucht einen STABILEN EURO.**

Europäischen Union, China und Japan zu einem gemeinsamen Vorgehen käme. Gegenseitige Schuldzuweisungen und das Hoffen auf Einzelaktionen sind wenig hilfreich.

Auf dem G-20-Gipfel in Südkorea im November 2010 stand das internationale Währungssystem im Brennpunkt der Diskussionen. Erfreulicherweise konnte eine Annäherung der unterschiedlichen Positionen erreicht werden, wie es auch in der Abschlusserklärung zum Ausdruck kommt.<sup>18</sup> In dieser werden unter anderem folgende Maßnahmen beziehungsweise Zielsetzungen angekündigt: Die Stabilität der Finanzmärkte soll durch stärker marktorientierte Wechselkurse erhöht werden. Führende Industrieländer, insbesondere solche mit Reservewährungen, sollen „wachsam“ sein gegenüber starken Wechselkursschwankungen. Die großen Ungleichgewichte im Welthandel sollen verringert werden. Ein stabileres und elastischeres internationales Währungssystem soll errichtet werden. Eine Arbeitsgruppe soll konkrete Kriterien für das weitere Vorgehen erarbeiten. Auch beim Streit über die Wechselkurse sind Fortschritte gelungen. China akzeptierte, dass beim Kampf gegen Ungleichgewichte das Problem der Wechselkurse nicht ausgespart werden kann. Auf dieser noch reichlich unverbindlichen Basis müssen nun konkrete Maßnahmen erarbeitet werden. Das jüngste Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs aus den G-20-Staaten, das Mitte Februar 2011 stattfand, hat zumindest schon eine Einigung im Hinblick auf Kriterien zur Messung globaler Ungleichgewichte gebracht. Es ist zu hof-

**Eine Reform der Weltwährungs-  
ordnung kann nur gemeinsam und  
in internationaler Zusammenar-  
beit, auch **MIT CHINA**, gelingen.**

fen und zu wünschen, dass weitere Fortschritte gelingen. Erst dann kann die Gefahr eines Währungs- und Handelskrieges als gebannt angesehen werden. ///



**/// DR. PETER WITTERAUF**

**ist Hauptgeschäftsführer der Hans-Seidel-Stiftung, München.**

**Anmerkungen**

<sup>1</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2010/11, S. 72.

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> International Monetary Fund, World Economic Outlook, Oktober 2010, Tabellen A 11 und A 12.

<sup>4</sup> Ebd., Tabelle A 10.

<sup>5</sup> Ebd., Tabellen A 11 und A 12.

<sup>6</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2010/11, S. 32.

<sup>7</sup> Zoellick, Robert: The G 20 must look beyond Bretton Woods II, in: Financial Times, 7.11.2010.

<sup>8</sup> Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

<sup>9</sup> LBMA: The London Gold and Silver Fixings, www.lbma.org.uk

<sup>10</sup> Handelsblatt, 6.10.2010.

<sup>11</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2010/11, S. 31.

<sup>12</sup> Zhou, Xiaochuan: Statement on Reforming the International Monetary System, 23.3.2009, www.cfr.org

<sup>13</sup> Eine ausführliche Diskussion der Möglichkeiten zum Abbau der globalen Leistungsbilanzungleichgewichte er-

folgt in einer Veröffentlichung der Bertelsmann Stiftung: Collignon, Stefan u. a.: Rebalancing the Global Economy, Gütersloh 2010.

<sup>14</sup> Sinn, Hans-Werner: Wer vom Euro profitiert, in: Süddeutsche Zeitung, 27.10.2010.

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Beispielhaft sei erwähnt: Süddeutsche Zeitung, 6./7.11.2010.

<sup>17</sup> International Monetary Fund, IMF Exchange Rates, www.imf.org

<sup>18</sup> The G 20 Seoul Summit Leaders Declaration, 11./12.11.2010, http://online.wsj.com

/// Politische Entscheidung vor Ort

## DIE RENAISSANCE DER KOMMUNALEN SELBSTVERWALTUNG

**SIEGFRIED BALLEIS** /// Das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung war bisher außer in Deutschland und Österreich selten gesetzlich verankert. Mittlerweile ist dieser Grundsatz aber in den Leitlinien der Vereinten Nationen, in einer Charta des Europarats und erstmalig als Primärrecht der Europäischen Union verankert. Durch die kommunale Selbstverwaltung lassen sich Herausforderungen vor Ort bürgernah und mit breitem Konsens bewältigen. Dafür müssen die Kompetenzen der Kommunen jedoch noch weiter gestärkt werden.

### Zunehmende Bedeutung der lokalen Mitbestimmung

Angesichts der Herausbildung immer neuer supranationaler Strukturen – in jüngster Zeit insbesondere auch im Bereich des Finanzsektors – ist es bemerkenswert, dass das Bedürfnis nach politischer Entscheidung vor Ort, das heißt „näher am Menschen“, immer größer wird. Der Wunsch nach Mitbestimmung bei politischen Sachverhalten auf lokaler Ebene ist nachvollziehbar. Die meisten Menschen haben das Gefühl, in nationalen und erst recht in supranationalen Angelegenheiten ohne nennenswerten Einfluss zu sein. In der Folge kommt es zu massiven Protesten der Bürgerinnen und Bürger gegen Projekte, an deren Entscheidungsfindung sie nicht beteiligt wurden wie zum Beispiel beim Stuttgarter Bahnhof, dem

Aufbau von Stromnetzen oder dem Transport regenerativer Energien. Wir stehen somit vor großen Herausforderungen, gerade im kommunalen Bereich. Die kommunale Selbstverwaltung ist gefragt wie nie.

Vielleicht ist es deshalb gar nicht so überraschend, dass supranationale Einrichtungen ihrerseits daran arbeiten, diese vor Ort zu stärken, um damit auch einen wichtigen Beitrag zur Dezentralisierung zu leisten. Die Vorteile liegen auf der Hand. Ortsnahe Entscheidungen können sach- und bedarfsgerechter getroffen und die Effizienz der politischen Entscheidungsfindung kann dadurch gestärkt werden. Das entlastet die Instanzen, die über Probleme und Fragen der Länderebene bzw. der nationalen Ebene entscheiden müssen. Die Möglichkeit der Partizipation der Bür-



Bildnachweis: © iud-/fotolia

Der Bürger will mehr mitbestimmen – zumindest im lokalen Bereich.

**Auch die **UNO** befürwortet in ihren Leitlinien von 2007 die politische und administrative Dezentralisierung sowie das Subsidiaritätsprinzip.**

ger an den Entscheidungsprozessen erhöht ihre Akzeptanz. Durch Dezentralisierung kann auch eine höhere Anzahl von Entscheidungen erreicht werden. Dies sind nur einige Vorteile, die mittlerweile von allen politischen Ebenen erkannt wurden.

**Der Beitrag der Vereinten Nationen zur Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen**

Mit der im April 2007 verabschiedeten Resolution „Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen“

haben die Vereinten Nationen (im Folgenden UNO) ein Signal zur Stärkung der lokalen Demokratie gesetzt. Die Leitlinien betonen zum einen die Bedeutung von politischer und administrativer Dezentralisierung, zum anderen heben sie den Grundsatz der Subsidiarität hervor. Subsidiarität meint in diesem Sinne, dass öffentliche Aufgaben, die nicht notwendigerweise zentral erfüllt werden müssen, dezentral, bzw. kommunal erledigt werden können. Eigenverantwortung steht hier vor staatlichem Handeln. Nicht zuletzt fordern die Leitlinien eine angemessene Finanzausstattung für die Kommunen, denn nur so ist eine starke kommunale Selbstverwaltung möglich.

Damit plädiert die UNO eindeutig sowohl für eine repräsentative als auch

eine teilhabende Demokratie und stellt vor allem die Bedeutung der lokalen Amtsträger heraus. Zur Subsidiarität führen die Leitlinien aus: „Der Grundsatz der Subsidiarität ist das Leitmotiv des Dezentralisierungsprozesses. Gemäß diesem Grundsatz sollten öffentliche Aufgaben von den gewählten Körperschaften wahrgenommen werden, die den Bürgern am nächsten sind. ... Lokale Selbstverwaltung hat das Ziel, den Kommunen eine Entwicklung zu effektiven Partnern der anderen Regierungsebenen zu erlauben und so voll und ganz zu den Entwicklungsprozessen beizutragen.“<sup>1</sup>

### **Kommunale Selbstverwaltung aus der Sicht des Europarats**

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat (KGRE) dokumentiert die unmittelbare regionale und kommunale Mitwirkungsmöglichkeit bei den Arbeiten des Europarates. Bisher wichtigstes völkerrechtliches Dokument des KGRE aus kommunaler Sicht ist die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung (ECKS)<sup>2</sup>. Die Charta wurde von fast allen EU-Mitgliedstaaten, einschließlich Deutschland, völkerrecht-

lich verbindlich ratifiziert. Die unterzeichnenden Länder haben sich damit verpflichtet, den Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung in ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu übernehmen, beziehungsweise anzuerkennen. Die Charta ist damit auch eine wichtige Grundlage für die Stärkung der lokalen Demokratie im Integrationsprozess der Europäischen Union und für die Staaten in Mittel- und Osteuropa.

In Artikel 2 der europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung wird betont, dass der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften und nach Möglichkeit in der Verfassung anerkannt werden soll. Darüber hinaus wird in Artikel 3 der Begriff der kommunalen Selbstverwaltung definiert. So heißt es in Absatz 1: „Kommunale Selbstverwaltung bedeutet das Recht und die tatsächliche Fähigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften, im Rahmen der Gesetze einen wesentlichen Teil der öffentlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung zum Wohl ihrer Einwohner zu regeln und zu gestalten.“ Darüber hinaus werden in Absatz 2 neben den gewählten Vertretern unmittelbar demokratische Willensbildungsprozesse wie Bürgerversammlungen und Volksabstimmungen genannt: „Dieses Recht wird von Räten oder Versammlungen ausgeübt, deren Mitglieder aus freien, geheimen, gleichen, unmittelbaren und allgemeinen Wahlen hervorgegangen sind und die über Exekutivorgane verfügen können, die ihnen gegenüber verantwortlich sind. Der Rückgriff auf Bürgerversammlungen, Volksabstimmungen oder jede sonstige Form unmittelbarer Beteiligung der Bürger, sofern dies ge-

**Die kommunale Mitbestimmung und Selbstverwaltung soll **GESTÄRKT** werden.**

setzlich zulässig ist, wird dadurch nicht berührt.“<sup>43</sup>

Damit verbindet der Europarat auf elegante Weise die Prinzipien der repräsentativen Demokratie mit plebiszitären Elementen, die vorzugsweise auf kommunaler Ebene weitgehend unproblematisch funktionieren. Allerdings wird die Zukunft zeigen, ob die EU das Subsidiaritätsprinzip auch konsequent befolgt. Dazu bedarf es einer erhöhten Aufmerksamkeit durch die Kommunen, insbesondere durch den Ausschuss der Regionen (AdR).

### **Kommunale Selbstverwaltung aus der Sicht der Europäischen Union**

Außerordentlich erfreulich ist, dass auch die Europäische Union, die über lange Zeit im Verdacht stand, immer mehr Kompetenzen an sich zu ziehen, zwischenzeitlich im Vertrag von Lissabon ausdrücklich die kommunale Selbstverwaltung anerkannt hat. So lautet beispielsweise der Artikel 4 des EU-Vertrags in Absatz 2: „Die Union achtet die Gleichheit der Mitgliedstaaten vor den Verträgen und ihre jeweilige nationale Identität, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt. Sie achtet die grundlegenden Funktionen des Staates, insbesondere die Wahrung der territorialen Unversehrtheit, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der nationalen Sicherheit. Insbesondere die nationale Sicherheit fällt weiterhin in die alleinige Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten.“

Analog zu den Erklärungen der UNO finden auch im EU-Vertrag die Kommunen im Subsidiaritätsartikel

**Auch die EUROPÄISCHE UNION befürwortet eine stärkere Einbindung der kommunalen Ebene und das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung.**

(Art. 5) eine ausdrückliche Erwähnung: „Nach dem Subsidiaritätsprinzip wird die Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind. ... Die Organe der Union wenden das Subsidiaritätsprinzip nach dem Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit an.“<sup>44</sup>

Der Europäischen Union wird immer wieder „Kommunalblindheit“ vorgeworfen. Eigentlich kann man ihr das nicht verdenken – sind die Kommunen doch nicht die direkten Adressaten der Verträge und Gesetze. In erster Linie richten sie sich an die Nationalstaaten. Umso erfreulicher ist es, dass die Europäische Union nun eine stärkere Einbindung der kommunalen Ebene fordert. Dass den Worten auch Taten folgen, wird durch die Anerkennung des Prinzips der kommunalen Selbstverwaltung sowie die Stärkung des Aus-



schusses der Regionen durch die Aufnahme in das europäische Primärrecht, hier den Vertrag von Lissabon, deutlich.

### **Verankerung des Prinzips der kommunalen Selbstverwaltung im Grundgesetz und in der bayerischen Verfassung**

In Deutschland sind der Status der Kommune sowie ihre Position im Kräfteverhältnis zwischen Landes- und Bundesebene im Grundgesetz geregelt. Die einzelnen Bundesländer haben dies in ihre Landesverfassungen sowie Kreis- und Gemeindeordnungen übernommen. In Bayern sind das die Verfassung des Freistaats Bayern und die Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern. Wie in fast allen Länderverfassungen heißt es auch hier: „Die Gemeinden sind ursprüngliche Gebietskörperschaft mit dem Recht, die örtlichen Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze zu ordnen und zu verwalten. Sie bilden die Grundlage des demokratischen Lebens.“ (Art. 11 Abs. 2 i.V.m. Art 83 LV Bay)<sup>5</sup> Hier wird die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung, die in Artikel 28 des Grundgesetzes verankert ist, eingelöst. Das heißt, dass hiermit nicht nur die Art und Weise der Erledigung der Aufgaben vor Ort,

sondern auch die Zuständigkeit der örtlichen Gemeinschaft festgelegt sind. Der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung ähnelt dem Subsidiaritätsprinzip, welches im Lissabon-Vertrag festgehalten ist. Das, was von der untersten Ebene selbstständig erledigt werden kann, soll dieser auch übertragen werden. Die Kommunen sind es, die die gesamte örtliche öffentliche Verwaltung alleine tragen. Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen 70 und 85 % der ausführungsbefähigten Gesetze von den Kommunen auszuführen sind.

Die Kommunen sind in einen dreistufigen Aufbau eingebunden. Innerhalb der ausschließlichen (Art. 73 GG), der konkurrierenden (Art. 74 GG) und der Rahmenkompetenz (Art. 75 GG) übt der Bund seine Gesetzgebungskompetenz aus.<sup>6</sup> Die Bundesländer führen auf der einen Seite Bundesgesetze aus, auf der anderen verabschieden sie aber auch eigene Landesgesetze. Auf dieser Stufe werden die Kommunen vielfach eingebunden. Die dritte Stufe bilden die Kommunen selbst, die vor Ort die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze befolgen und beauftragen. Die Gemeindeordnung regelt dazu generalklauselartig alle anfallenden Aufgaben. Eine detaillierte Aufgabenbeschreibung findet sich in den Bundes- und Landesgesetzen. Den Kommunen fällt bei der Umsetzung von Bundes- und Landesgesetzen eine entscheidende Rolle zu, da sie letztendlich dem Bürger gegenüberstehen. Dabei muss bedacht werden, dass hinter jedem dieser Gesetze eine rechtsstaatliche Bindung stehen muss, auch gegenüber der Rechtssprechung der Europäischen Union. Die Kommunen sind die Partner im deutschen Verwaltungs-

**In Deutschland ist das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung im Grundgesetz und den jeweiligen Landesverfassungen **GARANTIERT.****

aufbau, die alle Angelegenheiten vor Ort eigenverantwortlich regeln dürfen.

### **Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung im Koalitionsvertrag auf Bundes- und Landesebene**

Auch im Koalitionsvertrag<sup>7</sup> findet sich ein Bekenntnis zu „starken Kommunen“ sowie explizit zur Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung. Dies lässt hoffen, dass die Kommunen nicht das letzte Glied in der Kette sind, die die Gesetze und Aufgaben vor Ort einfach umsetzen müssen. Leider geht mit der zunehmenden Aufgabenzuweisung an die Kommunen selten ein gestiegener finanzieller Ausgleich einher. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP heißt es dazu: „Wir wollen in Deutschland starke Kommunen. Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise stehen heute vor vielfältigen Herausforderungen im Bereich von Demographie, Integration, Umwelt und Wirtschaft. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut. Wir setzen uns für leistungsfähige Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände ein, um die vielfältigen Aufgaben auch in Zukunft sicherzustellen. Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden werden wir nach Wegen suchen, Entlastungen für die Kommunen, z. B. Flexibilisierung von Standards und Gleichstellung bei gesamtstaatlichen Aufgaben, und Erweiterungen des kommunalen Handlungsspielraums zu identifizieren.“<sup>8</sup>

Etwas konkreter wird die Koalitionsvereinbarung zwischen der CSU und der FDP für die 16. Wahlperiode

**Kommunalpolitik ist nicht zu unterschätzen, da sie den BÜRGER einbezieht und mitnimmt.**

**Die derzeitige Koalition auf BUNDES- WIE AUF LANDESEBENE setzt auf die kommunale Selbstverwaltung.**

des Bayerischen Landtags: „Die Kommunen als Keimzellen des bürgerschaftlichen Engagements sollen gestärkt werden. Sie sind das gewachsene Fundament unseres Staates. Sie sind die ersten und wichtigsten Ansprechpartner für die Bürger. Über viele Jahrzehnte haben die Kommunen bewiesen, dass sie durch ihre Ortsnähe und die Nähe zum Bürger auch große Aufgaben ohne Einfluss des Staates bewältigen können. Wir wissen um die hohe Bedeutung einer leistungsfähigen, dynamischen und effizienten Staatsverwaltung für die Bürger und den Standort. Dazu zählt insbesondere ein leistungsorientiertes Dienstrecht. Die Koalitionspartner treffen dazu folgende Vereinbarungen: Wir verpflichten uns, einem schlanken, konzentrierten Normenbestand den Vorzug zu geben vor ausufernden Regulierungen. Wir werden die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung unter den Gesichtspunkten der Subsidiarität, der Bürgerorientierung und der Transparenz einer kritischen Überprüfung unterziehen. Insbesondere werden wir die Aufgaben der Regierungen mit dem Ziel überprüfen, möglichst viele Aufgaben auf die untere Verwaltungsebene (Landratsämter oder Kommunen) zu übertragen. ... Wir werden die kommunale Selbstverwaltung

stärken. Dazu wollen wir weitere Aufgaben aus der Staatsverwaltung auf die Kommunen übertragen. Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe wird in Zusammenarbeit mit den Kommunen bis Ende 2009 konkrete Vorschläge einschließlich eines eventuell erforderlichen Mehrbelastungsausgleichs vorlegen. Wir werden die Einrichtung von Modellkommunen prüfen, die es Städten, Landkreisen und Kommunen erlaubt, innerhalb eines gesetzlich zu definierenden Rahmens nach eigener Entscheidung von Landesgesetzen und -verordnungen abzuweichen („Modellkommunen“).<sup>9</sup>

Die Kommunalpolitik wird oft als die „Schule der Demokratie“ bezeichnet. Das klingt auf den ersten Blick sehr bedeutungsvoll, greift allerdings zu kurz. Kommunalpolitik ist eine eigenständige und vor allem die bürgernächste Politikebene, die besonders viel leisten muss. Verschiedene Entwicklungen inter-, supra- und nationaler Ebenen zeigen, dass der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung eine immer größere Rolle spielt und sie in Zukunft noch an Bedeutung zunehmen wird. Um den großen Herausforderungen der Konsensbildung und Entscheidungsfindung vor Ort gerecht zu werden, ist das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung weiter auszubauen. Darüber hinaus müssten all jene politischen Sachverhalte, die sich auf lokaler Ebene entscheiden lassen, konsequent im Rahmen einer Funktionalreform auf die kommunale Ebene verlagert werden. ///



---

**/// DR. SIEGFRIED BALLEIS**  
**ist Oberbürgermeister der Stadt**  
**Erlangen.**

---

---

**Anmerkungen**

<sup>1</sup> International guidelines on decentralisation and the strengthening of local Authorities, <http://www.cities-localgovernments.org/committees/dal/Upload/news/lads-guidelines.pdf>; Stand: 15.1.2011.

<sup>2</sup> Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung, Inkrafttreten am 1. September 1988, <http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/QueVoulezVous.aspx?NT=122&CM=1&CL=GER>; Stand: 15.1.2011.

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, unterzeichnet in Lissabon am 13. Dezember 2007, <http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2007:306:SOM:de:HTML;Stand:15.1.2011>.

<sup>5</sup> Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl S. 796, BayRS 2020-1-1-1), zuletzt geändert durch §10 des Gesetzes vom 27. Juli 2009, (GVBl S. 400): [http://by.juris.de/by/gesamt/GemO\\_BY\\_1998.htm](http://by.juris.de/by/gesamt/GemO_BY_1998.htm); Stand: 15.1.2011.

<sup>6</sup> Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. S.1), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. Juli 2010 (BGBl. I S. 944), <http://www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/grundgesetz/index.html>; Stand: 15.1.2011.

<sup>7</sup> Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. 17. Legislaturperiode (unterzeichnet am 26. Oktober 2009), <http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>; Stand: 15.1.2011.

<sup>8</sup> Ebd., S. 112.

<sup>9</sup> Koalitionsvereinbarung 2008-2013 zwischen CSU und FDP für die 16. Wahlperiode des Bayerischen Landtags (unterzeichnet am 27. Oktober 2008), [http://www.csu.de/dateien/partei/beschluesse/081025\\_koalitionsvereinbarung.pdf](http://www.csu.de/dateien/partei/beschluesse/081025_koalitionsvereinbarung.pdf); Stand: 15.1.2011.

/// Frauen an die Macht

## DIE QUOTE – KULTURREVOLUTION IN DER ARBEITSWELT?

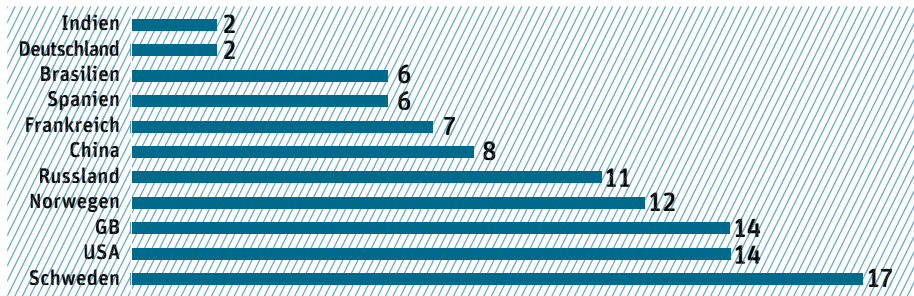
**ISABELLE KÜRSCHNER** /// Als „Kulturrevolution“ hat Bundessozialministerin Kristina Schröder das bezeichnet, was 2010 in Deutschland stattgefunden hat. Tatsächlich gab es kaum ein Vorbeikommen an Themen wie Frauenförderung, Frauenquote oder Frauen in Führungspositionen.

Während mittlerweile Einigkeit zu herrschen scheint, dass der Unterrepräsentanz von Frauen in den Führungszirkeln von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik entgegengewirkt werden muss, gehen die Meinungen bei der Frage, wie das Potenzial von Frauen auch in der Führung genutzt werden kann, nach wie vor weit auseinander. Während die einen gesetzliche Regelungen mit harten Sanktionen befürworten, setzen andere weiterhin

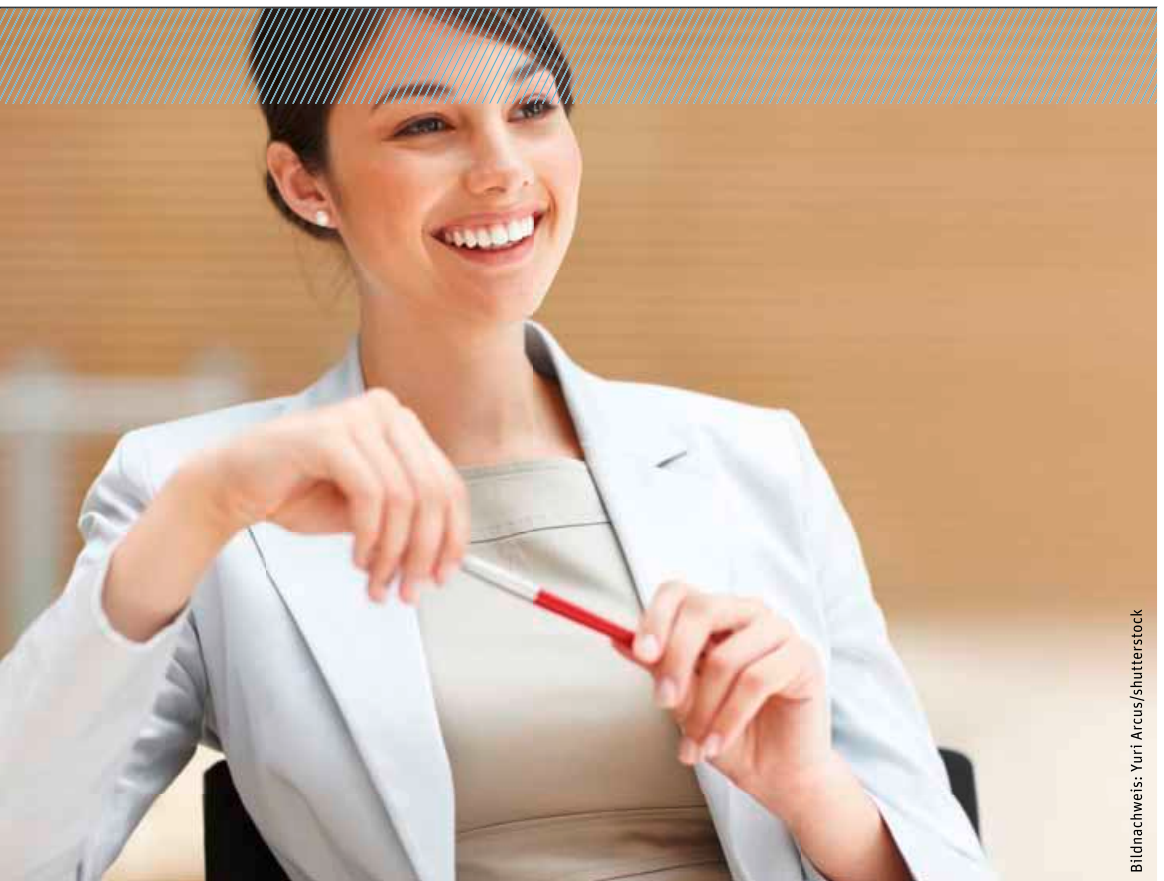
auf die freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft. Wieder andere halten jegliche Regelungen für überflüssig und zeigen sich nach wie vor davon überzeugt, dass sich Frauen allein durch ihr Können durchsetzen werden und sich das Problem auf Grund des Fachkräftemangels von selbst lösen wird.

Bisher sprechen die Zahlen allerdings eine andere Sprache. Im internationalen Vergleich liegt der Frauenanteil in Unter-

### Frauenanteil an Vorständen im internationalen Vergleich (in Prozent)



Quelle: McKinsey & Company: Women Matter 2010. Women at the top of corporations: Making it happen.



Bildnachweis: Yuri Arcus/shutterstock

## Frauen müssen auch auf der Führungsebene in den Vordergrund rücken

### Die freiwillige Selbstverpflichtung hat keine sichtbaren **ERFOLGE** gebracht.

nehmensvorständen in Deutschland weit abgeschlagen hinter seinen europäischen Nachbarn und den USA, aber auch hinter Schwellenländern wie China und Brasilien.

Laut dem Führungskräftemonitor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW) waren die Vorstände der 200 umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland (außerhalb des Finanzsektors) 2010 nahezu ausschließlich von Männern besetzt.<sup>1</sup>

Von insgesamt 833 Vorstandsmitgliedern waren gerade einmal 21 Frauen, dies entsprach einem Anteil von 2,5 Prozent.

In den 100 größten Unternehmen waren Frauen sogar nur zu 0,9 Prozent in den Vorständen vertreten und hatten nur vier der 441 Sitze inne. Keinem Vorstand in den Top 100 Unternehmen stand 2010 eine Frau vor.

Mit der Einführung einer Frauenquote bei der Deutschen Telekom im März 2010 sowie den zahlreichen Initiativen, Frauen in Aufsichtsräte und auf Vorstandspositionen zu bringen, hat die Diskussion eine Intensität angenommen, die neue Antworten und Lösungswege fordert. Klare Zielvorgaben werden nun erwartet, denn die Bemühungen der Vergangenheit haben zu keinen sichtbaren Verbesserungen geführt. Neun Jahre, nachdem Spitzenverbände und die Bundesregierung in einer frei-

willigen Selbstverpflichtung vereinbaren, die Karrierechancen von Frauen zu verbessern, hat sich kaum etwas verändert. Dabei ist die wirtschaftliche Notwendigkeit von Frauen in Führungspositionen mittlerweile breit anerkannt. Die Initiative FidAR (Frauen in die Aufsichtsräte), ins Leben gerufen von Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik und gefördert vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, will den Druck auf die Wirtschaft erhöhen und auf eine nachhaltige Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsräten deutscher Kapitalgesellschaften hinwirken.

### Diversität als Erfolgsfaktor

Die ausgewogene Vertretung von Frauen in den Führungspositionen der Wirtschaft gilt indes nicht mehr nur als ein Gebot der Gleichstellung, sondern als ein Gebot guter Unternehmensführung. Internationale wissenschaftliche Studien<sup>2</sup> belegen, dass Diversität in den Aufsichtsgremien, d. h. insbesondere die sichtbare Präsenz einer kritischen Masse von Frauen, ein wichtiger Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg ist. Sie führt zu einer differenzierten Diskussion, einer risikobewussteren Entscheidungsfindung und einer besseren Unternehmenskontrolle. Am häufigsten zitiert wird dabei die Studie „Women Matter“ der

Management-Beratung McKinsey & Company. Demnach ist es keineswegs eine nette Geste, Frauen den Weg ins Topmanagement zu ebnen, sondern eine Strategie, die sich für Unternehmen nachweislich auszahlt. Der Untersuchung zu Folge gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen Unternehmenserfolg und Frauenanteil in der Führungsebene von Unternehmen. Für 2009 belegte die Studie konkret, dass Eigenschaften, die in erster Linie Frauen zugeschrieben werden, Unternehmen dabei halfen, die Wirtschaftskrise erfolgreicher zu meistern. Allerdings kam McKinsey auch zu dem Ergebnis, dass trotz dieser nachweislichen Vorteile nur 28 Prozent der befragten Unternehmen Frauenförderung unter den Top 10 der Prioritäten für ihren Unternehmenserfolg auflisten.

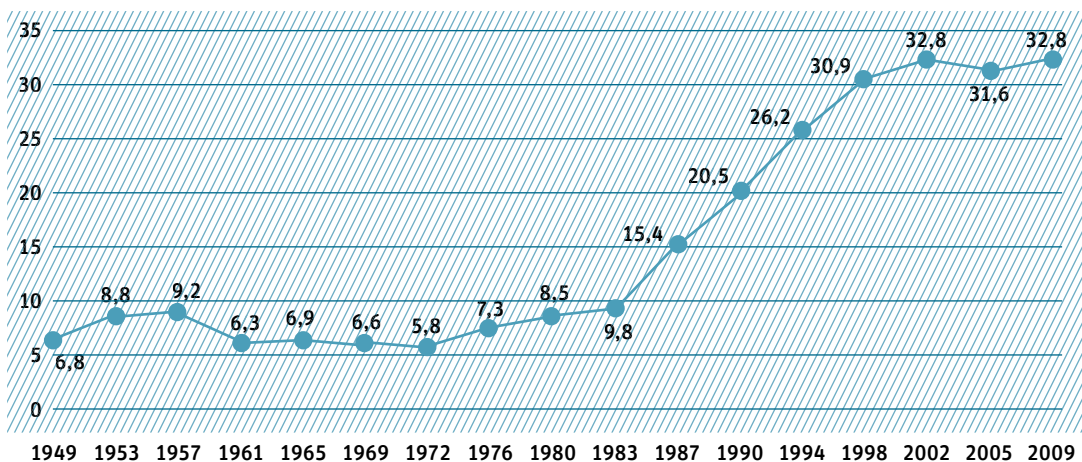
Ein weiterer Faktor, der für die Steigerung der Anzahl weiblicher Führungskräfte spricht, ergibt sich aus einer volkswirtschaftlichen Rechnung: Rund zwei Drittel der Absolventen wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge sind mittlerweile Frauen. Im Moment weist alles darauf hin, dass die Gesellschaft zwar massiv in deren Ausbildung investiert, dann aber das Potenzial verkümmern lässt. Um dieser Fehlkalkulation entgegenzuwirken, besteht mittlerweile ein generelles Interesse daran, dass teuer ausgebildeten Akademikerinnen Karrieren ermöglicht werden, die ihrem Potenzial entsprechen. Auch kann es sich Deutschland angesichts der demographischen Entwicklung und des daraus resultierenden Mangels an Fachkräften nicht länger leisten, auf Frauen in Führungspositionen zu verzichten.

Ein höherer Frauenanteil in der Führungsebene wirkt sich nachweislich **POSITIV** auf den Unternehmenserfolg aus.

### Erfolgsinstrument Frauenquote?

Verfolgt man die Debatte in den Medien, ist dies nun auch in den Diskussions-

## Auswirkung der Quote auf den Frauenanteil im Deutschen Bundestag 1949-2009 in Prozent



Quelle: Davidson-Schmich und Kürschner in Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2011.

runden der Entscheidungsträger angekommen. Seit Anfang 2010 wird immer wieder ein Instrument genannt, wenn es um die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen geht: die Frauenquote. Neu ist die Idee einer Quote freilich nicht. In der Politik beschäftigte sie bereits 1979 die Öffentlichkeit. Bei ihrer Parteigründung beschlossen die Grünen, mindestens die Hälfte aller Ämter weiblich zu besetzen. Bis auf die FDP folgten alle im Bundestag vertretenen Parteien diesem Beispiel und führten mehr oder weniger strenge Quotenregelungen ein. Zuletzt folgte im Oktober 2010 die CSU. Der Erfolg gibt dem Instrument Frauenquote Recht, denn heute ist die Politik deutlich besser aufgestellt als die Wirtschaft. Nicht nur an der Spitze des Landes steht längst eine Frau, sondern auch ein Drittel der Bundestagsabgeordneten ist mittlerweile weiblich. Dasselbe gilt für das Bundeskabinett. Allerdings ist hier auch deutlich zu erkennen, dass die Parteien, die hohe

und strenge Quotenanforderungen haben, deutlich besser abschneiden als jene ohne.

Während die Quote also in der Politik mittlerweile breit anerkannt ist, bleibt sie in der Wirtschaft hoch umstritten. Einerseits scheint es an ihr keinen Weg vorbei zu geben, nachdem die Selbstverpflichtungserklärungen der letzten zehn Jahre nicht realisiert wurden, andererseits sind die Widerstände groß. Eine gesetzlich festgeschriebene Frauenquote, befürchteten die Gegner, sei nicht nur ein massives, politisches Eingreifen in die Wirtschaft. Mittlerweile gibt es sogar Ängste, „dass talentierte junge Männer nicht mehr zum Zuge kommen und stattdessen mittelmäßige Frauen auf Posten gehievt werden, denen sie nicht gewachsen sind“<sup>3</sup>. Die vermeintliche Unvereinbarkeit von Führungspositionen und Familie ist ein weiteres Argument gegen mehr Frauen. Dabei sind nicht nur Männer gegen die Frauenquote. Auch viele Frauen lehnen sie entschieden ab, denn „Frauenquoten pro-

duzieren Quotenfrauen – das sind Damen, die nur deshalb eine Position innehaben, weil sie das richtige Geschlecht besitzen. Männer, die besser geeignet wären, kommen wegen des falschen Geschlechts nicht zum Zuge. Entsprechend groß ist allseits die Verachtung von Quotenfrauen. Nicht zuletzt erfolgreiche Frauen sind vehement gegen Quotenregelungen, weil sie den schlechten Ruf der Quotenfrau fürchten.“<sup>4</sup>

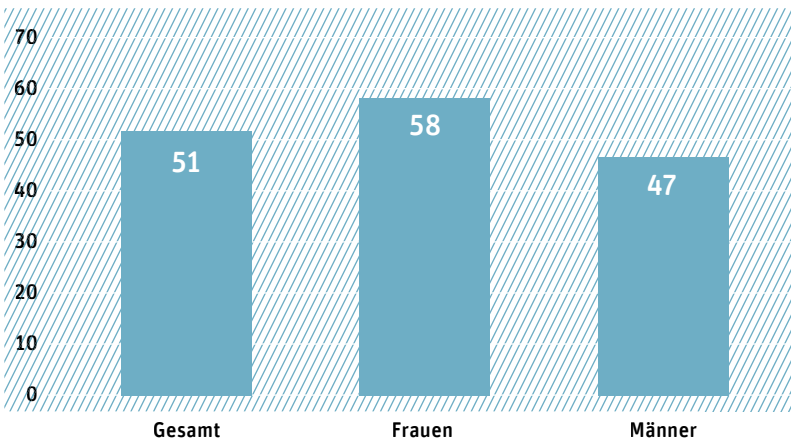
Die Bevölkerung in Deutschland ist in der Quotenfrage gespalten. Einer Umfrage<sup>5</sup> zu Folge sprachen sich 51 Prozent der Befragten für eine Frauenquote in der Wirtschaft aus, 45 Prozent lehnten sie ab. Große Unterschiede zeigen sich vor allem in der Ansicht von Frauen und Männern: Während mehr als die Hälfte der befragten Frauen (58 Prozent) für die Quote stimmten, waren die Männer mit 33 Prozent mehrheitlich dagegen. Angst, als „Quotenfrau“ abgestempelt zu werden, haben indes nur wenige Frauen: Rund drei Viertel von ihnen (74 Prozent) wäre es egal, wenn die anderen so über sie dächten.

## Auch in der Politik gibt es **UNTERSCHIEDLICHE** Auffassungen bezüglich der Frauenquote.

### Uneinigkeit in der Politik

Die Politik hat sich in Bezug auf die Frauenquote lange Zeit zurückgehalten. So hat nur durch den massiven Lobbydruck aus Frauen- und Wirtschaftsverbänden die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen Einzug in den Koalitionsvertrag gefunden. Dort heißt es nun: „Wir wollen bestehende Benachteiligungen in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft beseitigen. ... Wir erarbeiten einen Rahmenplan zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in allen Phasen des Lebensverlaufs. Die Bundesinitiative zur Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft wird einbezogen. ... Die Ziele des Bundesgleichstellungsgesetzes und des Bundesgremienbesetzungsgesetzes werden mit Nachdruck verfolgt. Wir werden prüfen, ob und inwieweit die Gesetze geändert und effektiver gestaltet werden müssen. Der Anteil von Frauen in Führungspositio-

### Umfrage: Befürworter der Frauenquote nach Geschlecht (in Prozent)



Quelle: Stern





Bildnachweis: Zolt Myulasz/forolia

### Auch Frauen können den Ton angeben.

nen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst soll maßgeblich erhöht werden. Dazu wird ein Stufenplan, insbesondere zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten vorgelegt. Der Stufenplan setzt in einer ersten Stufe auf verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen.“<sup>6</sup>

Dieser Rahmenplan sieht bisher also nicht die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote für die Kontrollgremien in DAX-Konzernen vor. Dennoch ist eine Überprüfung und gegebenenfalls effektivere Gestaltung der bestehenden Gesetze angedacht. Hier haben sich die Koalitionspartner also durchaus Möglichkeiten offen gelassen. Doch bisher herrscht unter den Mitgliedern der Bundesregierung diesbezüglich noch keine Einigkeit.

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle lehnt die Quote grundsätzlich ab: „Wir halten nichts von gesetzlichen Quoten, die der Wirtschaft vorschrei-

ben, wie groß der Geschlechteranteil in Vorständen oder Aufsichtsräten sein muss. Außerdem tut sich in der Wirtschaft doch schon etwas. Die BASF, der größte Chemiekonzern der Welt, hat eine Frau in den Vorstand geholt. Große Familienunternehmen wie Trumpf haben eine Chefin. Ich bin sicher: Die Frauen schaffen das ohne Quote – weil sie gut sind.“<sup>7</sup>

Auch Bundesfrauenministerin Kristina Schröder, ist keine Befürworterin einer gesetzlichen Regelung: „Weil eine Quote immer auch Kapitulation der Politik ist. Für mich bedeutet Wirtschaft in erster Linie freies Handeln ohne staatliche Vorschriften. Deswegen ist für mich eine Quote nur Ultima Ratio. Ich bin mir sogar sicher, dass wir keine Quote brauchen – erst recht nicht in Zei-

### Bundesfrauenministerin Schröder: Eine Quote ist immer auch eine **KAPITULATION** der Politik.

## Bundesarbeitsministerin von der Leyen hält angesichts der geringen Erfolge eine gesetzliche Quote für **UNUMGÄNLICH**.

ten von steigendem Fachkräftemangel. Die Unternehmen setzen schon heute Headhunter darauf an, gezielt Frauen für die Top-Positionen zu suchen.“<sup>8</sup>

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger stellt jedoch klar, dass es letztendlich nur mit Druck von Seiten der Politik funktionieren könnte: „Ich bin keine Anhängerin der Quote und habe keinen Gesetzentwurf dafür in der Schublade, auch kein Arbeitspapier. Aus vielen Gesprächen gerade mit jungen Frauen weiß ich, dass das Thema Quote nicht positiv besetzt ist und diese Art von Regulierung kritisch gesehen wird. Aber um es deutlich zu sagen: Am Ende kann es sein, dass eine Regierung aus Union und FDP keinen anderen Weg sieht, als zum Instrument der Quote zu greifen.“<sup>9</sup>

Am weitesten geht Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen mit ihrer Aussage: „Angesichts der nur mit der Lupe erkennbaren Fortschritte der vergangenen zehn Jahre schließe ich

eine gesetzliche Regelung über einen Mindestanteil von Frauen in Führungspositionen von Unternehmen nicht mehr aus. ... Unter 25 bis 30 Prozent Frauenanteil in Führungspositionen würde ich gar nicht anfangen zu verhandeln. Das Entscheidende ist der Zeitraum für die Umsetzung. Ich sage mal: Es sollten weniger Jahre sein, als meine Hand Finger hat.“<sup>10</sup>

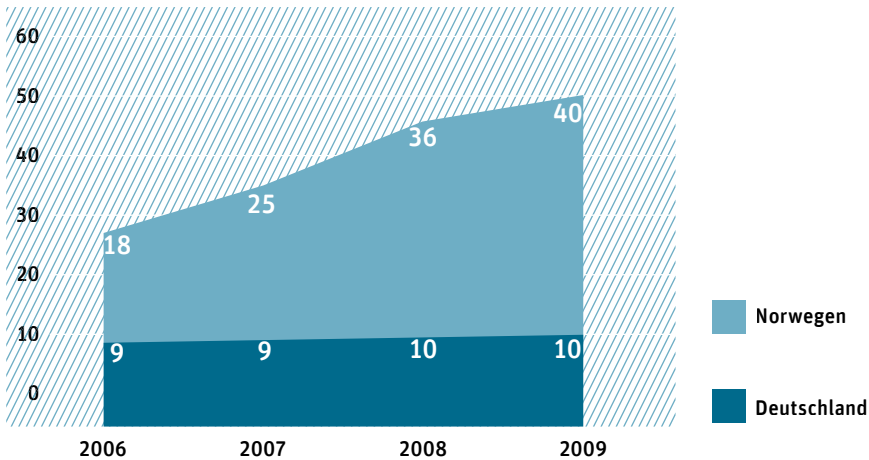
### Die Quote in anderen Ländern

In anderen Ländern gibt es bereits Gesetze oder sie wurden auf den Weg gebracht. Als erstes Land weltweit schreibt Norwegen seinen börsennotierten und staatlichen Unternehmen vor, dass vier von zehn Aufsichtsräten Frauen sein müssen. Auch in Frankreich, wo die Regierungspartei UMP mehr Frauen den Weg in Aufsichtsräte ebnen will, hat ein entsprechendes Gesetz inzwischen das Parlament passiert. In den nächsten drei Jahren müssen die Verwaltungs- und Aufsichtsräte aller börsennotierten Unternehmen sowie aller Unternehmen mit mehr als 50 Millionen Euro Umsatz und 500 Mitarbeitern mindestens zu einem Fünftel mit Frauen besetzt werden. Innerhalb der nächsten sechs Jahre steigt der erforderliche Anteil auf 40 Prozent. Die Niederlande und Spanien haben inzwischen ebenfalls ein solches Gesetz verabschiedet. Den Haag verlangt von Firmen mit mehr als 250 Mitarbeitern sogar, Aufsichtsrat und Vorstand mit 30 Prozent Frauen zu besetzen. Doch in beiden Ländern werden die Regeln erst 2016 wirksam.

Norwegens Storting dagegen hat die Quote für Aufsichtsräte bereits 2003 beschlossen, damals lag der Frauenanteil bei knapp sieben Prozent. Das Gesetz geht auf die Initiative des dama-

Andere Länder wie z. B. Frankreich, Spanien, die Niederlande und v. a. Norwegen haben gesetzliche Frauenquoten bereits **ERFOLGREICH** eingeführt oder entsprechende Gesetze auf den Weg gebracht.

## Entwicklung des Frauenanteils in Aufsichtsräten in Deutschland und Norwegen im Vergleich



Quelle: DIW Wochenbericht Nr.3/2011.

ligen Industrie- und Handelsministers Ansgar Gabrielsen zurück. Er beschloss, nahezu im Alleingang, die Aufsichtsräte weiblicher zu machen. Ohne vorherige Absprache mit dem Ministerpräsidenten und seiner Fraktion trat er vor die Presse und verkündete, einen Frauenanteil von 40 Prozent in den Aufsichtsräten der Unternehmen per Gesetz zu verordnen. Danach gab es kein Zurück mehr. Im November 2003 verabschiedete Norwegen als erstes Land der Welt ein Quotengesetz für staatliche Betriebe sowie für alle börsennotierten Unternehmen.

Als zwei Jahre später der Frauenanteil nur auf 17,8 Prozent angestiegen war, drohte die Politik widerspenstigen Unternehmen von 2008 an mit der Auflösung. Heute erfüllen alle börsennotierten Gesellschaften die Quote von 40 Prozent, kein Land in Europa hat mehr. Doch nicht nur den Frauen selbst hat die Quote zu mehr Erfolg verholfen. Seit ihrer Einführung ist Norwegens Wirtschaft im Jahresschnitt um

fast zwei Prozent gewachsen. Kaum ein westliches Land hat die Weltrezession so gut überstanden, denn die Quote hat der Wirtschaft einen neuen, großen Talentpool erschlossen.<sup>11</sup> Obige Abbildung zeigt deutlich, wie sich das Verhältnis in den norwegischen Aufsichtsräten zugunsten der Frauen verschoben hat. In Deutschland hingegen hat die freiwillige Selbstverpflichtung bisher zu keinerlei Verbesserungen geführt.

### Mit gutem Beispiel voran: Die Deutsche Telekom

Auch in Deutschland hat sich ein Mann untrennbar mit der Frauenquote verbunden: Thomas Sattelberger, Personalchef der Deutschen Telekom, hat seine Motivation für die Einführung einer Frauenquote im eigenen Unter-

**Thomas Sattelberger, Personalchef der Deutschen Telekom: Unternehmen wählen NICHT NUR nach Qualifikation und Leistung aus.**

**Noch immer VERHINDERN Rollenklischees, verfestigte Verhaltensmuster und diffuse Ängste, dass Frauen in Führungspositionen kommen.**

nehmen ähnlich begründet wie einst Ansgar Gabrielsen in Norwegen. „Ich sitze jetzt seit über 20 Jahren auf Positionen, auf denen ich Karriere-Politik mit gestalten kann und soll. Wer da glaubt, Karrieren würden ausschließlich nach Kompetenz und Potenzial entschieden, der irrt. Ich habe erlebt, wie externe Berater ins Unternehmen ‚reingeschossen‘ wurden, wie junge Assistenten, mit kaum Erfahrung, in breite operative Verantwortung reingehievt worden sind, wie Treue und nicht Leistung mit beruflichem Aufstieg belohnt wurde, oder nach dem Motto ‚den platziere ich strategisch‘ befördert wurde. Kompetenz spielte dabei eher eine Nebenrolle. Wer sagt, Unternehmen wählen nur nach Qualifikation und Leistung aus, tut dies wider besseres Wissen oder ist naiv. Aber an Frauenförderung wird der Schwindel des Purismus exerziert. Das wollte ich ändern.“<sup>12</sup>

Die Telekom hat sich als erstes börsennotiertes Großunternehmen in Deutschland dazu verpflichtet, eine Frauenquote einzuführen. Bis Ende 2015 sollen 30 Prozent der Führungspositionen mit Frauen besetzt sein. Das ist zumindest ein Anfang. Doch verbirgt sich dahinter auch das Eingeständnis, dass die

bisherige Frauenförderung nicht geklappt hat. „Unsere jahrelangen Maßnahmen zur Frauenförderung waren redlich und gut gemeint, der durchschlagende Erfolg blieb wie in allen großen Unternehmen leider aus“<sup>13</sup>, erklärt Telekom-Personalvorstand Thomas Sattelberger. Doch auch bei der Politik sieht er Handlungsbedarf: „Die Politik hat hier eine Scham, der Wirtschaft Direktiven zu geben. An dieser Stelle wäre eine Emanzipation der Politik wünschenswert.“ Und weiter sagt er: „Wenn die Wirtschaft einer Selbstverpflichtung nicht nachkommt, halte ich Ordnungspolitik für angemessen. Das ist in anderen Feldern auch so.“<sup>14</sup>

Dabei geht es Sattelberger nicht um politisch korrekte Alibiregelungen, sondern um spürbare und nachhaltige Umsetzung von Chancengleichheit für die besten Talente, egal welchen Geschlechts. Bisher wurde, so zeigt es seine Erfahrung, wenn es um die Besetzung von Aufsichtsräten geht, oftmals gar nicht nach Frauen gesucht. Denn noch immer verhinderten Rollenklischees, verfestigte Verhaltensmuster und diffuse Ängste bei den Top-Entscheidern, dass Frauen in die Spitzenjobs kommen. Würde die Politik hingegen mit einer gesetzlichen Quote an den Gremien ansetzen, die in einer Privatwirtschaft am leichtesten zu regulieren sind, könnte die Veränderung von ganz oben aus, über den Vorstand, ins Unternehmen sickern.

Einen echten Trend hat die Telekom mit dieser Idee aber bisher nicht ausgelöst. Die übrigen Dax-Unternehmen jedenfalls können einer Frauenquote nicht allzu viel abgewinnen. Für 84 Prozent der deutschen Großkonzerne kommt ein solches Instrument nicht infrage, 15 Prozent haben sich noch nicht entschieden.<sup>15</sup> Auch halten 77 Prozent

## Die Mehrheit der Manager **LEHNT** eine Quote nach wie vor **AB**.

der Top-Manager eine Quote nicht für sinnvoll, sondern fordern wiederholt „Qualifikation statt Quote.“<sup>16</sup> Das immer wiederkehrende Argument gegen die Frauenquote lautet, sie sei nicht mit dem Leistungsgedanken vereinbar. So nennt der Soziologe Gerhard Amendt „die Außer-Kraftsetzung von Leistungskriterien im Gender Mainstreaming [einen] Hebel für die regelmäßige Fortsetzung von Starthilfen für Frauen“<sup>17</sup>. Darüber hinaus sind für ihn die Hilfestellungen für Frauen sogar kontraproduktiv: „Wenn Frauen heute durch die Bank als Opfer beschrieben werden, setzt das paradoxerweise die tradierte Versorgermentalität der Männer abermals in Bewegung. Eine Frau, die als Opfer auftritt, ruft einen Mann auf, ihr zur Hilfe zu eilen. Und das ist genau das, was Frauen nicht brauchen. Frauen müssen selbst sehen, wie sie zurechtkommen. Ich werde nie den Ruf vergessen, der beim Sinken im Titanic-Film durch das Schiff hallte: Frauen und Kinder zuerst in die Boote. Selbstverleugnung der Gesundheit und sogar des Lebens ist Bestandteil männlicher Mentalität.“<sup>18</sup>

Auch Frauen selbst halten die Quote mitunter für einen Irrweg. Einige sehen sich gar als Leidtragende einer solchen Regelung, denn diese stelle sie stets unter Generalverdacht, ihren Posi-

ten in erster Linie der Quote und nicht ihren Leistungen zu verdanken. Davor fürchten sich viele Frauen, so zum Beispiel die Bundesvorsitzende der jungen Unternehmer, Marie-Christine Ostermann: „Ich glaube nicht, dass es über gesetzlichen Zwang geht. Und ich möchte auch nicht als Quotenfrau abgestempelt und auf mein Geschlecht reduziert werden.“<sup>19</sup>

### Fazit

Die Gründe für die anhaltend starke Unterrepräsentanz von Frauen sind vielfältig und die Quote wird nicht alle Probleme lösen können. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) nennt in den Ergebnissen seiner Studie unter anderem die schlechte Vereinbarkeit von Karriere und familiären Verpflichtungen und die fehlenden weiblichen Vorbilder und Rollenmuster. Als weiterer Grund gilt, dass Männer einflussreiche Netzwerke in Vorständen und Aufsichtsräten bilden, in die Frauen als Außenseiterinnen kaum vordringen können. Frauen gelingt es gar nicht oder nur selten, die gläserne Decke, die als unsichtbare Barriere ihren Aufstieg in Spitzenpositionen hemmt, zu durchbrechen. Häufig sehen sie sich auch Stereotypen und Vorurteilen gegenübergestellt, die auf die kulturell definierte Rolle von Frauen in der Gesellschaft zurückgehen.

Eine stärkere Repräsentanz in den Spitzengremien könnte zu einem Umdenken führen. Doch wird sich diese wohl auch weiterhin nur langsam durchsetzen. Mit der im Jahr 2001 geschlossenen Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft sollte durch eine freiwillige Selbstverpflichtung eine Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen er-

**Die Quote wird nicht alle Probleme lösen doch ohne sie werden sich die Veränderungen weiterhin nur **SEHR LANGSAM** einstellen.**

reicht werden. Dieser Anspruch muss in Bezug auf die Spitzengremien der Unternehmen als gescheitert angesehen werden. Es bleibt abzuwarten, ob die im Koalitionsvertrag von 2009 vereinbarten Vorhaben zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten zum Erfolg führen. Ob mit oder ohne Frauenquote, wird sich in nicht allzu ferner Zukunft zeigen.



### **/// DR. ISABELLE KÜRSCHNER**

**ist Referentin für Arbeit, Soziales, Frauen, Familie und Senioren der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hans-Seidel-Stiftung, München.**

#### **Anmerkungen**

<sup>1</sup> DIW Führungskräftemonitor 2010.

<sup>2</sup> U. a. McKinsey & Company: Women Matter 2010 – Women at the top of corporations: Making it happen. 2010; Catalyst: The Bottom Line: Corporate performance and women's representation on boards. Catalyst, New York 2007; Francoeur, C., / Labelle, R. / Sinclair-Desgagné, B.: Gender Diversity in Corporate Governance and Top Management, in: Journal of Business Ethics, 81, 2008, 83–95; Carter, D. / Simkins, B. / Simpson, G.: Corporate governance, board diversity and firm value, in: Financial Review, 38, 2003, 33–35; Erhardt, N. / Werbel, J. / Shrader, C.: Board of director diversity and firm financial performance, in: Corporate Governance: An International Review, 11 (2), 2003, 102–111; Smith, N. / Smith, V. / Ver-

ner, M.: Do Women in Top Management Affect Firm Performance? A Panel Study of 2500 Danish Firms, IZA DP No. 1708, 2005.

<sup>3</sup> DIE ZEIT, 15.3.2010.

<sup>4</sup> Handelsblatt, 15.3.2010.

<sup>5</sup> Stern, 9.2.2011. An der Umfrage nahmen 2011 repräsentativ ausgesuchte Bundesbürger am 2. und 3. Februar 2011 teil.

<sup>6</sup> Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP: Wachstum. Bildung, Zusammenhalt.

<sup>7</sup> Welt am Sonntag, 23.1.2011.

<sup>8</sup> Der Spiegel 45/2010.

<sup>9</sup> DIE ZEIT, 5.8.2010.

<sup>10</sup> FAZ, 19.1.2011.

<sup>11</sup> DIE ZEIT, 5.8.2010.

<sup>12</sup> Zitiert nach Financial Times Deutschland, 18.6.2010.

<sup>13</sup> Süddeutsche Zeitung, 15.3.2010.

<sup>14</sup> Financial Times Deutschland, 18.6.2010.

<sup>15</sup> Focus online, 20.3.2010.

<sup>16</sup> Der Spiegel 25/2010.

<sup>17</sup> Die Welt, 3.1.2010.

<sup>18</sup> Die Welt, 3.1.2010.

<sup>19</sup> Handelsblatt, 18.6.2010.

/// Wanderer zwischen den Welten: Gottfried-Karl Kindermann

## DER FERNE OSTEN IM FOKUS POLITIK- WISSENSCHAFTLICHER ANALYSE

**REINHARD MEIER-WALSER** /// Am 13. April 2011 feiert der Münchner Politikwissenschaftler und Asienforscher Gottfried-Karl Kindermann seinen 85. Geburtstag. Er blickt dabei auf eine lange wissenschaftliche Laufbahn zurück.

Der aus Österreich stammende und überwiegend in den USA akademisch ausgebildete Kosmopolit, der vor nahezu einem halben Jahrhundert die bayerische Landeshauptstadt zum Ausgangspunkt seiner akademischen Wanderungen zwischen den Kulturen und Kontinenten gewählt hat, gehört zu den großen und international bekannten Gelehrten der Bundesrepublik. Er wurde mit Ehrendoktoraten der Nationalen Chengchi-Universität (Taiwan) und der Yeungnam-Universität (Korea) ausgezeichnet, ist Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland, des Großen Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich, des Koreanischen Heungin-Ordens für diplomatische Verdienste, des taiwanesischen Wissenschaftsordens der Weißen Sonne und Fellow der Harvard-Universität.

Kindermann besuchte den Dalai Lama in dessen indischem Exil, begleitete den späteren US-amerikanischen

Präsidenten Richard Nixon im Wahlkampf, führte Gespräche mit den Präsidenten Taiwans, Indonesiens, Koreas und Kambodschas und traf sich allein in Tokio im Laufe der Jahre mit vier japanischen Ministerpräsidenten.

Schon früh stand für Gottfried-Karl Kindermann, der bereits als Gymnasiast per Sondergenehmigung als „außerordentlicher Hörer“ Lehrveranstaltungen an der Universität seiner Heimatstadt Wien besuchte, fest, dass er wie schon sein Vater Wissenschaftler werden würde. Der Senior, Professor Heinz Kindermann, gehörte zu den eminentesten Theaterhistorikern des 20. Jahrhunderts und hat mit seiner zehnbändigen „Theatergeschichte Europas“ das maßgebliche Standardwerk der überregionalen Theaterforschung schlechthin vorgelegt.

Nach akademischen Lehrjahren in Europa, den USA und in Ostasien erhielt Gottfried-Karl Kindermann, der bei Hans J. Morgenthau in Chicago promovierte und sich bei Arnold Berg-



Gottfried-Karl Kindermann ist eine **KORYPHÄE** unter den Asienforschern.

straesser in Freiburg i. B. habilitierte, 1967 einen Ruf als Ordinarius an die Ludwig-Maximilians-Universität München, wo er Gründungsdirektor des neu geschaffenen Seminars für Internationale Politik wurde. Im folgenden Jahr entstand durch die Zusammenlegung der einzelnen politologischen Lehrstühle der Universität ein Zentralinstitut, das auf Vorschlag Kindermanns nach den Widerstandskämpfern gegen das Nazi-Regime „Geschwister-Scholl-Institut“ benannt wurde.

Kaum in München etabliert, musste Kindermann sich damals bereits mit der 68er-Bewegung auseinandersetzen, die den jungen Wissenschaftler aufgrund ihrer dogmatischen Intoleranz, ihrer Gewaltbereitschaft und ihres Kultes totalitärer Führer abstieß. Anders als manche seiner damaligen Professorenkollegen, die den Streikaktivisten der Marxistischen Gruppe (MG) teilweise hilflos gegenüberstanden, schlug Kindermann die linksradikalen Störer jedoch mit deren eigenen Waffen: Als die Wortführer der MG im Anschluss an eine Vorlesung Kindermanns diesem wieder einmal reaktionäres Gedanken-

gut vorwarfen, präsentierte der Professor, der gezielt ganze Passagen aus einschlägigen kommunistischen Standardwerken zusammengesetzt hatte, seinen marxistischen Kritikern die Quellen seiner Ausführungen: Marx, Lenin, Mao! Die düpierten MG'ler mussten sich geschlagen geben und Kindermann konnte seine Vorlesung fortan unbehelligt durchführen.

Kindermann beschränkte sich in München nicht auf die akademische Lehre, sondern er legte als Ergebnis seiner intensiven politologischen Forschungen eine Vielzahl von Veröffentlichungen vor, die zum Teil in mehrere Sprachen übersetzt wurden. Zu seinen wichtigsten Publikationen gehören zweifellos die mittlerweile in vierter Auflage vorliegenden „Grundelemente der Weltpolitik“, in denen Kindermann die von ihm selbst entwickelte Theorie-richtung in der politikwissenschaftlichen Teildisziplin Internationale Politik vorgestellt hat. Diese, in einschlägigen Lehrbüchern als „Münchener Schule des Neorealismus“ bezeichnete Forschungstradition verbindet Elemente des „klassischen Realismus“ seines Doktorvaters



Morgenthau mit neueren Forschungsansätzen und mündet in die Entwicklung eines „Konstellationsanalyse“ genannten, theoriegestützten Modells zur politikwissenschaftlichen Untersuchung von Beziehungsgefügen internationaler Politik wie etwa zwischenstaatliche Krisen und Konflikte. Das führende US-amerikanische Standardwerk zur Theorie der Internationalen Politik (Dougherty / Pfaltzgraff: *Contending Theories of International Relations*) würdigt den von Kindermann entwickelten Untersuchungsansatz in Form eines aus mehreren doppelpoligen Begriffspaaren bestehenden Kategorialepparates als eines der weltweit bedeutendsten theoriegestützten Modelle zur Analyse internationaler Politik. Diese Konstellationsanalyse diente in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur als analytisch-methodische Grundlage für die wissenschaftlichen Untersuchungen von Kindermanns Schülern, die mittlerweile über den gesamten Erdball von Athen über Manila bis nach Tokio verstreut sind, sondern sie gehörte lange Zeit auch zum Pflichtpensum der angehenden Diplomaten des Auswärtigen Amtes, wo Kindermann bereits im Jahre 1975 Vorlesungen für die Attaché-Lehrgänge hielt.

Er ist einer der **GRÜNDUNGSVÄTER** des renommierten Geschwister-Scholl-Institutes.

Kindermanns Forschungsschwerpunkte erstrecken sich über den gesamten Globus. Seine akademische Priorität gilt gleichwohl dem Fernen Osten, dessen Geschichte, Kultur und Politik ihn früh fesselten und bis heute nicht losließen. Bereits als Zwölfjähriger las er Lin Yu-tangs Bestseller „Mein Land und mein Volk“ und diskutierte mit asiatischen Studenten über Anton Zischkas Monographie „Japan in der Welt“. Eigenen Angaben zufolge war es aber vor allem die Monographie „Der Raum als Waffe – Chinas Erneuerung“ der Schweizer Journalistin und Sozialpsychologin Lily Abegg, die Kindermanns Faszination für Ostasien im Allgemeinen und China im Besonderen begründete.

1949 erhielt er das einzige in diesem Jahr für Österreich vergebene Stipendium der Stanford University in Kalifornien, wo er mit verfolgte, wie in China die Maoisten nach vierjährigem Bürgerkrieg die Macht ergriffen und die Volksrepublik China gründeten, während die Kuomintang-Regierung sich mit Chiang Kai-shek (den Kindermann später in Taipeh zu Gesprächen traf) nach Taiwan zurückzog. Im folgenden Jahr trat er als studentischer Volontär in die Presseabteilung der UNO ein und nahm dort ab Juni 1950 an allen Sitzungen des Weltsicherheitsrates mit ihren höchst dramatischen Diskussionen über den Koreakrieg und über die Frage der UNO-Vertretung Chinas teil.

Später führte Kindermann im Auftrag der UNESCO vergleichende Analysen der Länder des konfuzianischen (Taiwan), buddhistischen (Thailand) und des islamischen (Indonesien) Kulturkreises durch.

Seiner Dissertation über die Russland-Politik des chinesischen Republik-

**Professor Kindermann ENTWICKELTE die „Münchener Schule des Neorealismus“.**

gründers Sun Yat-sen folgten Studien über „Konfuzianismus, Sunyatsenismus und chinesisches Kommunismus“, „Chinas unbeendeten Bürgerkrieg“, „Pekings chinesische Gegenspieler“, „Der Ferne Osten in der Weltpolitik des industriellen Zeitalters“, „Indochina – Krisenherd der Weltpolitik“, „Weltmacht Japan“, „Der Aufstieg Koreas in der Weltpolitik“ u. v. a. Als sein bislang wichtigstes schriftliches Lebenswerk gilt die im Jahre 2001 vorgelegte Monographie „Der Aufstieg Ostasiens in der Weltpolitik 1840 bis 2000“, die auf über 700 Seiten eine faszinierende Analyse der Gesamtkonstellation des ostasiatisch-pazifischen Raumes in einem Zeitraum von eineinhalb Jahrhunderten präsentiert.

Nach seiner Emeritierung im Jahre 1994 gelang es Kindermann, mit Unterstützung des damaligen bayerischen Wissenschaftsministers Hans Zehetmair eine interdisziplinäre Vorlesungsreihe zur Geschichte und Politik Ost- und Südasiens an der Ludwig-Maximilians-Universität München zu etablieren. Diese Veranstaltung, an der seither jährlich namhafte Fachvertreter der Sinologie, Japanologie, Geschichte und Politikwissenschaft sowie Experten aus

Diplomatie, Wirtschaft und Industrie beteiligt sind, hat sich im Laufe der Zeit zu einer der renommiertesten Ringvorlesungen der Alma Mater entwickelt.

Neben der Theorie und Methodologie der internationalen Politik sowie dem Forschungssujet des Fernen Ostens besteht eine dritte Säule des akademischen Wirkens Kindermanns in dessen Untersuchungen zur Rolle der personellen Dimension internationaler Politik. Seine diesbezüglichen Arbeiten im Schnittbereich psychobiographischer, zeitgeschichtlicher und politikwissenschaftlicher Forschung reichen von dem bereits erwähnten chinesischen Republikgründer Sun Yat-sen über den Paneuropa-Union-Gründer Graf Richard Coudenhove-Kalergi und den deutschen Staatsmann Konrad Adenauer bis zu Engelbert Dollfuß, den ehemaligen österreichischen Bundeskanzler, der 1934 von der SS ermordet wurde. Weil Kindermann, der die politische Entwicklung Österreichs in den 1930er-Jahren in zwei umfassenden Monographien („Hitlers Niederlage in Österreich“, 1984; „Österreich gegen Hitler“, 2003) nachgezeichnet hat, Dollfuß in erster Linie als Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime portraitiert, haben seine Thesen zum „Abwehrkampf gegen Hitler“ nicht nur Zuspruch gefunden, sondern stießen vereinzelt auch auf linke Kritik und Ablehnung.

Es widerspräche Gottfried-Karl Kindermanns Naturell, wenn er nach seinem 85. Geburtstag kürzer träte. Sein Terminkalender macht nach wie vor demjenigen eines Spitzendiplomaten Ehre und seine künftigen Forschungsreisen werden ihn und seine aus Taiwan stammende Ehefrau auch weiterhin in Regionen des Fernen Ostens führen, wo auch einschlägig bewanderte Kandida-

**Sein Blick war immer auch auf den FERNEN OSTEN gerichtet.**

Ein weiser Gelehrter, der **WEITERHIN**  
im Unruhestand ist.

ten bei Günther Jauchs „Wer wird Millionär?“ passen müssen.

Kindermann wird weiterhin lehren und forschen, als Organisator und Gastgeber internationaler Konferenzen fungieren und seine Ämter, u. a. als Lehrbereichsvertreter für Internationale Politik an der Hochschule für Politik München und 2. Vorsitzender der Gesellschaft für Außenpolitik, ausüben. Mit weiteren hochkarätigen Publikationen aus seiner Feder darf ebenfalls gerechnet werden. Eine Überarbeitung der „Grundelemente der Weltpolitik“ ist in Arbeit und auf dem „Reißbrett“ in Kindermanns akademischer „Werkstatt“ in München liegen bereits Entwürfe für diverse neue Untersuchungen ausgesuchter weltpolitischer Konstellationen.

Dafür wünschen wir ihm weiterhin Gesundheit, Kraft und viel Freude.



**/// PROF. DR. REINHARD  
MEIER-WALSER**

---

ist Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen sowie Chefredakteur der Politischen Studien, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Vorge stellt: Gert G. Wagner

## DIW UNTER NEUER LEITUNG

**CLAUDIA SCHLEMBACH** /// Prof. Dr. Gert G. Wagner ist seit 11. Februar 2011 der neue Vorsitzende des Vorstandes des Deutschen Instituts für Wirtschaftsförderung (DIW) in Berlin. Er folgt Klaus Zimmermann nach.

Gert G. Wagner ist kein Unbekannter. Seit 1989 leitet er die Längsschnittstudie Sozio-Oekonomisches Panel (SOEP) am DIW, dem größten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitut. Der Professor für Volkswirtschaftslehre an der TU Berlin bringt eine exzellente akademische Ausbildung mit: Zu seinen Stationen als Hochschullehrer zählen v. a. die Ruhr-Universität Bochum, die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt / Oder, die Cornell University sowie die American University Washington (D.C.). Daneben hat Prof. Wagner seinen Blick aber auch konsequent auf die

politischen Entwicklungen gerichtet. Davon zeugen unter anderem sein Vorsitz bei der Zensuskommission der Bundesregierung und des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten und die Mitgliedschaft in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“.

Seine Pläne für das DIW sind ambitioniert: „Wir werden das Institut konsequent an der internationalen Spitze orientieren und es zu einer Plattform für Vordenker ausbauen.“ Dabei sieht er die Aufgabe der Wissenschaft nicht darin, Konsens über politische Ziele herbei zu führen. Künftig werden also auch Empfehlungen aus dem DIW kommen, die nicht eindeutig sind, sondern aufgrund von unterschiedlichen Wertvorstellungen und Einschätzungen verschiedene Politik-Vorschläge auf Basis derselben Analyseergebnisse machen werden. Es soll also klar zwischen Empirie und Werturteilen getrennt werden. Wir dürfen gespannt sein, wie dem neuen Mann an der Spitze die Umsetzung dieses Anspruches gelingen wird.

„Wir wollen das DIW zu einer **PLATTFORM** für Vordenker ausbauen.“



Prof. Dr. Gert G. Wagner

## NACHGEFRAGT

### Was halten Sie von der Diskussion um das Ende des Wachstums?

Die Frage ist für mich falsch gestellt. Es geht nicht um das Ende von Wachstum, sondern darum, wie wir wachsen wollen.

### Was macht Sie ärgerlich?

Unehrllichkeit. Und ungerechtfertigte Arroganz.

### Was hat Erfolg mit Fleiß zu tun?

„Ohne Fleiß kein Preis.“ Aber zum Erfolg gehört auch Glück und Mentoren spielen dabei eine wichtige Rolle.

### Das DIW wird gerne als Eliteinstitut gekennzeichnet. Was ist für Sie Elite?

Elite kann heutzutage immer nur Leistungselite sein, wobei gelegentlich ein „elitärer“ familiärer Hintergrund hilft, um in die Leistungselite aufzusteigen.

### Sind Sie ein sparsamer Mensch?

Persönlich nein, aber als Familienvater und Institutschef ja. (Die Sparsamkeit äußert sich z. B. darin, dass Prof. Wagner direkt und nicht über sein Sekretariat bei uns angerufen hat.)

### Sollte sich die Mehrheit an den Starken oder den Schwachen ausrichten?

Die Orientierung muss eindeutig den Schwachen gehören, weil sie schutzbedürftig sind.

### Was verstehen Sie unter Führung?

Dass man bei schwierigen Problemen nach langen Diskussionen mit seinen Mitarbeitern eine überzeugende Lösung findet. Eine Führungskraft muss aber auch wissen, wo es gilt, zügig selbst zu entscheiden.

### Wie stehen Sie zum Thema Fachkräftemangel?

Den wird es geben. Deshalb brauchen wir Zuwanderung. Die ist aber unabhängig davon in einer alternden Gesellschaft ein belebendes Element.

### Wo verläuft bei Ihnen die Trennungslinie zwischen Wissenschaft und Politik?

Die Politik hat den Bürgerinnen und Bürgern Optionen aufzuzeigen und wem es gelingt, Mehrheiten zu finden, der kann sein Vorstellung umsetzen. Die Wissenschaft hilft der Politik, möglichst viele Optionen präsentieren zu können. Aber auch Wissenschaftler müssen sich – wie alle anderen auch – legitimen politischen Entscheidungen beugen. ///



### /// DR. CLAUDIA SCHLEMBACH

ist Referentin für Wirtschaft und Finanzen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Gerda Hasselfeldt übernimmt Vorsitz der CSU Landesgruppe

## WARUM NUN AUSGERECHNET EINE FRAU?

**ISABELLE KÜRSCHNER** /// Die Meldungen zur Wahl Gerda Hasselfeldts als neue Vorsitzende der CSU Landesgruppe zeigen: Frauen sind in der Politik leider immer noch keine Selbstverständlichkeit.

Zwar haben wir in Deutschland mittlerweile eine Bundeskanzlerin, ein Drittel Frauen im Kabinett und ebenso viele im Deutschen Bundestag. Damit ist das, was die Wissenschaft eine kritische Masse nennt, eigentlich erreicht. Doch während die Zahlen mittlerweile ein positives Bild vermitteln, scheint dies in den Köpfen bisher noch nicht angekommen zu sein. Das zeigt die Wahl von Gerda Hasselfeldt zur neuen Vorsitzenden der CSU Landesgruppe. „Eine Frau soll die CSU-Landesgruppe führen“, „Eine Frau folgt Friedrich“ und „Wenn die Buben sich matt setzen, kommt die Dame zum Zug“. So redet nicht etwa die gemeinhin als konservativ geltende ländliche Stammtischgemeinschaft. So schreiben es die großen Zeitungen am Tag nach Hasselfeldts Wahl. Für die Welt, die Süddeutsche Zeitung und den Focus scheint der Nachrichtenwert nicht in erster Linie darin zu liegen, dass der Vorsitz der Landesgruppe in Berlin neu besetzt wurde, sondern darin, dass es sich bei dieser Neubesetzung ausgerechnet um eine Frau handelt.

Und natürlich finden sie für dieses Phänomen auch sogleich Erklärungen. Ein Personalproblem hätte die CSU gehabt und schließlich bat man im Konkurrenzkampf der Männer, aus Angst vor einer Kampfabstimmung, Hasselfeldt darum, „im Notfall einzuspringen“, nachdem sie als Politikerin „schon fast in Vergessenheit geraten“ (Focus) war. Es handle sich deshalb offensichtlich um eine „Kompromisskandidatin“ (Welt).

Was hier auftritt ist ein typisches und in der Berichterstattung von Politikerinnen immer wieder zu beobachtendes Phänomen. Offensichtlich werden Frauen stets die besten Chancen eingeräumt, wenn entweder kein geeigneter (männlicher) Kandidat zur Verfügung steht oder aber gleich mehrere (männliche) Kandidaten um einen Posten streiten. Oder aber – und dieses Phänomen tritt in letzter Zeit besonders häufig zu Tage –, wenn eine Frau gebraucht wird. Das ist der Fall, wenn das politische Umfeld besonders deutliche Defizite bei der Weiblichkeit aufweist. Dieser Argu-



**Gerda Hasselfeldt**

„Mir geht es um die **SACHLICHE** Argumentation, aber auch um die deutliche Argumentation.“

mentation haben sich die Medien nun also auch bei Gerda Hasselfeldt wieder bedient. Während nicht auszuschließen ist, dass einer dieser Gründe, vielleicht sogar mehrere, die Wahl begünstigt haben, so gibt es jedoch weitaus wichtigere, die für sie sprechen: Hasselfeldt ist eine über die Parteigrenzen hinweg geachtete und geschätzte Politikerin, die in ihrer Arbeit stets als sehr ausgleichend und umgänglich empfunden wird. Das wird der bisher durch eher mäßige Harmonie aufgefallenen Bundesregierung sicher nicht schaden. CSU-Parteichef Seehofer, als dessen Wunschkandidatin sie gilt, beschreibt sie als „sehr erfahrene Politikerin, mit hoher Integrationskraft, die ein hohes Ansehen bei den Abgeordneten hat“. Und Hasselfeldt selbst machte nach ihrer Wahl deutlich, dass sie bei ihrer künftigen Arbeit auf „die sachliche Argumentation, aber auch auf die deutliche Argumentation“ Wert legen wird.

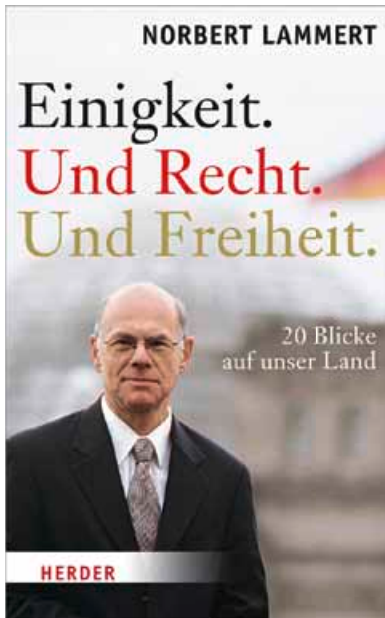
Auch das stand zugegebenermaßen in den Berichten von Welt, Süddeutscher und Focus. Aber leider erst am

Schluss. Die Journalisten hätten gut daran getan, diese wirklich wichtigen Qualitäten voranzustellen. Vielleicht wäre dann die Notwendigkeit des Verweises auf Hasselfeldts Geschlecht gar nicht mehr nötig gewesen.



**/// DR. ISABELLE KÜRSCHNER**

**ist Referentin für Arbeit, Soziales, Frauen, Familie und Senioren der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hans-Seidel-Stiftung, München.**



Lammert, Norbert: **Einigkeit. Und Recht. Und Freiheit. 20 Blicke auf unser Land.** Freiburg / Basel / Wien: Herder, 2010, 218 Seiten, € 17,95.

/// 20 Blicke auf unser Land

## WAS HÄLT UNSERE GESELLSCHAFT ZUSAMMEN?

Die Frage, was unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhält, lässt Norbert Lammert nicht los. Nach seinem breitgefächerten Sammelband zu diesem Thema von 2006 (vgl. Politische Studien 413) hat der zweite Mann im Staate nun eine Monographie mit 20 Blicken auf unser Land vorgelegt. Bereits ihr Titel deutet an, was der Bundestagspräsident für die alles umfassende, einigende Klammer unserer Gesellschaft hält: In der Einigkeit über die Leitprinzipien

Recht und Freiheit, im Konsens über den freiheitlichen Rechtsstaat und die ihm zugrundeliegende Werteordnung, liegt für ihn der eigentliche Kern der inneren Einheit Deutschlands. Diesen Grundgedanken entfaltet er anlässlich des 20. Geburtstages des wiedervereinten Deutschlands. Zugleich reflektieren die hier zusammengefassten Beiträge die politische Bedeutung herausragender Ereignisse der jüngeren (deutsch-)deutschen Geschichte.



Wer über Einigkeit und Recht und Freiheit nachdenkt, der tut gut daran, mit dem 3. Oktober 1990 zu beginnen, an dem diese Leitprinzipien für alle Deutschen Wirklichkeit geworden sind. So hält es auch Lammert, der hier das schöne Wort von den „einigenden Motiven von 1989/90“ (S. 11) prägt. An diese müsse heute wieder verstärkt erinnert werden, statt der gebetsmühlenartig vorgetragenen Klage über die (unbestreitbaren) Lasten der Wiedervereinigung. Unsere tagespolitischen Auseinandersetzungen um die Lösung noch ausstehender ökonomischer und sozialer Aufgaben, so Lammert, sollten den Blick auf diese Antriebskräfte der Wiedervereinigung nicht verstellen. Deshalb benennt er das, was die Menschen in Ostdeutschland im Jahr 1989 errungen haben, auch klar als „eine politische Revolution für das Recht und für die Freiheit“, die mit der verniedlichenden Bezeichnung „Wende“ nur unzureichend erfasst werde (S. 15).

Von der Friedlichen Revolution richtet sich Lammerts Blick zurück auf ein heute zunehmend in Vergessenheit geratendes Datum auf dem Weg zur Einheit, den 17. Juni 1953, als sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhob und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundete. Über die Unterzeichnung der Weimarer Reichsverfassung durch Friedrich Ebert am 11. August 1919 und das Scheitern dieser Republik, „der es erkennbar an Demokraten fehlte“ (S. 44), schweift er weiter zum Trauma der europäischen Zivilisation in Auschwitz. Die Erfahrung des Holocaust gehört für den Autor mit Recht zu „den ungeschriebenen Gründungsdokumenten der zweiten deutschen Demokratie“ (S. 54).

Mit der Konstituierung des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948 rückt dann erstmals Konrad Adenauer in Lammerts Blickfeld. Seine Bewunderung für den virtuos agierenden Gründungskanzler ist unübersehbar. Er feiert ihn als einen der visionären Baumeister des neuen Europa, als den Veränderer und Erneuerer, der in einer bis heute nicht hinreichend aufgearbeiteten Weise Modernisierung und Restauration miteinander zu verbinden gewusst habe. Seine so schwierige wie letztlich erfolgreiche Durchsetzung der Einführung der Marktwirtschaft, der Aufbau einer Armee und die Integration in den Westen sind für Lammert grandiose Dokumente des Erfolgs demokratisch gestalteter Politik. Auch dafür, dass Adenauer das Ziel der Wiedervereinigung nie aus den Augen ließ, ohne jemals in Versuchung zu geraten, „die Einheit um den Preis der Freiheit zu realisieren“ (S. 77), gilt ihm die uneingeschränkte Sympathie des Bundestagspräsidenten.

Auf den anschließenden Seiten begegnen dem Leser eine demokratische Liebeserklärung an den Bundestag als zentralem Ort politischer Entscheidungsfindung, eine Auseinandersetzung mit der Frage nach der Sinnhaftigkeit von Plebisziten und ein erfrischend selbstironisches Kapitel zum Selbstbild der deutschen Parlamentarier. Es folgen vier Kapitel über das Verhältnis von Politik zu Medien, Religion, Wissenschaft und Kultur. Hier treffen vor allem die Gedanken zu „Politik und Religion“ in das Zentrum der aktuellen Debatten, geht es doch um die Frage nach den normativen Voraussetzungen unserer demokratischen Verfassungsordnung. Lammerts Befund ist eindeutig: Religion ist ihm eine wesentliche, unverzicht-

bare Quelle von Werten und Überzeugungen in einer Gesellschaft, die über die eigene Person hinaus Geltung beanspruchten. Dies führe die Religion unvermeidlich in die Nähe von Politik, denn diese Unverzichtbarkeit verbindlicher Orientierungen müsse auch und gerade für die Politik gelten. Beiden gemeinsam sei der „Versuch der Domestizierung von Gewalt“ (S. 130), auch wenn sie sich darin fundamental unterschieden, dass Politik von Interessen handle, Religion hingegen Wahrheiten und Ansprüche definiere. Dies führt Lammert zu seiner zentralen These: „Demokratie ist nur bei deutlicher Trennung von Politik und Religion möglich und setzt zugleich religiös begründete Orientierungen voraus, ohne die es diese Trennung nicht gäbe.“ (S. 132) Deshalb liege die Vermittlung derjenigen Denktraditionen, Sinnerfahrungen und Verhaltensmuster, die auf den christlichen Glauben zurückgehen, nicht nur im Interesse der Religion, sondern sie sei Voraussetzung für die Vitalität unserer Demokratie.

Nach weiteren Blicken auf das aktuelle Problem der „Politisierung der wissenschaftlichen Politikberatung“ (S. 137), den besorgniserregenden Zustand der kulturellen Bildung in unserem Land und das Spannungsverhältnis von Kapitalismus und Demokratie stellt sich Lammert in seinem Kapitel über den Umgang der Politik mit dem Terrorismus der spannenden Frage: „Wie stark ist die Freiheit?“ (S. 163) Die Zielgerade seines Buches betritt er schließlich mit einem Beitrag über Deutschlands Verhältnis zu Frankreich, Polen und Israel, in dem er eindrucksvoll herausstellt, dass Grenzen, Feindbilder und Vorbehalte überwunden werden können. Sein vorletzter Blick gilt dem „fröhlichen Pa-

triotismus“ (S. 193) des deutschen Fußballsommermärchens von 2006, ehe er seinen zwanzigsten Blick in einem luziden Beitrag über die Zukunft der Europäischen Union nach dem Vertrag von Lissabon nach vorne richtet. Dass er sein Buch mit den Worten „selbstbewusster Bürger“ (S. 214) ausklingen lässt, dürfte dabei kaum dem redaktionellen Zufall geschuldet sein.

In der Summe ist der Band das lesenswerte Bekenntnis eines begeisterten Demokraten zu den Leitprinzipien Recht und Freiheit. Mit jedem Wort erweist sich der Bundestagspräsident als einer, der den Gehalt und den Sinn des Grundgesetzes verstanden hat und es verteidigt. Zugleich wird deutlich, dass es für den Autor nicht allein die Verfassung ist, die das politische und soziale Leben unseres Landes bestimmt. Für den studierten Sozialwissenschaftler haben historische Entwicklungen, religiöse und kulturelle Bindungen, wirtschaftliche Strukturen und technische Innovationen einen ebenso erheblichen Einfluss auf die tatsächlichen Verhältnisse und mögliche Veränderungen. Es ist anregend, mit Lammerts Augen auf unser Land zu blicken. ///

**PHILIPP W. HILDMANN**

**Mayer, Tilman (Hrsg.): 20 Jahre Deutsche Einheit. Erfolge, Ambivalenzen, Probleme (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, (Band 97). Berlin: Duncker & Humblot 2010, 270 Seiten, € 28.00.**



Der zwanzigste Jahrestag der Wiedervereinigung brachte im Jahr 2010 eine Fülle von Veranstaltungen und Publikationen mit sich. Dass die Gesellschaft für Deutschlandforschung dieses Jubiläum nicht unbeachtet lassen konnte, versteht sich von selbst. Diese renommierte Vereinigung führte im Februar 2010 eine Jahrestagung zu diesem Thema durch. Tilman Mayer, der Vorsitzende der Gesellschaft, schaffte das Kunststück, noch im selben Jahr den gedruckten Tagungsband vorzulegen – was nicht jeder wissenschaftlichen Einrichtung so rasch gelingt.

Auch wenn Tagungsbände immer thematische Lücken offen lassen müssen, so darf diesem Band bestätigt werden, dass er nicht nur dem Thema gerecht wird, sondern dass sich auch dessen Lektüre durchaus lohnt. Nach der Einleitung des Herausgebers und zweier Grußworte durch die Bundeskanzlerin und den Bundesinnenminister bietet das erste Kapitel einen Leckerbissen für Historiker: Michael Stürmer und Hans-Peter Schwarz betrachten die Rolle Bismarcks bei der Reichsgründung und vergleichen sie (explizit vor allem bei Schwarz) mit Helmut Kohl und dem Prozess der Wiedervereinigung 1989/90. Das zweite Kapitel vereinigt vier sehr lesenswerte Beiträge von Joachim Scholtyseck, Brigitte

Seebacher, Christian Hacke und Armin Mitter über die Haltung der Nachbarn und Verbündeten zur Wiedervereinigung und die Einbindung dieses Prozesses in die Strukturen der internationalen Politik.

Im dritten Kapitel beleuchten Andreas Rödder, Ilko-Sascha Kowalczyk, Reinhard Müller und Hans-Georg Wieck die Verhandlungsstrategien der Akteure auf dem Weg zur Einheit und insbesondere beim Einigungsvertrag sowie dem Zwei-plus-vier-Vertrag. Thematisch etwas weniger stringent, aber nichtsdestoweniger interessant sind die Beiträge des vierten Kapitels, in denen Eckhard Jesse die Haltung von Parteien, Publizistik und Wissenschaft zur deutschen Einheit in den 80er-Jahren bewertet, Ehrhart Neubert Versäumnisse und Möglichkeiten des Umgangs mit der SED-Diktatur darlegt und Barbara Zehnpfennig zentrale Strukturen der kommunistischen Ideologie aufzeigt. Das letzte Kapitel bietet vier Beiträge, in denen eine Bilanz des Vereinigungsprozesses nach zwanzig Jahren gezogen wird und zwar in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung (Karl-Heinz Paqué), die demographische Entwicklung (Günther Heydemann), die „Stasi-Unterlagen-Behörde“ BStU (Lars Normann) sowie die Bildungspolitik (Dieter Schulz). Leider fehlen eine Gesamtbibliographie sowie ein Sachregister.

Insgesamt ist der Band nicht nur eine würdige Dokumentation einer interessanten Tagung, sondern auch ein wichtiger Beitrag zum Jubiläumsjahr. Viele der Artikel darin werden auch in einigen Jahren noch eine nutzbringende Lektüre sein. Nirgendwo hat sich Jubelpathos eingeschlichen, sondern es dominiert ein sachlicher, kritischer Stil, der dennoch keinen Zweifel daran lässt, dass

die Autoren die Wiedervereinigung als Erfolgsgeschichte sehen.

GERHARD HIRSCHER

**Lemke, Christiane: Richtungswechsel. Reformpolitik der Obama-Administration.**  
Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011,  
173 Seiten, € 24,95.



Wenn Politiker in schöner Regelmäßigkeit Zwischenbilanz ziehen, so verfolgen sie damit für gewöhnlich primär eine interessengeleitete Legitimierungsstrategie, indem sie um Unterstützung beim Wähler werben. Die Reflexion über Politik folgt einer anderen Logik. Mit Blick auf die Reformpolitik der Obama-Administration hat die Politikwissenschaftlerin Christiane Lemke nun aus wissenschaftlicher Perspektive Zwischenbilanz gezogen – reichlich früh, denn der Betrachtungszeitraum endet noch vor den „mid term elections“ im November 2010, die den Demokraten den Verlust der Mehrheit im Repräsentantenhaus einbrachten und damit die machtpolitische Konstellation in Washington, DC zu Ungunsten von Obamas Demokraten veränderten. Angesichts des frühen Zeitpunkts ist zunächst Skepsis geboten, ob die Autorin ihr Erkenntnisziel erreichen kann: Lemke möchte klären, ob der angekündigte politische Richtungswechsel Barack Obamas nur das Produkt einer versierten „Rhetorik des Wandels“ (S. 7) ist oder ob substantielle Veränderungen zu erkennen sind.

Nach der Lektüre des Buches kann man dem ambitionierten Unterfangen der Autorin Erfolg bescheinigen. Sie leistet einen Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion der Reforminitiativen Obamas, der sich nicht in oberflächlicher Addition von Fakten erschöpft. Die mit rund 120 Textseiten sehr konzise Studie, die auf Forschungsaufenthalten in den USA basiert, ist übersichtlich und sinnvoll strukturiert. Nach der Einleitung erfolgt zunächst ein Rückblick auf die US-Wahl 2008, um die Wurzeln der Reformagenda freizulegen. Danach werden in fünf Policy-Kapiteln die Reforminitiativen auf den wichtigsten Feldern – Wirtschaft, Gesundheitswesen, Energie / Umwelt, Bildung sowie Außenpolitik – durchleuchtet und abschließend summarisch bilanziert. Die kompakte Abhandlung der Themen ermöglicht dem Leser einen informativen Gesamtüberblick, was den Wert der Publikation begründet.

Die aus Hannover stammende Professorin, die derzeit an der New York University lehrt, führt aus, dass Obama bereits in seiner historischen Wahlkampagne einen markanten Richtungswechsel vollzogen hat, indem er sich im Unterschied zu früheren afro-amerikanischen Bewerbern erfolgreich als „erster Kandidat einer post-rassistischen Politik“ (S. 17) positionieren konnte. Jedoch erscheint ihre Prognose verfrüht, dass aus dem von Demoskopern konstatierten gesellschaftlichen Wertewandel hin zu liberaleren Einstellungen ein struktureller elektoraler Vorteil für die Demokraten erwachsen wird. Die Zwischenwahlen deuten mit den Erfolgen von Kandidaten der Tea Party-Bewegung – in deren fiskal- und wertkonservativen Forderungen viele enttäuschte Republikaner sich wiederfinden – jedenfalls auf eine weitere Polarisierung

des gesellschaftlichen Klimas in den USA hin und haben nicht zur Konsolidierung einer vermeintlichen „neuen Mehrheit“ der Demokraten beigetragen.

Bei der Analyse der einzelnen Politikfelder kann Lemke die unterschiedliche Intensität der bereits umgesetzten Reformschritte herausarbeiten. Als Eckstein des Richtungswechsels identifiziert sie die im März 2010 im Kongress nach langem Tauziehen durchgesetzte Gesundheitsreform. Obamas Umverteilungspläne zugunsten marginalisierter Gruppen werden nach Meinung der Autorin von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet, weswegen die Sozialismus-Vorwürfe der Republikaner und der Protest von Ärztenverbänden letztlich nicht verfangen. Einen Richtungswechsel sieht Lemke auch in der Energie- und Umweltpolitik, wo die Obama-Administration als Konsequenz aus der verheerenden Wirtschaftskrise fiskalische Anreize zur Förderung grüner Technologien gesetzt hat. Statt Deregulierung soll nun auch hier eine aktive, gestaltende Rolle des Bundesstaates angestrebt werden, wie sie schon in der Kontrolle der Finanzdienste realisiert werden konnte – wenngleich wiederum gegen den Willen der Opposition.

Im Bereich der Forschungspolitik führte die Aufhebung des Verbots der Stammzellenforschung zwar zu erbittertem Widerstand von religiös-konservativen Kräften, fand jedoch vereinzelt auch Zustimmung bei liberalen Republikanern wie etwa Arnold Schwarzenegger. In der Außenpolitik schließlich attestiert die Professorin einen pragmatischen, von Kooperationsbereitschaft und Multilateralismus geprägten Kurs, wie ihn Obama in der Kairoer Rede an die muslimisch-arabische Welt programmatisch skizziert hat. Die wachsende Skepsis ge-

genüber der militärisch dominierten „peace through strength-Ideologie“ korrespondiert mit der positiven Haltung der US-Bevölkerung zur Irak-Abzugsankündigung. Für eine fundierte abschließende Bewertung sei es jedoch noch zu früh, merkt Lemke korrekt an. Insofern hätte es trotz der gehaltvollen Analyse nicht geschadet, wenn sie ihre Zwischenbilanz zu einem etwas späteren Zeitpunkt vorgelegt hätte, um zumindest die ersten Entwicklungen unter den verschärften gouvernementalen Bedingungen nach den Zwischenwahlen abzuwarten. Dass Obamas politischer Richtungswechsel jedoch durchaus substanzieller Natur und nicht bloß rhetorische Fassade ist, konnte in der Analyse bereits geklärt werden.

ULRICH HEISTERKAMP



**Michelis, Daniel / Schildhauer, Thomas (Hrsg.): Social Media-Handbuch: Theorien, Methoden, Modelle. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2010, 327 Seiten, € 29,00.**

„Mit uns täglich neue Follower gewinnen. Folgen Sie mir – ich folge zurück. Follow me – I follow back.“ Wer im vorliegenden Sammelband derartige Versprechen in einer „Twitter-üblichen“ Marketingsprache sucht, wird dies vergeblich tun. Seit das Internet als Web 2.0 für Furore sorgt und „sozial“ geworden ist, soziale Rückkopplungen und sichtbar gemachte Beziehungen immer wichtiger werden, wächst auch das Angebot an Literatur zum Thema Social

Media-Marketing, Follower und Friends sind die Kunden von morgen und damit ökonomisch relevant. Während also Marketing-Experten das Thema zunehmend inhaltlich besetzen, erscheint das Begriffspaar Wissenschaft und Social Media wohl vielen noch fremd. Manch kritischer Geist mag die sozialen Netzwerke lieber als Tummelplatz computeraffiner Freaks oder als marktschreierisch angepriesenes technisches Spielzeug betrachten. Obwohl oder gerade weil Michelis und Schildhauer praxisnahe E-Business-, Marketing- und IT-Erfahrung auf der einen Seite sowie Hochschullehre auf der anderen Seite in persona vereinen, überbrücken sie die scheinbare Entfernung zur Wissenschaft klug und legen einen Sammelband vor, der auch für Kommunikations- und Wirtschaftswissenschaftler zum grundlegenden Kompendium taugt. Sie zeigen, dass es auch für Social Media übergeordnete Ansätze, Theorien und Modelle gibt.

Grundsätzlich leiden Veröffentlichungen zu Internetthemen immer unter einem inhärenten Konstruktionsfehler: Kaum ist die Druckerschwärze trocken, ist der Inhalt schon teilweise überholt. Wer das neue Gesicht von Twitter kennen lernen will oder die neuesten Sicherheitseinstellungen von Facebook, wird im Zweifelsfalle im Netz selbst aktueller und auch besser bedient. Dabei bleibt die prinzipielle Frage, ob sich eine digitale Avantgarde überhaupt noch Bücher aus Papier in den Schrank stellt, gänzlich unbeantwortet. Es scheint, als wüssten die Autoren zumindest um die Aktualitätsproblematik. Sie schreiben im Vorwort: „Wir dürfen uns nicht an einzelnen Phänomenen orientieren, sondern müssen die allgemeinen Trends und grundsätzlichen Zusammenhänge

suchen.“ (S. 7) und enden in ihrem Fazit mit einer wissenschaftstheoretischen Selbstverständlichkeit: „Insbesondere vor dem Hintergrund dieser dynamischen Entwicklung [des Internets] müssen die dargestellten Modelle fortlaufend justiert und angepasst werden.“ (S. 323).

Wer sich also die theoretischen Grundlagen von Social Media trotz einer besonderen Dynamik des Forschungsgegenstands kompakt, verständlich, fundiert und in Papierform aneignen will, dem sei die Anschaffung dieses Sammelbandes empfohlen. Die Gliederung ist klar. Das Buch besteht aus zwei Teilen. Im theoretischen Teil (Kapitel 1 bis 14) werden ausgewählte Werke von in der Szene bekannten Netzjournalisten, -ökonomen und -wissenschaftlern (u. a. Jeff Jarvis, Don Tapscott, Lawrence Lessig) in Form von Zusammenfassungen dargestellt. Die Akteure, Kernsätze und Beispiele sind durchgängig optisch als umrahmter Text aufbereitet, ergänzt durch graphische Darstellungen von Modellen, allerdings durchgängig in schwarz-weiß. Wer gar „screenshots“ sucht, wird kaum fündig. Damit entgeht man in gewisser Weise auch der angesprochenen „Aktualitätsfalle“.

Im anschließenden Anwendungsteil (Kapitel 15 bis 21) werden Fallbeispiele dargestellt, in denen die zuvor vorgestellten Theorien, Methoden und Modelle anschaulich gemacht werden. Für politische Entscheidungsträger mag exemplarisch Kapitel 6 „Die Weisheit der Vielen“, ein Konzept, das auf James Surowiecki zurück geht, empfohlen sein. Dieses Konzept, das häufig auch mit dem Begriff der „kollektiven Intelligenz“ synonym verwendet wird, ist ein charakteristisches Phänomen von Social Media und

meint, dass die Kumulation von Informationen in Gruppen zu gemeinsamen Gruppenentscheidungen führen, die oft besser sind als Lösungsansätze einzelner Teilnehmer. Das Kapitel endet mit kurzen, aber lesenswerten demokratierelevanten Betrachtungen (S. 101 f.). Im Praxisteil mag das Kapitel 16 (Tipping Point: „Anwendungsfall Mil Santos“, S. 236-242) dem politisch interessierten Leser zeigen, dass nicht nur Barack Obama Facebook, Twitter und Co. zu seinen Gunsten genutzt hat. So wird der Präsidentschaftswahlkampf von Antanas Mockus in Kolumbien analysiert, ein Wahlkampf, der sehr eng mit einem billig produzierten YouTube-Video des bis dahin unbekanntes Sängers Mil Santos, das sich binnen kürzester Zeit zum landesweit bekannten Wahlkampfsong entwickelte, verknüpft ist. Dieser Fall „Mil Santos“ belegt die Theorie des „Tipping Point“ und betrachtet sogenannte „soziale Epidemien“ oder wie Malcolm Gladwell im Jahr 2000 schrieb: „The Tipping Point – How Little Things Can Make a Big Difference“.

KARL HEINZ KEIL

**Bauman, Zygmunt: Leben  
als Konsum. Hamburg: Ham-  
burger Edition, 2009, 203  
Seiten, € 15,00.**



Mit seinem Werk „Leben als Konsum“ hat sich der Autor Zygmunt Bauman, einer der weitsichtigsten Denker und

Sozialwissenschaftler unserer Tage, des Themas Konsum angenommen und zeigt eindrucksvoll, dass Konsumieren nicht nur unser alltägliches Leben bestimmt, sondern geradezu zum Mittelpunkt unserer Gesellschaft geworden ist.

Eine zentrale These des Buches ist, dass der Mensch sich außer als Konsument heute auch als Konsumgut definiert. Vom fast zwanghaften Verfolgen aktueller Modetrends über das von der Konsumgüterindustrie diktierte Kaufverhalten bis hin zur Selbstdarstellung und Vermarktung auf Social Media-Plattformen ist man selbst zur Ware geworden. Eine Ware, die immer wieder aufs Neue beworben werden muss, bewertet wird, und dann je nach erfolgter Beurteilung weiter konsumiert wird, in Form von Aufmerksamkeit – der neuen Währung des Social Webs –, als Beziehungspartner oder durch Nutzung als Arbeitskraft. All diese per Selbstvermarktung initiierten gesellschaftlichen Interaktionen sieht Bauman als Konsum, den gesellschaftlichen Menschen als Produkt. Eine sicherlich drastische Sichtweise, die der linke Soziologe jedoch mit größtenteils nachvollziehbarer Argumentation zumindest im Kern zu unterfüttern weiß, auch wenn sich hier und da einige Verhaltensinterpretationen eingeschlichen haben, die doch eher an „Küchentisch-Psychologie“ gemahnen.

Der Autor gibt sich große Mühe, den gesellschaftlichen Wandel von der Produktions- zur Konsumgesellschaft zu skizzieren, ein Paradigmenwechsel, der ganzheitlich und damit auch auf politischer Ebene bedeutsam ist. So sieht Bauman den Bürger nicht mehr primär als einen Produktionsfaktor des Staates in Form der Arbeitskraft, sondern als Kon-

sumenten staatlicher Leistungen und gleichermaßen als Konsumgut von gesellschaftlichem und staatlichem Nutzen. Die Tiefe, in der diese Denkweise das gesamte Gesellschaftssystem bis in die Politik hinein durchdringt, zeigt schon der Sprachduktus der jüngsten Einwanderungsdebatte, in der von „Bedarf“ an ausländischen Arbeitskräften in bestimmten Bereichen die Rede ist (oder dem „nicht brauchen“ in anderen). Die nüchterne Nutzenabwägung eines Gebrauchsguts.

Das alldurchdringende Konsumieren um seiner selbst willen, das „ich kaufe, also bin ich“, bezeichnet Bauman mit dem Begriff „Konsumismus“. Für ihn ist es die zentrale und identitätsstiftende Geisteshaltung unserer Zeit. Und jegliche, in letzter Zeit diskutierten Auswüchse der Massengesellschaft sowie deren negative Folgen wie Zerfall traditioneller Familienstrukturen, gesellschaftliche Spaltung und Ausgrenzung, Werteverfall oder übersteigerter Selbstbereicherungstrieb dienen ihm als Beispiele für die Auswirkungen des neuen Konsumverhaltens. Fast alles wird kausal der Umbildung der Gesellschaft zum „Konsumismus“ angelastet. Die Konsequenzen werden zum Teil sehr pessimistisch, ja fast wehleidig beklagt: Dass Menschen ihresgleichen nur noch als Konsumgut betrachten, ist immer noch stark überspitzt. Dass soziale Fähigkeiten durch die Konsummentalität abhandenkommen, ist pauschalisierend formuliert und zu undifferenziert betrachtet. Dass schließlich gar die Armen gesellschaftlich „nicht gebraucht“ würden und daher ob ihres mangelnden Konsums „nicht erwünscht“ seien, ist aber arg provokant und gottlob fern

der heutigen Realität. An manchen Stellen lässt Bauman durchaus ein etwas gehobeneres Maß an soziologischer Abstraktion vermissen. Auch tendiert er stark zu einem verschwörungstheoretischen Erklärungsmodell: Ominöse Mächte, die die Bevölkerung mit finsternen Machenschaften zum Konsum zwingen, sind zum einen nicht neu und zum anderen eine doch zu bequeme Erklärung.

So sind Baumans Überlegungen im Ganzen auch keine spektakuläre Neuerkenntnis. Aber diesen Anspruch erhebt der Autor auch zu keiner Zeit. Vielmehr schließt er sich mit seinem Werk an laufende Diskussionen an und verweist auch auf diese. Auch wenn die Argumentation vereinzelt etwas brüchig wirkt und manches doch stark vereinfacht oder schwarz-weiß gemalt wird, gelingt es Bauman dennoch, einen Text zu produzieren, der bei vergleichsweise guter Lesbarkeit zum Nachdenken anregt und wichtige gesellschaftliche Themen zu verdichten weiß. „Leben als Konsum“ ist gewiss kein Buch für zwischendurch, dass sich an einem Abend schnell mal konsumieren lässt. Es setzt auch ein gewisses Interesse für soziologische Themen sowie ein Grundverständnis soziologischer Theorien und Begrifflichkeiten voraus, ist darüber hinaus aber sehr gut verständlich und durchaus unterhaltsam.

SEBASTIAN BÜHLER



Luft Stefan/ Schimany, Peter  
(Hrsg.): **Integration von  
Zuwanderern, Erfahrungen,  
Konzepte, Perspektiven.**  
Bielefeld: transcript Verlag,  
2010, 360 Seiten, € 29,80.



Der vorliegende Band ist eine aktuelle und kenntnisreiche Schilderung der Zuwanderungsproblematik in Deutschland. Durchwegs am Thema und an einer Problemlösung orientiert, liefern die zehn facettenreichen Aufsätze vielschichtige und empirisch fundierte Einsichten. In der Zusammenschau machen die Beiträge des Bandes vor allem eines deutlich: Die Problematik der Integration von Zuwanderern sollte eingereicht werden in die allgemeine Diskussion um die Möglichkeit von Gerechtigkeit in der modernen Marktgesellschaft. Die Chancen gerechter Lebensverhältnisse hängen in der modernen Marktgesellschaft wesentlich davon ab, einen Zugang zum System der Ökonomie zu haben. Eine Integration in den Arbeitsmarkt stellt die entscheidende Voraussetzung dafür dar, an den Lebensführungsmöglichkeiten der heutigen Gesellschaft teilzuhaben. Dass es in diesem Sinne um die Voraussetzungen selbst bestimmten Handelns geht, auch für die Zuwanderer in unsere Gesellschaft, ist auch die Grundüberzeugung des Sammelbandes, wie die Herausgeber in ihrem einführenden Essay deutlich machen.

Das Grundproblem einer umfassenden gesellschaftlichen Integration ist dabei die Tatsache, dass das System der Ökonomie aufgrund seiner ihm eigenen Operationalität der Gewinnmaximie-

rung nicht schon von sich aus dafür sorgt, dass jedem Gesellschaftsmitglied ein Zugang zum Arbeitsmarkt verschafft wird. Einen solchen zu gewährleisten oder angemessene Ausfallsicherungen zu etablieren, macht staatliches Handeln und entsprechende Regulierungen unerlässlich. Dass die Integration in den Arbeitsmarkt das eigentliche Problem ist, das vor allem aufgrund sprachlicher Defizite und nicht passender Bildung in sehr verstärktem Maße für Zuwanderer gilt, wird aus fast allen Beiträgen des Bandes ersichtlich. Zahlen belegen den Tatbestand eindeutig und so heißt es auch schlüssig in dem Aufsatz „Zuwanderung und Arbeitsmarkt: Integration von Migranten in Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt“ von Andrea Brück-Klingberg et al.: „Eine erfolgreiche Integration von Migranten in den deutschen Arbeitsmarkt bildet die Grundlage einer dauerhaften gesellschaftlichen Integration. Sie dient der Sicherung des eigenen Lebensunterhalts und der Teilhabe an vielen gesellschaftlichen Aspekten des Lebens in der Aufnahmegesellschaft. Gleichzeitig erhöht eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration die Akzeptanz von Migranten bei der einheimischen Bevölkerung.“

Obgleich im Ansatz sympathisch erweisen sich, wie wir in den Beiträgen von Ruud Koopmans, Tatiana Lima Curvello und Matthias Kötter nachlesen können, gerade auch vor diesem Hintergrund die Konzepte des Multikulturalismus, der interkulturellen Öffnung und der rechtlich völlig offenen, ungeordneten sozialen oder kulturellen Pluralität als wenig effektiv. Auch Hartmut Essers Abhandlung „Integration und ‚Multikulturalität‘“ zeigt, dass eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration an den „Arbeitsmarkterfolg“ gebunden ist und

„kulturübergreifende Kompetenzen“ wie sie Menschen mit Migrationshintergrund häufig aufweisen in dieser Hinsicht kaum von Vorteil sind. Nicht einmal das staatliche Rechtsinstrument des Erwerbs deutscher Staatsbürgerschaft, durch das in den 1990er-Jahren eine Einbürgerung von Zuwanderern erleichtert wurde, scheint (zumindest in der aktuellen Rechtsform) der Beförderung von Integration unmittelbar dienlich zu sein, wie Stefan Luft in seiner Analyse „Einbürgerung als Instrument der politischen Integration“ ausführt.

Einen anderen Blickwinkel nimmt Hans Dietrich von Loeffelholz ein. Er fragt in seinem Aufsatz „Migration und demographischer Wandel aus ökonomischer Perspektive“, welchen Beitrag Zuwanderer zur bundesrepublikanischen Volkswirtschaft leisten können. Durch die in den letzten Jahren erfolgte Öffnung des Arbeitsmarktes für hochqualifizierte Arbeitnehmer hofft die Bundesregierung auf langfristig positive Effekte. Wie Loeffelholz verdeutlicht, kann der Beitrag von Zuwanderern zur Bewältigung des wirtschaftlichen und demographischen Wandels in der Bundesrepublik jedoch nur gering ausfallen, so dass einer „Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Jüngeren, Frauen und Älteren und ansässigen Migranten“ vorrangige Bedeutung zugemessen werden muss.

Stephan Articus und Christian Meyer erörtern in ihren Beiträgen „Herausforderungen kommunaler Integrationspolitik und soziale, ethnische und demographische Segregation in Nordrhein-Westfalen“, dass Städten aufgrund ihrer konkreten Betroffenheit für die Integrationspolitik von Zuwanderern eine herausragende Bedeutung zukommt. Sowohl die in den Städten sich verfestigende räumliche Segregation als auch das

Auftreten jugendlicher Gewaltbereitschaft, deren Ursprüngen Haci Halil Us-lucan in seiner Untersuchung „Jugendliche Gewalt und familiäre Erziehung in interkulturellen Kontexten“ nachgegangen ist, zeigen, dass die Problematik der Integration von Zuwanderern zumeist eng an die Problematik sozialer Segregation gebunden ist. Mit anderen Worten: Die Situation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland macht stellvertretend für alle Gesellschaftsmitglieder deutlich, dass eine umfassende gesellschaftliche Integration (im Sinne der Gerechtigkeit) wesentlich von der Integration in das System der Ökonomie abhängt. Im Umkehrschluss müssen nicht nur für Zuwanderer, aber gerade für sie, Arbeitslosigkeit und die heutige Ausgestaltung staatlicher Unterstützungsleistungen als die entscheidenden Faktoren für soziale Unterprivilegierung und Marginalisierung gelten.

INGA FUCHS-GOLDSCHMIDT



**Wicke, Lutz / Schellnhuber, Hans J. / Klingefeld, Daniel (Hrsg.): Die 2°max-Klimastrategie Ein Memorandum. Berlin: LIT Verlag, 2010, 48 Seiten, € 19,90.**



**Welzer, Harald / Soeffner Hans-Georg / Giesecke, Dana (Hrsg.): Klimakulturen . Soziale Wirklichkeit im Klimawandel. Frankfurt / New York: Campus Verlag, 2010, 304 Seiten, € 29,90.**

Das globale Klimaziel ist, die Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius zu beschränken. Dies wurde auf dem

Klimagipfel im mexikanischen Cancún allseits bekräftigt und wird nun, nach der herben Enttäuschung von Kopenhagen, immerhin als kleiner Fortschritt bewertet. Im Memorandum, das vor Cancún erschien, beschreiben renommierte Wissenschaftler kurz und knapp, was ihrer Meinung nach dringend zu tun ist, um das Zwei-Grad-Limit tatsächlich einhalten zu können.

Bei einem so kostenaufwändigen Umweltproblem ist das gängige Instrument der Selbstverpflichtung gänzlich ungeeignet. Es gehört nach Ansicht der Autoren zu den „Konstruktionsfehlern“, die die Klimaverhandlungen in eine Sackgasse führen (S. 5). Eine Klimastrategie, so die Botschaft des Memorandums, muss vielmehr weltweit greifen und auf klar definierte Politikinstrumente setzen. Sie sollte gerecht und effektiv sein, die unterschiedlichen Interessen von z. B. Industrie- und Entwicklungsländern berücksichtigen und ökonomisch attraktive Marktanreize bieten.

Die Autoren setzen auf den Budgetansatz des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU). Dieser Ansatz könnte so aussehen: Die Länder einigen sich auf eine Obergrenze (peak), d. h. auf eine Höchstmenge an CO<sub>2</sub>, die in einem bestimmten Zeitraum weltweit jährlich emittiert werden darf, und teilen diese gleichmäßig pro Kopf auf. So erhält jeder Mensch die gleichen Emissionsrechte („Klimazertifikate“). Ein Emissionshandelssystem sorgt für einen weltweiten Wettbewerb um den besten Klimaschutz. Etwaige Turbulenzen in der Weltwirtschaft werden durch Teilregulierungen und die Festlegung des Transferpreises vermieden. Zusätzlich zum Transfermarkt zwischen den Ländern stellen sich die Autoren auch einen

Transfermarkt mit „Brennstoffzertifikaten“ vor, die für Unternehmen gelten, und zwar für Produzenten und Importeure fossiler, kohlenstoffhaltiger Brennstoffe.

Dass die Zeit nun drängt, aktiv zu werden, bevor so genannte Klimakippunkte erreicht werden, soll hier nicht wiederholt werden. In dem Büchlein haben die Autoren durchgespielt, wie eine Klimastrategie als globales, politisches Ziel implementiert werden könnte. Seien wir also gespannt, welche Fortschritte Cancún nun tatsächlich bis zum nächsten Gipfel in Durban (Südafrika) bringen wird.

---

Bereits in seinem Buch „Klimakriege“ von 2008 hat sich Harald Welzer mit der Frage beschäftigt, was der Klimawandel für das menschliche Zusammenleben bedeutet. Die Folgen des Klimawandels, wie Bodendegradation, Überschwemmungen, Trinkwassermangel, Stürme etc. würden zu Migrationswellen und einem Kampf um knapper werdende Ressourcen führen. Bereits vorhandene Konflikte, Asymmetrien, Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten würden verschärft, wie der Sozialpsychologe warnt.

Auch in dem nun vorliegenden Buch „Klimakulturen“ beschäftigen sich zahlreiche Kulturwissenschaftler mit den sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Dimensionen des Klimawandels. Die Herausgeber gehen dabei mit den Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften kritisch ins Gericht. In einem „selbstzufriedenen Intellektualismus“ (S. 14) haben diese sich selbst aus den Bereich der „gesellschaftlichen Problemlagen“ (S. 14) heraus manövriert und auch das Feld des Klimawandels

den Natur- und Technikwissenschaften überlassen, so der Vorwurf. Dabei ist der Klimawandel ein kulturelles Phänomen: „Seine Entstehung und seine Auswirkungen sind zuerst in kultureller Hinsicht relevant“ (Heilbrink, S. 54).

Wir haben nicht nur die Natur- in eine Kulturlandschaft umgestaltet, wir sind darüber hinaus zu einer „geologischen Kraft“ geworden, die grundlegende physikalische Prozesse der Erde verändert (Chakrabarty, S. 280). Wollen wir überleben, muss uns nun der Umbau in Klimagesellschaften gelingen, so die Botschaft des Buches. Der Klimawandel, das ist auch ein Kulturwandel. Die Problemlösung liegt daher nicht allein bei den Natur- und Technikwissenschaften, sondern auch in der Ausleuchtung sozialer Dimensionen wie Wahrnehmung und Deutung, Orientierungs- und Verhaltensmuster, Beharrung und Gruppendynamik, Werterhaltungen und Normen. So, schreibt Andreas Ernst (S. 137), werde ständig überschätzt, wie viel wir von unserem Verhalten eigenständig entscheiden. Tatsächlich werde unser Verhalten jedoch sehr stark von unserer materiellen, sozialen und institutionellen Umgebung beeinflusst. Appelle an Verhaltensänderungen blieben also wirkungslos, solange sich die Kontexte nicht gleichzeitig entwickelten. Sie bestimmen den Nährboden für soziale Innovationen.

Ein viel diskutierter Punkt in den Verhandlungen um eine globale Klimapolitik betrifft Klimaverantwortung und Verteilungsgerechtigkeit. Birnbacher zeigt auf, dass die Fragen auf der Ebene der Ethik zumeist gänzlich anders gestellt werden als auf der Ebene der Politik (S. 112): Wo Politik mit einer komplexen Kompromissdiplomatie pragmatisch und prozessorientiert agie-

re, arbeite die Ethik mit simplen, idealisierenden Modellen systematisch und effizienzorientiert. Die Frage, wer wann die Klimaschäden verursacht hat und dementsprechend für ihre Kompensation aufkommen solle, rücke demnach in den Hintergrund. Entscheidend sei vielmehr das Fürsorgeprinzip, also die substanziell moralische Verpflichtung, Notlagen zu verhindern oder abzumildern, und die Frage der ökonomischen Leistungsfähigkeit.

Was Harald Welzer 2008 noch mit der Vision von einer „guten Gesellschaft“ beschrieb, wird hier mit insgesamt 17 Beiträgen aus der Sicht der Kulturwissenschaftler zum Thema „Klimakulturen“ um weitere Facetten bereichert.

SILKE FRANKE



**Hopp, Gerhard: Machtfaktor auch ohne Machtbasis? Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und die CSU. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, 379 Seiten, € 49,95.**

Gerhard Hopp ist Stipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung und legt mit dieser Arbeit seine 2010 von der Universität Regensburg zugelassene Dissertation vor. Im Mittelpunkt steht die politologische Untersuchung des engen Zusammenhangs zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft, wobei der erste Teil des Titels bereits auf das hauptsächliche Interesse des Autors hinweist, nämlich den anscheinenden Widerspruch zwischen diesem festen Zu-

sammenhang und dem Schwinden der Bedeutsamkeit des Flüchtlingsfaktors, sozial und daher auch politisch.

Der Autor diagnostiziert eine „Entkoppelung“ zwischen der Realität, auch dem Willen der nicht als Funktionäre auftretenden Mitglieder der Landsmannschaft, und der Stabilität des Netzwerkes, das sich personell und politisch zwischen der CSU und den Funktionären dieser Landsmannschaft gebildet hat. Ausgehend von der zeitgeschichtlichen Beschreibung des Verhältnisses zwischen der CSU und der in Bayern bei weitem wichtigsten Vertriebenen-Organisation, eben der 1950 gegründeten Sudetendeutschen Landsmannschaft, gelangt er zu einem Vier-Stufen-Modell von Annäherung, Formierung, Stabilität plus „Entkopplung“ und schließlich Persistenz. Letztere schreibt er den Jahren nach 1990 zu, also nach dem Fall des Eisernen Vorhanges. Die C-Parteien gingen nach dem Krieg nur zögerlich auf die Vertriebenen-Verbände zu, die sich bei der SPD zunächst ebenso gut aufgehoben fühlten wie bei den Konservativen, oder gar eine eigene Partei für ihre Interessenvertretung favorisierten, den BHE. Aber die C-Parteien konnten an dem beträchtlichen Wählerreservoir nicht vorbeigehen, und in den 1960er-Jahren kam noch dazu, dass sie die Vertriebenen nicht der NPD anheimfallen lassen wollten. Die CSU in den 1980er-Jahren musste darum besorgt sein, dass die Sudetendeutschen sich den „Republikanern“ zuwandten.

Das Hauptinteresse des Autors ist ein systematisierendes. Er bezeichnet das erwähnte Netzwerk als eine „klientelistische Beziehung mit einem ausgeprägten Tauschsystem, einem hohen Grad an Institutionalisierung, konsens-

orientierten Verfahrensregeln sowie einer hohen Stabilität“. Parallel dazu könnte man, aber das deutet der Autor nur als ein Desiderat an, das genauerer Erforschung bedürfte, auch die quasi-symbiotischen Beziehungen zwischen der CSU und den Bauernverbänden sowie zwischen der SPD und den Gewerkschaften untersuchen. Diese Thematik ließe vielleicht auch Rückschlüsse auf die Reformfähigkeit der etablierten Parteien zu.

Die politischen Positionen, die in dem Netzwerk eine Rolle spielen bzw. gespielt haben, erwähnt er nur vergleichsweise flüchtig und wertet sie nicht. Aber ein Grundzug der Verwunderung, wie die CSU sich nur derart an die Sudetendeutschen hat binden können, ist doch spürbar. Zwar ist auffallend, dass die CSU der unmittelbaren Nachkriegszeit das Unrecht der Vertreibung nicht zu einem ihrer zentralen Themen gemacht hat, sondern dass dies erst im Laufe der 1960er-Jahre und besonders in der Opposition nach 1969 erfolgt ist. Aber da es sich hier um Unrecht handelt, das auch durch das Argument der „Rache“ nach dem von Deutschland zu verantwortenden Weltkrieg nicht getilgt werden kann (seit wann gibt es ein „Recht auf Rache“?), ist es selbstverständlich, dass sich eine politische Gruppierung dafür engagiert, es als solches zu bezeichnen.

Das liegt nicht nur Leuten am Herzen, für die der Autor die Vokabel „Vertreibungshintergrund“ verwendet, die herzlos anmutet. So verwundert es auch nicht mehr, dass sich Hopp keinen völkerrechtlichen Rat geholt hat, um zu vermeiden, das Potsdamer Abkommen von 1945 als eine „Legitimierung“ der Vertreibung anzuführen, wie es der kommunistischen Propaganda bis

1989/90 entsprochen hat. Er hätte auch nicht Rainer Barzel als gebürtigen Sudenteutschen erwähnen dürfen, denn der ist in Wirklichkeit ein Ostpreuße aus dem ermländischen Braunsberg gewesen.

Am Ende seiner Ausführungen weist der Autor zu Recht darauf hin, dass das Engagement der CSU für die Sudenteutschen in der politischen Praxis nur recht wenig Erfolg aufzuweisen hat. Die Vertreibung ist von Prag nicht als Unrecht anerkannt worden, denn das würde die Ungültigkeitserklärung auch der letzten Benesch-Dekrete einschließen müssen, und die ist nicht erfolgt. Die CSU hat auch mit der Ablehnung des tschechischen EU-Beitritts durch ihre Fraktion im Europäischen Parlament die Aufhebung dieser Dekrete nicht durchsetzen können, da, kurz gesagt, die gesamte politische Situation dies unmöglich machte.

Wie soll die Zukunft der „Symbiose“, des „klientelistischen Netzwerkes“ nun aussehen? Privilegierte Partnerschaft „auf ewig“ oder „Übergang zur Symbolpolitik“, wie der Autor formuliert? Immerhin ist Ministerpräsident Seehofer nach Prag gegangen (der Besuch erfolgte zeitlich nach Abschluss des Dissertations-Manuskriptes), während Stoiber dies wegen der fortbestehenden Benesch-Dekrete stets abgelehnt hat. Wäre der „Übergang zur Symbolpolitik“ der „Latenzzustand eines sich auflösenden Netzwerkes“? Hat die erwähnte „Entkoppelung“ die natürliche Entwicklung in der aus den Sudetenländern stammenden Bevölkerung Bayerns durchbrochen oder nur verzögert? Würden CSU und Landsmannschaft, wenn sie auf mehr Distanz zueinander gehen, nicht jede einen größeren Handlungsspielraum zurück gewinnen? Die Zu-

kunft ist auch für diese beiden politischen Akteure nicht klar und daher spannend.

BERND RILL



**Schwarz, Hans-Peter: Das Gesicht des 20. Jahrhunderts. Monster, Retter, Mediokritäten. München: Siedler Verlag, 2010, 896 Seiten, € 19,99.**

Im Mittelpunkt dieser interessanten und informativen Porträtgalerie stehen nicht Wissenschaftler, Künstler, Denker und Dichter, sondern politische Größen des 20. Jahrhunderts. Da das Werk bereits 1998 erschienen ist, hat der Autor Hans-Peter Schwarz die neue Ausgabe vom September 2010 um eine kleine Gruppe interessanter Politiker ergänzt, die aus seiner Sicht im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert Beachtung verdienen, nämlich Bill Clinton, Tony Blair, Gerhard Schröder, Angela Merkel, Silvio Berlusconi, Boris Jelzin, Wladimir Putin, Jiang Zemin und zum Schluss unter der Überschrift „Après-lude“ die Kontrahenten Osama bin Laden und George W. Bush.

H.-P. Schwarz vergleicht sein beachtliches Werk von knapp neunhundert Seiten mit einem Gang durch ein Geschichtsmuseum. Vom Besucher dieser Porträtreihe wird nicht spontane Zustimmung erwartet, er soll vielmehr zur historischen Reflexion angeregt werden. Anerkennend zu begrüßen ist, dass viele der Porträtskizzen vergleichend angelegt sind. Vorüberlegungen zu Beginn

der einzelnen Kapitel führen in übergreifende Fragestellungen ein oder skizzieren den zeitgeschichtlichen Hintergrund. Diese konzeptionelle Grundsatzentscheidung ist für die Lektüre wichtig und das Buch eignet sich so hervorragend als Informationsquelle und Basislektüre im Gemeinschaftskunde- und Geschichtsunterricht der Gymnasialen Oberstufe.

Der Autor spricht in seinem Werk von der Eingangshalle und sich anschließenden Räumen des Geschichtsmuseums. In der Eingangshalle wird der Besucher mit der Katastrophenepoche konfrontiert. Von den zahllosen Revolutionären werden aber nur die wichtigsten miteinander verglichen. Vier von ihnen, nämlich Lenin, Stalin, Hitler und Mao Tse-tung waren „säkulare Ungeheuer“. Die Porträts in den nachfolgenden Räumen sind hauptsächlich chronologisch geordnet.

Hans-Peter Schwarz setzt sich auch mit dem Faktor Persönlichkeit auseinander. Politische Persönlichkeiten sind in ihrem Charakter ja oft ambivalent. Ein Beispiel ist Lenin. Ihn haben Millionen als einen „großen atheistischen Messias“ verehrt, gleichzeitig haben ihn aber auch Millionen andere als einen „großen Polit-Kriminellen“ gesehen. Es ist anzunehmen, dass die hasserfüllte Destruktivität die eigentliche Antriebskraft seines Handelns war. H.-P. Schwarz stellt dazu fest: „Wenn es in den Anfängen des Jahrhunderts ein Beispiel für die überragende Bedeutung des Faktors Persönlichkeit gab, so war dies Lenin.“

Da die vergleichende Analyse ein wichtiges Kennzeichen der Porträtskizzen ist, soll dies exemplarisch an ausgewählten Punkten dargestellt werden. Die Exempel stammen aus der Vorhalle

des Geschichtsmuseums. Es lassen sich Parallelen ziehen von Mao (Jahrgang 1893) zu den Anfängen des vierzehn Jahre älteren Stalin. Es gibt aber auch Parallelen zwischen Hitler und Stalin. Auch Hitler ist gleichzeitig beides: Produkt einer spätbürgerlichen Kultur und Rebell mit viel Chaos. Was dem einen die Opern, vor allem Wagner, die klassizistische Architektur und das Phantasielied der altdeutschen Welt ist, ist dem anderen die altchinesische Literatur, die konfuzianische Philosophie und die Geschichte der großen Kaisergestalten. Die Frage, wie weit Mao in der Endphase seiner Herrschaft noch voll zurechnungsfähig war, ist ähnlich schwer zu beantworten, wie die nach der geistigen Verfassung Hitlers oder Stalins in den Jahren ihrer größten Untaten. Genauso wie Lenin, Stalin und Hitler ist auch Mao in der Endphase ein gesundheitliches Wrack. H.-P. Schwarz hebt zusammenfassend hervor: „Lenin und Hitler waren zweifellos wahnwitzige und erbarmungslose Utopisten, beide übrigens auf ihre schreckliche Weise recht puritanische Gestalten“.

Insgesamt ein in seiner Art interessantes und lesenswertes Buch. ///

**GOTTFRIED KLEINSCHMIDT**

---

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet bestellt werden:  
[www.hss.de/publikationen.html](http://www.hss.de/publikationen.html)

### **ARGUMENTE UND MATERIALIEN ZUM ZEITGESCHEHEN**

Nr. 72: Zukunftsfähig bleiben! Welche Werte sind hierfür unverzichtbar?

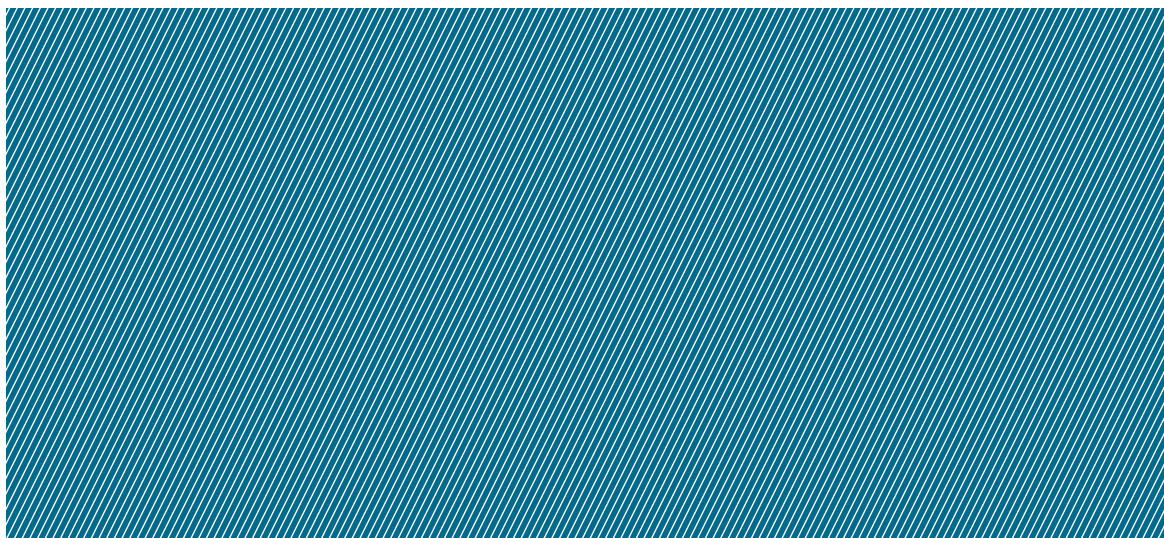
Sonderausgabe 1/2011: Wissensgenese an Schulen – Beiträge zu einer Bilddidaktik, Band III

### **STUDIES AND COMMENTS**

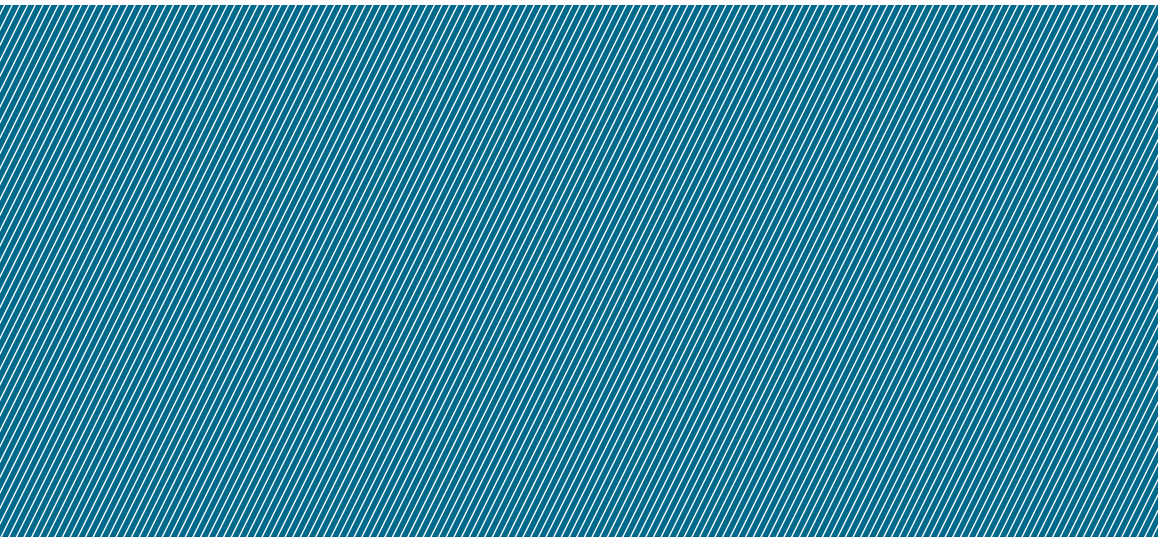
Nr. 12: Religious Pluralism – Modern Concepts for Interfaith Dialogue

### **WEITERE PUBLIKATION**

Siegfried Schneider / Hans Zehetmair (Hrsg.):  
Perspektiven einer wertorientierten Medienpolitik







**Herausgeber:**

© 2011, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München  
Lazarettstraße 33, 80636 München,  
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,  
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Dr. h. c. mult. Hans Zehetmair,  
Staatsminister a. D., Senator E. h.  
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf  
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-  
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser  
Leiter PRÖ/Publikationen: Hubertus Klingsbögl

**Redaktion:**

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser  
(Chefredakteur, V. i. S. d. P.)  
Barbara Fürbeth M. A. (Redaktionsleiterin)  
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)  
Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin)  
Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin)  
Marion Steib (Redaktionsassistentin)

**Grafik:** Publishers Factory, München

**Druck:** Negele Druck, Augsburg

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer

Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

**Bezugspreis:**

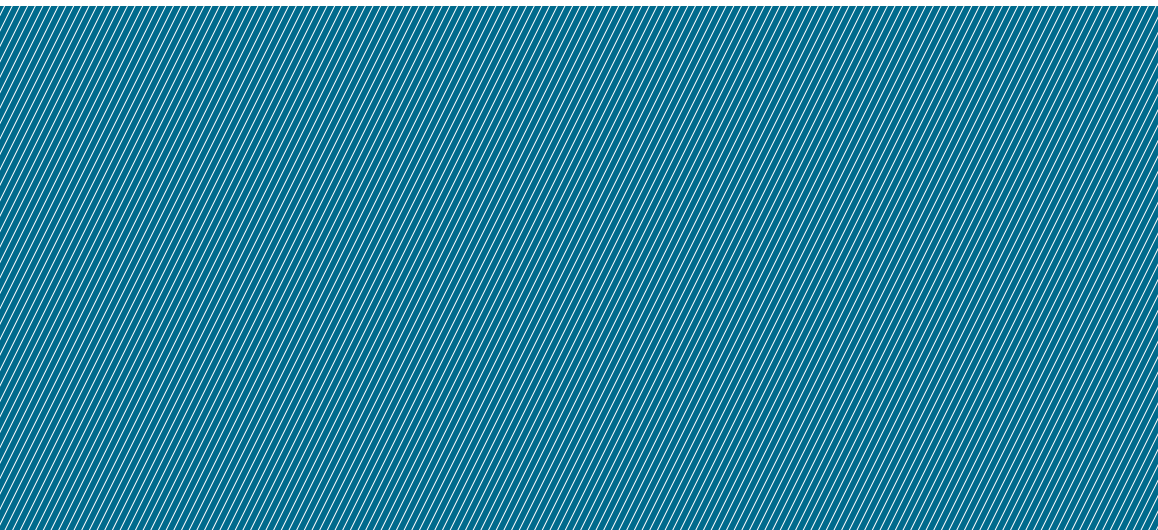
Einzelhefte € 4,50.

Jahresabonnement € 27,00

Schüler/Studenten-Jahresabonnement bei Vorlage einer gültigen Bescheinigung kostenlos. Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als Periodikum und Themenheft. Darüber hinaus erscheinende Sonderausgaben sind im Abonnement nicht enthalten. Abbestellungen und Einzelheftbestellungen über die Redaktion und den Buchhandel.

**Kündigungen** müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

Auf dem Cover: Überleben in der Wüste  
Bildnachweis: © Phoenixpix /fotolia





Hanns  
Seidel  
Stiftung